

AUFTRAG



**Schwerpunkt:
Menschenrechte**

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

BESINNLICHES

Das geistliche Wort — Menschenrechte	3
In der Stille	4
Auch in der Verlorenheit kann Weihnacht werden	5
Das Weihnachtsversprechen	6
Das Geschenk für die Mutter	9
Paulus (1. Teil) — Leben, Bedeutung und Werk des Völkerapostels	11
Gedanken	20

KIRCHE UND STAAT

Menschenrechte	22
GKS und Menschenrechte	22
Menschenrechte — unsere Aufgabe	24
Arbeit des Menschenrechtsreferates der Deutschen Kommission Justitia et Pax	27
Die Menschenrechte in den VN	29
Menschenrechte in der Charta der VN (Auszüge)	32
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	34
Anlagen	40
Dokumente der VN	40
Dokumente des Europarats	40
Menschenrechte auf der KSZE	40
Charta von Paris für ein neues Europa	48
Christliche Verantwortung in veränderter Welt	56
AGKVD legt Erklärung zur Menschenrechtsarbeit vor	70
Menschenrechtsverletzungen unserer Tage — Zeugen berichten	72
Menschenrechtsverletzungen in 138 Ländern	77
Menschenrechte als Maßstab und Faktor der Politik	78
Neuer Katholischer Militärbischof für die Bundeswehr	80
Militärseelsorge in den neuen Bundesländern	81
Am Religionsunterricht scheiden sich die Geister	82
Aufbruch im Osten: Herausforderung für die Kirche	84
Offiziersgewerkschaft in Bulgarien	87

ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

Der Katholische Militärbischof zur Aufgabe der Kirche unter den Soldaten im vereinten Deutschland	89
Katholische Militärseelsorger feiern Wiedervereinigung	92
GKS im BwKdo Ost	93
GKS wirbt Soldaten	93
Priester lädt ein	95
Die neuen Länder der Bundesrepublik	95

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Medienarbeit	97
Kein Wort über Verhütungsmittel	97

Gedanken um eine Talk-Schau	99
Wer kontrolliert die Kontrolleure?	102
Die 3. Welt — eine andere Sicht	103
Kleines Ökologie-Seminar IV	105
Sowjetunion: Woran sollen wir noch glauben?	109

AUS GKS UND PGR

AMI-Konferenz vom 20.09.—24.09.1990 In Wien	115
Abschlußkommunique	115
AMI-Brief	119
Soldaten wallfahrten	120
Patrone geehrt — Ministerin Wilms: Bundeswehr schützt Menschenwürde	121
Eine Herbstwanderung durchs Hohe Venn, oder: Weil ich katholisch bin, muß ich durch den Matsch!	122
Pilgerfahrt und Kunstreise der katholischen Militärgemeinde	123
Neue Gemeinsamkeiten katholischer und evangelischer Christen	125
Freiheit ist Recht auf Wahrheit	126
Erika schwingt das Zepter	127
Arbeits-/Wehrbereichskonferenz IV	129
Deutsche und spanische Soldaten gemeinsam auf dem Camino	131
Ehrung	134
Würdigung der Laienarbeit von Oberst a.D. Hellmut Fettweis für die AKS durch ihren Präsidenten General Dr. Eckstein am 17. 11. 1990	134
Dank durch Oberst a.D. Fettweis	135
Seelsorge für Soldaten auch in den neuen Bundesländern erforderlich	136

INFORMATIONEN

Presseerklärung (Nr. 03/90) der CoV	138
Neuer Moderator des Priesterrates des Militärbischofs	139
„aktion kaserne“ begrüßt Beteiligungsgesetz für Soldaten	140
Sudan — Die Kirchen respektieren den Islam	140
Broschüre „Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt“	143
Für eine Perestroika der Herzen	145
Zur Lage der Katholiken in der Volksrepublik China	145
ZdK jetzt repräsentatives Organ der katholischen Laienarbeit im vereinten Deutschland	146
ZdK-Präsidentin: Festlegung der Grenze zwischen Polen und Deutschland auch Beginn ihrer Überwindung	147
Umfassender Lebensschutz gefordert	148
92. Deutscher Katholikentag	150
Menschenverachtende und frauenfeindliche Fristenregelung muß verhindert werden	150
Verbandsvertreter im Zentralkomitee neu gewählt	150
Katholischer Pressebund e.V. in die Arbeitsgemeinschaft neu aufgenommen	151
Tage im Kloster	151
Treffen der Präsidenten des Katholischen Laienrates und der Katholischen Aktion Österreichs mit dem Präsidium des ZdK	152
Eine neue Zeitschrift — Nur für Männer	153

BUCHBESPRECHUNGEN

Toskana	154
Wer das noch kann	159

Das geistliche Wort

Menschenrechte

Viel zitiert, gelegentlich kodifiziert, entsprechend feierlich verkündet und offiziell anerkannt, häufiger jedoch verletzt, nicht immer böswillig oder aus vorgeblich gerechtfertigten Gründen, viel öfter undramatisch, leichtfertig, fahrlässig mit Füßen getreten: Menschenrechte.

Erst wo Menschenrechte mißachtet, übersehen oder offenkundig und drastisch verletzt werden, bringen sie sich wieder in Erinnerung, werden sie eingeklagt, wird man wieder inne, daß, wenn es sie noch nicht gäbe, sie erfunden werden müßten.

Aber es gibt sie, und es gab sie immer vor und unabhängig von ihrer Formulierung und vor allem ihrer Beachtung: Sein zu dürfen, was ich bin und weil ich bin.

Dieses Recht braucht nicht erfunden zu werden. Es ist mit mir gegeben, es ist mir in die Wiege gelegt.

So unmittelbar einleuchtend diese Realität der Menschenrechte ist, so bereitet sie uns Schwierigkeiten. Die Frage nach den Ursachen hierfür drängt sich auf. Liegen sie darin, daß wir bei der Begründung der Menschenrechte in der Praxis zu rasch auf die Originalität und Einmaligkeit jedes Menschen kommen?

Menschenrechte als Schutz meiner Originalität, sozusagen als Copyright meiner Persönlichkeit? Zirka 5 Milliarden Menschen bevölkern unsere Erde; vielleicht sind es zu viele, als daß das Bewußtsein der Einmaligkeit jedes Menschen im Spannungsfeld zwischen Originalität und erlebtem Alltag motivkräftig durchgehalten werden kann.

Vielleicht verbaut uns auch eine falsche Vorstellung von Originalität den Zugang zu dem, was Menschenrechte begründet. Hinter jedem Original erwarten wir in unserem Verständnis etwas bisher noch nicht geahnt Neues.

Eine solche Originalität bieten jedoch die wenigsten Menschen, obwohl alle diese Menschen Originale sind. Der Vorzug der Originalität liegt aber nicht in erster Linie in ihrer Neuartigkeit, sondern ursprünglich in ihrer Wahrhaftigkeit und Echtheit.

Je mehr ich im Laufe des Lebens in Erfahrung bringe, wie die Wahrhaftigkeit und Echtheit menschlichen Lebens bei anderen

und bei mir selbst gebrochen ist, daß menschliches Leben klischee- und kopiehaft werden kann, um so mehr muß ich offensichtlich auf meinem „Copyright“ bestehen. Dieses ist dann ein egoistischer Schutzwall, aber noch nicht das, was ich als Menschenrecht einklagen darf. Natürlich darf und muß ich mich vergewissern, daß ich in meinem Kern trotz der erlebten klischeehaften Züge als Mensch ich selbst und damit wahrhaft und echt bin und bleibe. Das kann ich aber nur vom Anfang, nicht vom Ergebnis her. Wahrhaft und echt bin ich, weil ich bin, und deshalb, weil ich mich nicht mir selber verdanke. Damit verdanke ich meinen Wesensgrund nicht mir, ich kann ihn — Gott sei Dank — auch des-

halb nicht zerstören. Die Bibel nennt das Ebenbildlichkeit Gottes, weil ich von ihm vorweg gedacht und so und nicht anders gewollt und damit bejaht bin.

Sein Ja schafft Existenzrecht. Sein Ja nachzuvollziehen heißt Menschenrechte zur Geltung bringen.

Wer die Rechte des Menschen vernachlässigt, verbaut sich selbst den Zugang zur Natur des Menschen, zum Leben, zur Gemeinschaft und damit zu Gott.

„Der Kurs aller Wege führt über die Achtung der menschlichen Person, Mißachtung zerstört die Kompaßnadel und schließlich den ganzen Kompaß.“ (L. Boff)

Walter Theis

In der Stille

Die Tage werden dunkler, die Natur wird kühl und kahl, ein Hauch von Schnee und Schweigen liegt in der Luft. Der Advent, die stille Zeit des Jahres, bricht an, und wir sollten uns diese Stille, zu der Natur und Kirchenjahr uns einladen, nicht so leicht entreißen lassen. Denn zum Heilsein und Ganzsein des Menschen gehört die Stille, in der allein er zu sich, zum Sinn des Ganzen und zu sei-

nem Gott finden kann. Als der Prophet Elia einmal ganz am Ende war und nicht mehr ein noch aus wußte, da suchte er Gott am Berge Horeb im Sturm, im Beben und im Feuer. Doch in keinem von diesen war der Herr. Erst in der Ruhe nach dem Sturm „kam ein sanftes, leises Säuseln“, und in dieser Stille traf ihn das Wort des Herrn. Auch für uns kommt der entscheidende Anstoß nicht aus pausenloser — und sei es auch noch so frommer — Aktivität.

Diese stillen, diese „geheimen“ Stunden zu finden, das war früher sicher leichter als heute, da wir — ja schon die Schulkinder — von

Terminen gejagt sind und in der verbleibenden leeren Zeit kraftlos in die Arme des Fernsehens sinken. Und doch, alles kommt darauf an, daß wir den Mut und die Entschlossenheit finden, diese Stunden der Besinnung notfalls geradezu herauszuschneiden aus unserem Alltag...

Gönnen wir uns also in diesen Tagen einmal den Luxus des Innehaltens, des Eingehens auf den lebendigen Gott, um seine Geschenke zu empfangen — Sinn

und Sicherheit, Friede und Freude, Liebe in Fülle und Überfülle. Heben wir in aller Stille den Schatz, der all denen verborgen bleibt, die zu reich, zu aktiv, zu aufgeklärt, zu kritisch, zu gleichgültig oder zu engagiert sind, um das Kommen des Herrn in stillem Staunen zu begreifen.

Johannes Dyba

(aus Taschenkalender für Soldaten 1989)

Auch in der Verloren- heit kann Weihnacht werden

Auch in der Verlorenheit
gigantischer Wohnmaschinen,
steinerner Klötze,
inmitten grenzenloser Einsamkeit
der tausend Menschen,
die sich nicht mehr kennen,
kann Weihnacht werden —
senkt sich ihr Licht
nur in ein Herz, das daran glaubt,
daß die Liebe mehr sei als Gewinn
und die Barmherzigkeit eine Fährte
ins Licht. —
Die Weihnacht wird dann
alle Dunkelheit sieghaft,
sieghaft überwinden!

Hans Bahrs

Das Weihnachtsversprechen

Auf neunzehn Uhr standen die Zeiger der großen Bahnhofsuhr, und das Datum zeigte den 24. Dezember an. Nur noch wenige Reisende hasteten durch den Wartesaal, um den nächsten Eilzug zu erreichen. Keiner bemerkte die alte Frau, die zusammengesunken auf einer der kalten Plastikbänke saß, und auch nicht die Tränen, die lautlos über das zerfurchte Gesicht rannen.

Seit mehr als fünf Stunden wartete die alte Dame. Mit dem erbarungslosen Weiterrücken der Uhrzeiger wurde sie immer hoffnungsloser. Ihre Vorfriede war in ein Nichts zerflossen. Dabei hatte ihr Tochter Katrin fest versprochen, Weihnachten diesmal bestimmt daheim zu verbringen. Siebzehn Minuten nach zwei Uhr sollte sie der Schnellzug in ihren Heimatort bringen. Obwohl starkes Schneetreiben herrschte, war die Bundesbahn nahezu pünktlich. Doch Katrin Weber, ihre einzige Tochter, entstieg nicht diesem Zug. Ein Verfehlen war unmöglich, denn es gab

nur einen Ausgang, den die Fahrgäste benutzen konnten. „Na ja, so ist nun mal die Jugend heutzutage“, tröstete sich die alte Dame selbst. Frau Weber wartete auf den nächsten Ankunftsstermin und mußte wiederum betrüblich beobachten, wie sich die Menschen voll Begrüßungsfriede in den Armen lagen. Nur sie stand verloren am Bahnsteig, unbeobachtet von der Menge, die sich langsam aufzulösen begann.

Vor wenigen Minuten hatte sich das Ganze wiederholt. Doch es war diesmal noch schlimmer, denn jetzt hatte es sich bewahrheitet, was sie befürchtet hatte. Ihre Tochter würde heute nicht mehr kommen, denn das war der letzte Zug, mit dem Katrin hätte kommen können.

Kraftlos, von der Enttäuschung übermannt, ließ sie sich auf eine der Wartebänke fallen. Sie war machtlos gegenüber dem Tränenfluß, der ihr die bittere Erkenntnis bestätigte: Heute am Weihnachtstag würde sie alleine sein.

Frau Weber bemerkte nicht, wie die Zeit verging. Immer wieder suchte sie nach Entschuldigungen, weshalb ihre Tochter das Besuchsversprechen nicht eingehalten hatte. War es wirklich die moderne Zeit, in der ein zugesagtes Wort ohne Wert war? War es der Einfluß der hektischen Großstadt, mit dem sterilen Glanz dieser Glitzerwelt, die gar nichts von der ländlichen Wärme an sich hat? War Katrin ein Feiern dort ange-

nehmer als das stille, besinnliche Feiern der dörflichen Weihnacht? Aber wenn es so war, warum hat sie dann zuerst ihr Kommen angesagt, und weshalb hat sie nicht wenigstens Bescheid gegeben, daß sie es sich anders überlegt hat?

Mühsam erhob sich die alte Frau und schlurfte mit schweren Schritten hinaus. Der eisige Wind, der sie vor dem Bahnhofsgelände empfing, ließ ihre Tränen erstarren. Von Kummer und Kälte gekrümmt, stampfte sie gebückt über den schneebedeckten Gehweg seitlich der Hauptstraße, die sich im weiten Bogen durch das langgestreckte Dorf wand.

Frau Weber ging vorbei an Wohnungen, aus deren Fenstern festlicher Kerzenglanz strahlte, und manchmal hörte sie leise die Töne von weihnachtlicher Musik, was ihre große Traurigkeit noch verstärkte, und sie beneidete die Menschen, die jetzt gemeinsam feiern konnten.

Zuhause angekommen, begab sich Frau Weber müde in das Wohnzimmer. Das vorbereitete Festessen in der Küche blieb unbeachtet, sie hatte jetzt keinerlei Appetit auf das Mahl, das sie extra für ihre Tochter erstellt hatte.

Dann kam plötzlich die Angst. War Katrin etwas zugestoßen? Sie konnte telefonisch nicht erreicht werden, und Frau Weber bezweifelte, daß heute noch Telegramme zugestellt würden.

Um sich abzulenken und ein we-

nig zu beruhigen, schaltete sie das Fernsehgerät ein. Nach Beendigung des Spielfilms wurden von einer freundlichen Ansagerin Hinweise auf die Originalübertragung der Weihnachtsmesse gegeben. Frau Weber beschloß, bis dahin wach zu bleiben. Alleine wollte sie nicht die örtliche Kirche besuchen, denn die Nachbarn durften nichts merken von ihrem Kummer. In keinem Fall wollte sie, daß jemand Katrin als undankbar oder gefühlslos bezeichnete, weil sie Weihnachten ihre Mutter alleine ließ. Derartige Urteile sind ja schnell gefällt.

Ein Kratzen an der Wohnungstür lenkte Frau Weber ab von den trüben Gedanken. Schnucki, Nachbarkatze, machte wieder einmal ihren Hausrundgang und prüfte nach, wo heute vielleicht etwas Leckeres für sie abfallen würde. Dankbar war die alte Frau für die Abwechslung, und sie beeilte sich, für den schmusigen Besucher ein Stück vom Weihnachtsbraten abzuschneiden. Gerade als sie zum Schnitt ansetzt, schrillt mehrfach energisch die Hausglocke. Sofort kriecht die Angst in ihr hoch. Kommt jetzt das befürchtete Telegramm mit einer erschreckenden Nachricht?

Nervös und angespannt geht sie hinunter zum Erdgeschoß und öffnet mit zitterigen Händen das Sicherheitsschloß. Ein Blick durch den Türspion läßt sie ungläubig staunen. Es kann eigentlich nicht wahr sein, aber draußen steht tat-

sächlich, und das mit lachendem Gesicht, Tochter Katrin.

Stürmisch reißt die alte Frau die Haustür auf und fällt weinend ihrer Tochter in die Arme. Diese versteht die Reaktion nicht und erbittet unsicher eine Erklärung wegen der tränenreichen Begrüßung. Doch jetzt lacht Frau Weber bereits wieder und bemerkt auch den jungen Mann, der etwas abseits hinter ihrer Tochter steht. Ein verstehendes Lächeln huscht ihr über das faltige Gesicht. Katrins Begleiter soll für sie die Weihnachtsüberraschung sein. All ihre Enttäuschung und Angst ist verfliegen und die grausame Wartezeit am Bahnhof nahezu vergessen. Der Grund der Verspätung trägt nun die Koffer ins Haus, und die alte Frau, die keinerlei Hoffnung mehr auf das Kommen ihrer Tochter hatte, verzieht den jungen Leuten jetzt bereits alles Ungemach, das sie ihr, sicher unbeabsichtigt, gemacht hatten.

Als sie dem verliebten Paar den Ablauf des traurigen Tagesverlaufes berichtet, erzählt Katrin, daß sich die beiden unbedingt vorgenommen hatten, pünktlich am frühen Nachmittag zu erscheinen, damit die Mutter nicht umsonst am Bahnhof warten muß. Eine Autopanne hatte diese Planung total zerstört, und lange hat es gedauert, bis ein Mechaniker gefunden war. Eine telefonische Nachricht war nicht möglich, da Mutter sich immer noch gegen diesen „überflüssigen Kram“ sperrte. Starker

Schneefall hatte die Fahrt nochmals verzögert. Glücklicherweise sei sie, bemerkt Katrin noch, daß sie ihr Weihnachtsversprechen, wenn auch mit Verspätung, einhalten konnte, und ihr Freund habe sie dabei voll unterstützt. Er hat, statt die Fahrt zu verschieben, um den Sondertarif für den Mechaniker zu sparen, sich sehr bemüht, daß man unbedingt heute noch das heimatliche Ziel erreicht.

Während Frau Weber das Festessen garnierte, dachte sie etwas beschämt an die Zweifel, die sie noch vor wenigen Stunden an der heutigen Jugend gehabt hatte. Nichts als ein Vorurteil, sagte sie sich. Zuverlässigkeit ist unabhängig vom Alter, es zählt nur der Mensch.

Gemütliche Stimmung hatte sich breitgemacht. Es wurde noch ein wunderbarer Weihnachtsabend, für die zwei Verliebten und die alte Frau, die mit stillem Lächeln zwischen ihnen saß.

Friedrich Schindler

Das Geschenk für die Mutter

Im Dorf nahe der großen Stadt wußten es alle Nachbarn, daß es im Hause des Schlossers Matthias Brück nicht gerade sanft zuging. Des Vaters Haupterziehungsmittel für seine drei Söhne waren sehr drastische Maßnahmen. Zugegeben: die Jungen parierten, und auch die Ehefrau hatte sich stets unterordnen müssen. Man sagte dem autoritären Mann nach, daß er sich im jähen Zorn vergessen könne und dann vielleicht zu allem fähig sei. Auch die Nachbarn gingen ihm aus dem Wege, obgleich sie Herrn Brück achteten, denn sonst führte er ein solides Leben, seinen Besitz hielt er tipp topp in Ordnung, und als Handwerksmeister hatte er einen guten Ruf. Wer Zeuge wurde der heftigen Zornesausbrüche dieses gefürchteten Mannes, schwieg, obwohl das — der Kinder wegen — nicht mehr zu verantworten war.

Aber das Martyrium, das Agnes Brück in ihren jetzt 14 Ehejahren

durchlitten hatte, war in Wirklichkeit noch viel schrecklicher gewesen, als Außenstehende es nach dem Geschrei im Hause manchmal annehmen mußten. Daher waren die Leute überrascht, als im Konsumladen eines Wintertags erzählt wurde, Frau Brück sei mit dem Unfallwagen ins Krankenhaus gebracht worden. Es wurde sehr viel getuschelt, aber niemand wußte etwas Genaues. Das Gerücht, Matthias Brück sei unter dem Verdacht schwerer Körperverletzung verhaftet worden, bestätigte sich aber nicht. Die Söhne, die man hier und dort bereits früher schon ausgehorcht hatte, schwiegen in diesem Fall. Das Jugendamt hatte sie für die Dauer des Krankenhausaufenthaltes der Mutter in Familienquartieren untergebracht, und der Vater hatte merkwürdigerweise dagegen keinen Einspruch erhoben, als er nach einem Verhör wegen der merkwürdigen Umstände auch mit dieser Möglichkeit für seine Kinder konfrontiert worden war.

So war Jakob Brück, der dreizehnjährige Sohn, in die Familie des Sanitärfacharbeiters Eberhard Oncken gekommen. Hier hatte er sich inmitten einer frohen Kinderschar rasch eingelebt und war schon nach wenigen Tagen ein gerngesehener Hausgenosse geworden. Frau Oncken verstand es, dem zuerst etwas verschlossenen Jungen das Gefühl zu schenken, daß er in ihrer Familiengemeinschaft geborgen sei.

Ganz selbstverständlich stand Jakob abends mit Wolfgang und Klaus Oncken zusammen in der Kellerwerkstatt des Hauses und bastelte mit ihnen so dieses und jenes. Der Vater bot seine Hilfe in der Freizeit dabei an. Die Mutter hatte stets die besten Einfälle und wußte, worüber sich die erwählten Empfänger der lieben Gaben am meisten freuen würden. „Du könntest deine Mutter gewiß mit einem Weihnachtsgeschenk beglücken, Jakob!“, sagte sie. Unerwartet mürrisch-verlegen reagierte der Junge: „Wozu? Mir schenkt auch niemand etwas!“ „Deine Mutter würde sich bestimmt über eine Arbeit von dir freuen!“ — „Aber was soll ich ihr machen?“ „Wolfgang hat für mich im vergangenen Jahr eine gehämmerte Obstschale gefertigt. Mein Mann hat ihm gezeigt, wie er das machen mußte. Hier ist sie!“ Jakob staunte. „Die ist schön! — Vielleicht kann ich eine Obstschale machen?“ „Versuche es! Unser Vater wird dir dabei helfen!“

Von nun an arbeitete niemand eifriger in der Werkstatt als Jakob. Und als er nach vielen Stunden seine Schale polierte, hüpfte dabei vor Freude das Herz. Er brachte sein Geschenk der Mutter, der es schon ein wenig besser ging, am Vortage des vierten Advents ins Krankenhaus, und Frau Oncken begleitete ihn bei diesem Besuch. Sie wollte sich doch als „Pflegemutter“ einmal vorstellen und der Patientin berichten, daß sie sich

um ihren Jakob keine Sorgen zu machen brauchte. Und daß es auch ihren anderen Kindern so gut ging, wie es eben nur sein kann, weil sie in der Hoffnung leben, daß die eigene Mutter gesund heimkehren könnte. „Ja, das hat mein Mann mir auch erzählt!“, antwortete die Kranke. Nun wußte Frau Oncken, daß das Gerücht im Ort übertrieben hatte. Aber schlimm war es schon, daß Frau Brück nach einer heftigen Auseinandersetzung mit ihrem Mann zusammengebrochen war. Nun brauchte es seine Zeit, bis man sie im Krankenhaus wieder hochgepäppelt hatte, und eine anschließende Kur war ihr dringend empfohlen worden.

Hell leuchtete die Freude aus den Augen der Kranken, als ihr Ältester sein Geschenk für die Mutter auswickelte. Frau Oncken hatte alle Verlegenheit mit den Worten: „Einen sehr schönen vierten Adventssonntag wünschen wir Ihnen, Frau Brück!“ hinweggezaubert, und nun begleitete sie das Tun des Jungen plaudernd: „Sehen Sie nur, was Jakob in der Vorfreude auf Weihnachten für Sie gearbeitet hat! Er ist wirklich handwerklich sehr geschickt und hat ein gutes Gespür auch für die edle Form. Ich gratuliere Ihnen zu diesem Jungen!“

Verwundert, aber doch so voller Glück, daß sie es offenbar werden ließ, betrachtete die Mutter die gehämmerte Schale aus Kupferblech, während der Sohn zwei Ap-

felsinen auswickelte und drei rotwangige Äpfel noch einmal liebevoll polierte, bevor er sie behutsam in die blanke Obstschale legte.

Eine junge Schwester ging von Bett zu Bett und brachte den Kaffee. Auch sie mußte das Geschenk der Frau Brück betrachten. Etwas wehmütig erzählte die Mutter: „Wir haben bisher nie zusammen Weihnachten gefeiert. — ‚Weihnachten? Das ist wie Opium für Dumme!‘, sagte mein Mann. — Ach, ich glaube, es ist sehr schön, Weihnachten zu feiern, und das werde ich ihm auch erzählen! Als ich noch ein Kind war — so kommt es mir heute vor —, feierten wir wohl mehrmals im Jahre dieses liebe Fest, so viele schöne Erinnerungen habe ich daran!“ Die Schwester lächelte fein: „Wir dürfen in dieser Zeit der Erwartung ganz oft an schöne Dinge denken, Frau Brück, auch wenn rein sachlich orientierte Menschen das für märchenhaft, für überflüssig halten, weil sie nicht glauben können, was sie nicht sehen. Aber unser Empfinden ist doch viel tiefer, als die Beweiskraft reicht. Mit diesen Gedanken beginnt doch bereits das innige Christfest! — Und ist nicht schon unsere immerwährende Sehnsucht nach Liebe, die Kraft, die wir dadurch haben, der Beweis, daß Gott wirkt und wir in seiner Hut geborgen sind?“ Nach einer Weile des Schweigens ergänzte sie: „Von nun an werden Sie das Weihnachtsfest gewiß wieder feiern, liebe Frau Brück!“ „Bestimmt,

Mutter!“, versicherte auch Jakob. — „Ich habe gar nicht gewußt, wie schön es ist, dir etwas schenken zu können!“

Hans Bahrs

Paulus (1. Teil)

Leben, Bedeutung und Werk des Völkerapostels

I. Erste Eindrücke

Als früheste Schrift des Neuen Testaments (NT) gilt heute der erste Brief, den Paulus im Jahre 51 an die Kirche von Thessalonich richtete. Bereits im Grußwort treten uns faszinierend Dynamik und Fülle seiner Verkündigung entgegen.

In atemberaubender Dichte spricht er von Vater, Sohn und Heiligem Geist, führt den Blick weiter

auf Glaube, Hoffnung und Liebe, die er sogleich als Glaubenswirklichkeit, Ausdauer und Opferbereitschaft definiert. Aber nicht nur das, darüber hinaus stellt er den Zusammenhang her zwischen apostolischem Verkündigungsauftrag und dem Hören auf das Wort (Logos).

Dankend (Eucharistein) gedenkt Paulus der Gemeinde. Er fordert von sich selbst, den sich bildenden Gemeinden und den ihnen vorstehenden Presbytern die Einheit von Verkündigung und Lebensvollzug.

Dem Leser drängt sich die Frage auf, woher hat Paulus den tiefen Glaubens- und Gedankenreichtum, den er in solch komplexer Aussage mit wenigen Worten zu vermitteln vermag?

Als Paulus diesen Brief schrieb, hatte er schon ein gewaltiges, uns unbekanntes Stück apostolischen Wirkens in aufreibender Arbeit hinter sich. Er hatte aber auch nach dem Damaskuserlebnis, das seine ganze Existenz ausfüllte, und der umwälzenden Erkenntnis, aus der er von „meinem Evangelium“ (Rö 16,25; Rö 2,16;) und der ihm geschenkten Offenbarung (Gal 1,16;) sprechen konnte, ein ihm eigenes Sendungsbewußtsein erhalten.

Wer war dieser Mann, der seine Wandlung vom Saulus zum Paulus Gott selbst verdankte und der seitdem in unermüdlicher Sorge um die Verkündigung des Evangeliums weder Mühen noch Gefahren scheute, damit die von Jesus

Christus begründete Kirche Schritt um Schritt aufbaut würde?

Wer war dieser Mann aus Tarsus, der die ihm anvertraute Botschaft betend, dankend und aus seinem Glauben zu den Menschen trug und bis in den Tod hinein bezeugte?

Wie wurde er Paulus, wie sah seine Vergangenheit vor dem Damaskuserlebnis aus, und aus welcher Geistigkeit tritt er den christlichen Bewußtseinsinhalten gegenüber?

Im Brief an die Philipper wird Paulus sagen: „Für mich ist das Leben Christus und das Sterben Gewinn (Phil 1,21) und im zweiten Brief an Timotheus: „Alle haben mich verlassen“. Er hat das Tremendum und das Faszinosum zutiefst empfunden und die Theologie des Kreuzes aus Liebesgehorsam ausgekostet.

Was hat er mitgebracht in die Begegnung mit dem auferstandenen Herrn, und wie sieht er seine eigene Existenz vor dem neuen Lebensauftrag, der jedes Maß menschlicher Kraft übersteigen mußte?

II. „Frage nach einem namens Saulus aus Tarsus“ (Apg 9,11)

1. Saulus war mit seiner vermutlich jüngeren Schwester in Tarsus beheimatet. Dort wurde er geboren. Dort ist er aufgewachsen, und dort ist er nicht nur vertraut gewor-

den mit der jüdischen Lehre seiner Väter, sondern hat auch die Vielschichtigkeit und das geistige Leben einer großen Handelsstadt in sein waches Bewußtsein aufgenommen. Man spürt es aus seinen Schriften heraus, wie sehr er vielleicht schon früh gelernt hatte, die geistigen Strömungen seiner Zeit — auch in der jüdischen Welt — wahrzunehmen und zu unterscheiden.

2. Tarsus war zur damaligen Zeit ein Schnittpunkt der Kulturen. Hier im nordöstlichen Winkel des Mittelmeeres trafen aus dem Westen die römischen, aus dem Süden die griechischen und aus dem Osten die semitisch-babylonischen und persischen Einflüsse zusammen.

Über Antiochia und Alexandria führte durch Tarsus die Handelsstraße nach Derbe und weiter über das Handelsdreieck Hierapolis — Kolossä — Laodizea nach Ephesus und von da nördlich an der Küste entlang bis nach Troas. Von hier gingen Handelswege aus nach Milet durch die damals bereits regelmäßig betriebenen Schiffsverbindungen, die über die politischen und Handelsmetropolen Rhodos und Kos zur Hauptstadt Rom hin verliefen.

Umgekehrt trafen in Tarsus Handelskarawanen vieler Sprachen und mit vielen Informationen ein. Nach Norden hin öffnete sich die Zilizische Pforte zur Provinz Asia.

Vom Osten her ermöglichte das syrische Tor durch das Gebirge

den Eintritt orientalischer Kulturen und persischer Mysterienreligionen.

Tarsus war freie Handelsstadt. Der schiffbare Kydnos sorgte für ein nie abreißendes Leben. Holz, Gewürze, Textilien usw. wurden hier umgeschlagen.

In Tarsus entstand nicht nur ein Völkergemisch, hier trafen sich auch Philosophien, Freie und Sklaven.

Vor allem — das muß besonders hervorgehoben werden — galt hier zur damaligen Zeit seit 100 Jahren römisches Recht.

Im Frieden von Phoinike z.B. (205 v. Chr.) war bereits ein anspruchsvolles römisches Vertragsrecht wirksam geworden. Einwohner von Tarsus waren daher römische Bürger von Geburt.

Die vielen Feste, die hier zu allen Jahreszeiten gefeiert wurden, galten den heimatlichen Göttern wie Baal und Tarz (Herr von Tarsus), aber auch den Mysterienkulten. Wanderprediger und Philosophen versuchten auf Plätzen und in Säulengängen ihre ethischen und lebensphilosophischen Vorstellungen unter das Volk zu bringen.

3. Das Kind, der Knabe und der an der Schwelle zum Mannesalter stehende junge Saulus nahm das alles in sich auf, der griechische Einfluß prägte entscheidend sein Geistesleben mit, und das römische Rechtsbewußtsein fand wohl auch seinen Niederschlag im Denken dieses Mannes.

Das eigentlich Prägende aber war die von den Vätern überkommene alttestamentliche Ordnung und Überlieferung jüdischer Tradition.

Wie in jeder jüdischen Familie kam der häuslichen Erziehung größte Bedeutung zu. Saulus lernte schon als Kind, die Gebete mitzusingen; denn damit wurde in einer fest umrissenen religiösen Gewohnheit der Grund für den jüdischen Glauben gelegt.

Mit fünf Jahren hörte er beim Lesen der Thora (Gesetzensammlung) zu. Mit sechs Jahren wurde der sog. „Weingarten“ als Kindergarten sein eigentlicher Aufenthalt, und mit zehn Jahren lernte Saulus die Mischna, d.h. die mündliche Überlieferung kennen. Die Talmudlehre blieb der Zeit nach dem 15. Lebensjahr vorbehalten.

Saulus wird schon früh das Weben gelernt haben.

Der Vater mag Textilkaufmann gewesen sein, die Mutter ist vermutlich früh verstorben. So blieb die Sorge um den Sohn und die Tochter dem Vater allein, und dieser wird vielleicht Verständnis für die weitere Entscheidung des jungen Saulus aufgebracht haben.

Eigentlich sollte er mit 18 Jahren in die Chuppa, d.h. in das Brautgemach geführt werden. Aber Saulus hatte wohl schon damals eine so starke Verbundenheit mit der Religion des Alten Testaments gespürt, so daß er im Hin-

blick auf ein weiteres Studium unverheiratet blieb.

4. Zum ersten ganz großen Erlebnis wurde daher auch mit 15 Jahren die Fahrt nach Jerusalem, wo er die Tempelhochschule besuchte. Es ist möglich, daß Saulus schon damals mit den frommen Juden jenes eigenartige, ahnungsvolle Kommen des Messias in seinem wachen Bewußtsein verspürte, das durch die geheimnisvollen Andeutungen in den Schriften der Bibel z.B. bei Daniel, Isaias und in den Psalmen vorbereitet wurde.

Wie alle Juden seiner Zeit wird er die starke Gesetzesabhängigkeit gespürt haben, aus der es kein Entkommen gab, weil sie zu einer erstarrten Lebensauffassung geworden war.

In Jerusalem, als dem Inbegriff jüdischer Tradition, umfaßte das Studium bei seinem weit bekannten Lehrer Gamaliel die Halacha (den Gesamtumfang der Gesetzesüberlieferungen) und die Hagada (die religiösen Aussagen des Alten Testaments mit den geschichtlichen und legendären Zusammenhängen). Hinzu kamen die Unterweisungen in der sprachlich-methodischen Erschließung der Schrift.

Die Bibel wurde nunmehr zum nicht mehr wegzudenkenden Begleiter des jungen Saulus. Er wird sie auch in zwei Sprachen studiert haben, in der griechischen Übersetzung, der Septuaginta, und in der Sprache seiner Väter: Hebräisch.

Der jüdische Mensch lebte damals aus den Tiefen und Gebeten der Bibel. Sie war die eigentliche Geistesschule in der mündlichen Weitergabe. Moses, Abraham, Isak und Jakob waren nicht nur die alttestamentlichen Väter, sie waren auch die Wegzeichen des Glaubens, der aus der Vätertradition noch betete:

„Der Herr segne und behüte dich.

Er lasse sein Antlitz leuchten über dir und sei dir gnädig.

Der Herr wende dir sein Antlitz zu und schenke dir Frieden. (Num 6,23)

Die frommen Juden, die still und zurückgezogen lebten, wußten um die Prophezeiungen Daniels: „Ich sah einen, der wie ein Menschensohn erschien... Ihm wurde Herrschaft, Ruhm und Reich verliehen... Seiner Herrschaft sollte ewig sein und sein Reich unzerstörbar“. (Dan 7,13)

Oder sie beteten mit den Worten des Propheten Isaias: „Ein Kind wird uns geboren, ein Sohn wird uns geschenkt. Er trägt das Herrscherzeichen auf seinen Schultern, sein Name heißt wunderbarer Gott und Held, ewiger Vater, Friedensfürst. Sein Reich wird groß und der Friede endlos sein.“ (Is 9,5)

An den Hochfesten des Jahres erklangen Gesänge, die zum Rüstzeug eines jeden Juden gehörten und die auch dem jungen Saulus unauslöschbar gegenwärtig waren:

Das große Hallel (Ps 113—118),

das Schmone Eschre (Das Achtzehngebet), — das jeder Israelit, auch Frauen, Sklaven und Kinder, zu beten hatte (die gesungenen Gesetzestexte aus dem 5. und 6. Kapitel des Deuteronomiums) — und das Schma (Deut 6,4—9), Mich 13—21, Num 15,37—41): „Höre Israel, Jahwe unser Gott, Jahwe ist einer“.

Da ist auch die im Volke der Verheißung lebendige Hoffnung auf das Reich des aus dem Stamme Davids kommenden und ersehnten Herrschers und Messiaskönigs, der das Leid des geprüften Volkes beenden würde.

Die alttestamentliche Frömmigkeit betete aus der Innerlichkeit der Psalmen: „Was habe ich im Himmel außer dir? Die Erde bietet mir keine Freude mehr; wenn ich nur dich besitze, brauche ich nichts mehr“. (Ps 72)

Jenes andere Gebet frommer Juden sollte später eine große Bedeutung erhalten: „Meine Seele preiset hoch die Größe des Herrn“ (1. Sam 2,1—10) „und mein Geist jubelt über Gott meinen Heiland“. (Hab 3,18)

Dieser jüdische Glaube mit seinem Gebetsleben war in Gefahr gekommen. Es hatten sich neue, säkularisierte Formen herausgebildet, die in der Einseitigkeit von Gesetzesüberbetonung zu einem „Gesetzesformalismus“ erstarrte, in dem das Religiöse zu einem technischen Glaubensvollzug versank.

5. In Jerusalem sollte Saulus

als Rabbinerschüler (Gal 1,14) den vom ganzen Volk hochgeehrten Rabbi Gamaliel (Apg 5,34) hören, damals ein geistiger Führer, der sogar für die Apostel eintrat.

Gegenüber den beiden Schulen, des toleranten Hillel, dessen Enkel Gamaliel war, und des pedantischen Schammai, muß Gamaliels Lehre damals zwar aufgeschlossen, aber eine tiefe Treue zum Worte Gottes beinhaltet haben.

Saulus wird sich, das ist anzunehmen, mit den beiden theologischen Richtungen der Zeit auseinandergesetzt haben: mit der Hagada (Geschichte und religiöses Gedankengut der Bibel) und der Halacha (die Gesetzestexte), worauf uns seine Briefe hinweisen (Phil 12,6 und Gal 1,14).

Hier in Jerusalem kommt zu der im Hause seines Vaters erworbenen jüdischen Erziehung und der griechischen Prägung das Wissen um Geist, Sprache und Überlieferung der Bibel (die griechische, aramäische und hebräische Fassung) und das religiöse Leben mit dem Tempeldienst hinzu (Apg 22,3; 26,4).

6. Etwa sieben Jahre war Saulus in Jerusalem (von 15—23). Vom Jahre 23 an bis zum Jahr 33 verlieren sich die Spuren und werden erst wieder sichtbar, als sich Saulus und Stephanus wohl schon in der Synagoge gegenüberstanden (Apg 16,11) und er dann bei der Steinigung des Stephanus zugegen war (Apg 22,20; 26,10; Gal 1,23; 1. Kor 15,9).

Man muß die Rede des Stephanus in der Apostelgeschichte Wort für Wort lesen und in ihrem Zusammenhang bedenken, um zu begreifen, daß hier nicht nur zwei religiöse Auffassungen über den Messias, sondern bereits zwei Weltanschauungen aufeinandertrafen.

Saulus muß einer Gruppe von fanatischen Pharisäern angehört haben; denn er wußte sich im Rahmen einer Verfolgungsaktion beauftragt, den Christen in Damaskus gewaltsam nachzustellen. Daher hat er schon vor seinem Aufbruch den Anschauungen einer neuen Religion mit Messiasideen feindlich gegenüber gestanden.

7. Die Christusbegegnung vor Damaskus scheidet nicht nur einen Lebensabschnitt von der jetzt für Paulus neu anbrechenden Zeit, mit ihr entscheidet sich Paulus zu einem neuen Denken aus Jesus Christus.

Dieses Denken hat Schule gemacht. Viele der späteren Märtyrer und auch Paulus haben aus dem Bewußtsein gelebt, daß alles in Gott gesehen werden muß, mehr, daß das Christentum nicht eine Religion zur gelegentlichen Anwendung oder gefälligen Nutzung ist, sondern Denk- und Lebensinhalt, aus dem eine neue Lebenswirklichkeit erwächst, die den ganzen Menschen einnimmt: „wer in Christus ist, ist ein neues Geschöpf“ (2. Kor 5,17), eingeborgen in „Gottes geheimnisvoller, verborgener Weisheit“ (1. Kor 2,7). Gleich am Anfang seiner schriftlichen

Zeugnisse wird er sagen: „Das ist der Wille Gottes, eure Heiligung“ (1. Thess 4,3).

Paulus spürt, daß Gott in Jesus Christus seine Hand auf ihn gelegt hat; denn die Ereignisse, die in Damaskus mit den Namen Hananias und Judas (Apg 9,11) verbunden sind, sagten im unübersehbar, daß nunmehr Gottes Wille zum einzigen Maßstab seines Lebens werden würde. Die Apostelgeschichte sagt es so:

„In Damaskus lebte ein Jünger namens Hananias. Zu ihm sagte der Herr in einer Vision: Hananias! Er antwortete: Hier bin ich Herr. Der Herr sagte zu ihm: Steh auf und geh zur sogenannten Geraden Straße, und frage im Haus des Judas nach einem Manne namens Saulus aus Tarsus. Er betet gerade und hat in einer Vision gesehen, wie ein Mann namens Hananias hereinkommt und ihm die Hände auflegt, damit er wieder sieht. Hananias antwortete: Herr, ich habe von vielen gehört, wieviel Böses dieser Mann deinen Heiligen in Jerusalem angetan hat. Auch hier hat er Vollmacht von den Hohenpriestern, alle zu verhaften, die deinen Namen anrufen. Der Herr aber sprach zu ihm: Geh nur! Denn dieser Mann ist mein auserwähltes Werkzeug. Er soll meinen Namen vor Völker und Könige und die Söhne Israels tragen. Ich werde ihm auch zeigen, wie viel er für meinen Namen leiden muß.“

Saulus hatte in Jerusalem unter den Judenchristen so gewütet,

daß zahlreiche Christen über Samaria nach Damaskus geflüchtet waren. Dadurch breitete sich die Botschaft vom Evangelium auch dort aus.

Der Schreck über die Nachricht, daß Saulus auch dieser Stadt nahe, muß die in Damaskus inzwischen ansässigen Christen in Panikstimmung versetzt haben.

Aber anders, als mit Furcht erwartet, wurde Saulus blind in die Stadt geführt. Drei Tage danach kam Hananias in das Haus in der Geraden Straße und legte ihm die Hände auf. (Es war das Jahr 34 nach Chr.)

Paulus verließ dann die Stadt, um für drei Jahre in der arabischen Wüste zu bleiben (34—37). Hier empfing er die Offenbarung Jesu Christi durch den Herrn selbst, wie er im Galaterbrief (1,12; 1,17; und 2. Kor 12,1f) später bekannte.

Nach Damaskus zurückgeführt (Gal 1,17; Apg 9,20f), predigte er das Evangelium. Aber sofort traf ihn der Haß der Juden. Seine Freunde ließen ihn, sonst ausweglos, in einem Korb die Stadtmauer hinunter (Apg 9,23—25).

Sein Ziel war Petrus in Jerusalem, bei dem er 14 Tage blieb. (37) (Gal 1,18; Apg 9,26f)

Er traf aber auch Jakobus den Gerechten (Gal 1,19), der zwar nicht unmittelbar zu den 12 Aposteln gehört hatte, aber kraft seiner Persönlichkeit und seines Einsatzes für das Evangelium ist er zur Gemeinschaft der Urapostel gezählt worden. Paulus wollte in

Jerusalem nicht nur Begegnung, sondern er wollte auch mehr über die Verkündigung, das Wirken, die Passion und die Auferstehung Jesu erfahren und wie das alles in den Aposteln weiterwirkte. (1. Kor 15,3—7)

In einem ganz besonderen Licht mußte Paulus dem Petrus und Jakobus erschienen sein: in der Autorität eines Apostels, die er durch die Offenbarung Jesu (Gal 1,12) persönlich empfangen hatte, durch sie legitimiert war und die er weiterzugeben hatte, wie sie ihm überantwortet worden war. (1. Kor 15,23) Er wußte sich als „Apostel nicht von Menschen her, auch nicht durch einen Menschen, sondern durch Jesus Christus und Gott, den Vater“. (Gal 1,1) Seine Verkündigung stimmte mit den Uraposteln überein (Gal 2,1—10) und fand auch bei der Urgemeinde Anerkennung (s. auch Gal 2,11—14).

Paulus weiß sich durch die Glaubenswahrheit, die er von Jesus empfangen hat, als Beauftragter des Herrn. Sie gilt es als Lehrinhalt und Glaubensregeln zu bewahren und in Treue weiterzugeben (Eph 4,11; Rö 6,17). Er ist sich bewußt, daß dieser Glaube auch gegen Irrlehren geschützt werden muß: (Rö 16,17; Eph 4,3; Eph 4,14; 1. Tim 1,3; 2. Tim 4,3).

Als Paulus später während seiner Missionsreisen die Briefe an die Gemeinden schrieb, „hatte der christliche Lehrinhalt bereits eine feste, traditionelle Gestalt erhalten“ (X. L. Dufour).

Als bekannt wurde, daß sich Paulus in Jerusalem aufhalte, wurde er sofort wieder zum Verfolgten.

Barnabas nahm sich seiner an und brachte ihn nach Cäsarea. Von dort fuhr Paulus zunächst mit dem Schiff nach Tarsus zurück (37—43).

Im Jahre 43 wurde Paulus von Barnabas, der inzwischen in Antiochia das Wort Gottes verkündet hatte, in diese Stadt geholt (Apg 11,25). Die Apostelgeschichte berichtet uns, daß die Anhänger der neuen Lehre zum erstenmal mit dem Namen „Christen“ bezeichnet wurden (Apg 11,26).

Ein gnadenhaftes Ereignis machte alle Anwesenden und vor allem dem Paulus durch den Heiligen Geist deutlich, daß auf Barnabas und Paulus eine besondere Aufgabe wartete:

„Wählt mir Barnabas und Saulus zu dem Werk aus, zu dem ich sie berufen habe“ (Apg 13,2).

Neben der Festigung des Wortes Gottes in der Gemeinde wurden Barnabas und Paulus im Jahre 44 beauftragt, eine Geldspende zur Abmilderung einer Notsituation nach Jerusalem zu bringen (Apg 11,25—30).

Zu dieser Zeit wurde auf Befehl des Herodes der Apostel Jakobus, Bruder des Johannes und Sohn des Zebedäus, hingerichtet.

Dank der Mitarbeit von Barnabas und Paulus war in Antiochia eine festgefügte Kyriake (Gemeinschaft des Herrn) entstanden. Die Kirche begann sich zu entfalten.

Innerlich vorbereitet und erfüllt von Glauben und Lehre zur Lebens- und Weltgestaltung aus Jesus Christus näherte sich Paulus seiner weltgeschichtlichen Aufgabe. (Wird fortgesetzt)

Johannes Cofalka

Primärquellen

Flavius Josephus, *Antiquitates Judaicae* (Jüdische Altertümer) (93—94 n. Chr.); *Belium Judaicum* (Jüdischer Krieg) (75—79); *Vita* (100 n. Chr.); deutsch von L. Cohn, I. Heinemann, M. Adler, W. Theiler, 7 Bde, Berlin 1962—64

Philon von Alexandrien (13 v. Chr.—45 n. Chr.), *Quod omnis probus liber sit* und *De vita contemplativa*

Plinius der Ältere (37—100 n. Chr.), *Historia naturalis*

Tacitus, *Annalen* und *Historien*

Sueton, *Kaiserviten*

Sammlungen von Primärquellen, auch Inschriften, Papyrusdokumente, Auszüge aus antiken Schriftstellern:

C. K. Barrett, *Die Umwelt des Neuen Testaments*, *Ausgewählte Quellen*, übersetzt von C. Colpe, Tübingen 1958

M. P. Charlesworth, *Documents illustrating the Reigns of Claudius and Nero*, Cambridge 1939

V. Ehrenberg und A. H. M. Jones, *Documents illustrating the Reigns of Augustus and Tiberius*, Cambridge 1955

M. McCrum und A. G. Woodhead, *Select Documents of the Principates of the Flavian Emperors A. D. 68—96*, Cambridge 1961

E. M. Smallwood, *Documents illustrating the Principates of Nerva, Trajan and Hadrian*, Cambridge 1966

J. Stevenson, *A New Eusebius*, London 1957

D. J. Theron, *Evidence of Tradition*, London 1957

G. Beer, O. Hotzmann, fortgesetzt von K. H.

Rengstorff, L. Rost, *Die Mischna*, Gießen 1912 und Berlin 1956

Die Texte aus Qumran, Hebräisch und deutsch, hrsg. von E. Lohse, Darmstadt 1964

Bibliothek der Kirchenväter, Kösel Kempten 1916, dgl. J. P. Migne *Patrologia latinae*, Turnholt, vor allem Augustinus, Eusebius, Origenes, Hieronymus und Bruchstücke aus den verlorenen Apokryphen.

Apokryphen (zur Information)

Sammlungen:

E. Hennecke, W. Schneemelcher, *Neutestamentliche Apokryphen*, I. Evangelien, II. Apostolisches, Apokalypsen und Verwandtes, Tübingen, 3. Aufl. 1959—1964

K. v. Tischendorf, *Apokalypses apocryphae Mosis, Esdrae, Johannis item Mariae dormition additis Evangeliorum et actuum Apocryphorum supplementis*, Leipzig 1866/1966

J. G. Schulthess, R. Mücke, Epiktet, Was von ihm erhalten ist, nach den Aufzeichnungen Arrians, Heidelberg (1924)

H. D. Rops, *Die apokryphen Evangelien des Neuen Testaments*, Zürich, 1958

Einzelwerke (in Bruchstücken bei den Kirchenvätern)

W. Michaelis, *Das Thomasevangelium*, Stuttgart 1960

W. C. van Unnik, *Evangelien aus dem Nil*, sand Frankfurt M 1960

Apokryphen Petrus-, Jakobus-, Bartholomäus-, Nikodemus-, Philippusevangelium, als die wesentlichsten; außerdem: Hebräerevangelium, Ägypterevangelium, Evangelium der Wahrheit

Apokryphe Apostelgeschichten (Bruchstücke), zugeschrieben: Petrus, Paulus, Andreas, Johannes, Thomas, Thaddäus

Apokryphe Briefe: Drei Br. von Paulus, ein Br. von Barnabas, ein Brief Jesus zugeschrieben

Apokryphe Apokalypsen: zugeschrieben Petrus, Paulus, Thomas, Stephanus, Zacharias; eine Apokalypse, der Mutter Jesu, Maria, zugeschrieben

Sonstige Quellen

- J. Holzner, der Völkerapostel Paulus, München 1947
 J. Holzner, Paulus, Paderborn, Regensburg 1948
 G. Bornkamp, Paulus, Köln, Mainz 1987
 A. Beck, Geschichte Israels, Köln, Mainz 1983
 Religionsgeschichtliches Textbuch zum Alten Testament, Hrsg. W. Beyerlin, Göttingen 1983
 G. Faber, Sand auf heiligen Spuren, Reise durch Nahost, Stuttgart 1958
 J. Feely, Türkei, München 1984
 Eusebius von Cäsarea, Kirchengeschichte, München 1967
 K. H. Schelkle, Paulus, Darmstadt 1981
 H. Warnecke, Die tatsächliche Romfahrt des Apostels Paulus, Stuttgart 1987
 G. Faber, Auf den Spuren des Paulus, München 1989
 E. Käsemann, Paulinische Perspektiven, München 1972
 E. Schürer, Geschichte des jüdischen Volkes, I—III, 1901—11
 H. Conzelmann, Die Geschichte des Urchristentums, Mainz 1971
 O. Kuss, Die Rolle des Apostels Paulus in der theologischen Entwicklung der Urkirche, in: Mü.Theol. Zeitschr., 14, 1963, S. 1—59 und 109—187
 D. Georgi, Die Gegner des Paulus im 2. Korintherbrief, Studie, Göttingen, 1964
 B. Rigaux, Paulus und seine Briefe, 1964, in: Das Paulusbild in der neueren deutschen Forschung v. K. H. Rengstorff, Tübingen 1964
 O. Kuss, Der Römerbrief, Exegetische Folgen, Regensburg 1949—1953
 Die Briefe des Apostels Paulus, in: Geistliche Schriftlesung
 M. Grant, Paulus, Apostel der Völker, Berg, Gladbach 1978
 F. F. Bruce, Zeitgeschichte des Neuen Testaments, Von Jerusalem bis Rom, Wuppertal 1976
 J. Maisch, Paulus von Tarsus, Verfolger und Apostel Jesu Christi, Konstanz 1986
 Sch. Ben Chorin, Paulus in jüdischer Sicht, München 1988

G. Dantzenberg, Paulus und das alte Testament, in: Bibel und Kirche 37, 1982, S. 21 bis 27

O. Knoch, Gestalt, Werk und Wirkung des Apostels Paulus, Stuttgart 1984

Gedanken

„Das Weihnachtsfest in diesem Jahr 1990 hat einen ganz eigenen Charakter: Ganz unerwartet ist Deutschland wieder vereinigt; in offizieller Form ist der „Kalte Krieg“ beendet worden; aus früheren Feinden sind zumindest Nachbarn geworden. Soviel hat sich ereignet, daß viele Menschen das Staunen neu erlernt haben.

Hinter dem engagierten menschlichen Bemühen erkennen hellseherische Zeitgenossen die Handschrift Gottes.

Vor rund 2000 Jahren wurde Gott Mensch, setzte er als Zeichen seine rettende Tat, um den Menschen das Angebot des Friedens zu machen. Den Menschen ist es nur unzureichend gelungen, dieses Zeichen zu erkennen und den jeweils eigenen Beitrag zu leisten, der Frieden möglich macht. Ängste, egoistische Wünsche, Neid und Rechthaberei haben das Handeln mehr geprägt als der Wunsch nach Frieden.

Doch das Zeichen Gottes, seine rettende Tat, blieb bestehen, und alle Menschen vermochten, wenn sie wollten, dieses Zeichen zu sehen. Fast wie in früherer biblischer Zeit wurde der Wunsch nach Frieden stärker und stärker. So konnten letztendlich auch Gräben überwunden, Vorurteile zurückgenommen und Brücken gebaut werden.

Weihnachten stellt uns erneut die rettende Tat Gottes vor Augen. Noch ist nicht überall in der Welt Frieden. Es gibt noch den politischen Unfrieden, die Auseinandersetzungen zwischen Völkern und

Anschauungen, es gibt den Unfrieden der Armut, der Krankheit, den Unfrieden der Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen. Aber es gibt die rettende Tat Gottes, die ermutigen kann, mit dem Frieden zu beginnen: ein jeder an seinem Platz, in seinem Lebensumfeld.“ (aus *Informationen der Kamillianer* 4/90)

In diesem Sinne wünscht die Redaktion Ihrer Lesergemeinschaft ein gnadenvolles und freudiges Christfest sowie ein segensreiches und friedliches Jahr 1991.

1:0 für Kamerun?

Kamerun — die Überraschung der Fußball-Weltmeisterschaft. Milla & Co. erspielten sich und ihrem Land große Sympathien. Vier Wochen interessierte sich die Öffentlichkeit plötzlich für das afrikanische Land. Solche positiven Schlagzeilen hat Kamerun noch nie gehabt. Die Weltmeisterschaft ist vorbei. Was bleibt für Kamerun? Freude und Stolz über „ihre“ Fußballmannschaft. Und die Sorgen über das alltägliche Elend im Lande, die Armut in den Slums der Küstenstadt Douala, die sich zuspitzende Wirtschaftskrise.

MISEREOR unterstützt gegenwärtig 130 Entwicklungsprojekte in Kamerun: z. B. Brunnenbau zur Versorgung mit Trinkwasser, Ausbildung von Handwerkern, ... Hilfe zur Selbsthilfe für ein menschenwürdigeres Leben der Armen.

Spendenkonto: Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

*Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt*

**Mozartstraße 9
5100 Aachen**

Menschen- rechte

GKS und Menschenrechte

Dieser AUFTRAG ist dem Schwerpunktthema „Menschenrechte“ gewidmet. Die GKS will damit den Einstieg in eine Problematik wagen, die in der Arbeit unserer Gemeinschaft hinter dem großen Thema „Der Soldat Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ ein Schattendasein führte. Zwar kommt der Begriff „Menschenrechte“ im Schriftgut der GKS, vor allem in ihren Erklärungen, immer wieder vor, wird aber kaum eigens thematisiert oder ausführlich behandelt.

Frieden ist die Verwirklichung der Menschenrechte durch Gerechtigkeit und Liebe. Deshalb war es folgerichtig, als im April 1988 das Motto unserer Gemeinschaft „dem Frieden verpflichtet“ zu dem Grundsatz erweitert wurde:

- „Wir stehen im Dienst
- der Sicherheit und Freiheit der Völker,
 - der Verteidigung der Rechte aller Menschen gegen Angreifer;

— der unterschiedslosen Verwirklichung der Menschenwürde in den Streitkräften.“

(Siehe „Auftrag“ 1988 Nr. 173/174, S. 84 u. „Auftrag“ 1989 Nr. 180, S. 16.)

Jetzt, da die Einheit unseres deutschen Volkes in Freiheit erreicht und die Sicherheit Deutschlands nicht mehr unmittelbar bedroht ist, muß deutlicher als bisher in unser Blickfeld rücken, wie wir, als Soldaten im Dienst unseres Vaterlandes stehend, die Sicherheit, das Recht und die Freiheit aller Völker gegen ungerechte Angriffe schützen können.

Damit ist aber zunächst nicht der Einsatz von Bundeswehrkontingenten im Rahmen der UN-Friedenstruppen gemeint. Vielmehr „sind wir überall dort herausgefordert, wo Menschen in ihren Rechten mißachtet werden, soziale Benachteiligung erfahren und in menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen... Wir dürfen nicht untätig zusehen angesichts von Folter, Apartheid, Völkermord und Unterdrückung elementarer Freiheitsrechte. Denn wir haben aus der eigenen leidvollen deutschen Geschichte lernen müssen, daß, wer schweigt, mitschuldig wird.“ (Aus einer Erklärung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände Deutschlands zur Menschenrechtsarbeit der katholischen Verbände vom 23.9.88.)

Die Menschenrechte haben sich aus dem Christentum emanzipiert. Sie gründen letztlich in der unveräußerlichen Würde jedes Menschen als Person und Ebenbild Gottes. Auf diesem Menschenbild, aus dem wir als Gemeinschaft Katholischer Soldaten unser Selbstverständnis ableiten (s.a. Jahresthema der GKS 1989 „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ in: „Auftrag“ 1989, Nr. 178/179, 180, 183/184, 187/188), gründet der Einsatz katholischer Soldaten für die Menschenrechte. Menschenrechtsarbeit erfordert, daß wir uns solidarisch verbinden mit allen Menschen, die das gleiche Ziel verfolgen, und daß wir die Zusammenarbeit mit Organisationen suchen, die sich Menschenrechtsverletzungen besonders annehmen. Aus diesem Grund hat der Bundesvorstand der GKS einen eigenen Menschenrechtsbeauftragten bestellt, der die GKS in der Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ der deutschen Kommission Justitia et Pax der Deutschen Bischofskonferenz vertritt.

Menschenrechtsarbeit bedeutet nach der Erklärung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände Deutschlands vom 23.9.1989:

- Eintreten für den Schutz des menschlichen Lebens von seinem Anfang bis zu seinem Ende,
- Bemühen um den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten,

- Einsatz für die Überwindung von Hunger und Elend in der Welt und
- Einsatz für die Schaffung eines echten Friedens und für weltweite gerechte Entwicklung.

Als katholischer Verband muß die GKS eine besondere Aufgabe darin sehen, für das Recht auf Religionsfreiheit einzutreten und Menschen, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden, ihre Solidarität zu zeigen. Das Wirkungsfeld des Christen beginnt aber im eigenen Land. Das gilt auch für die Förderung der Menschenrechte, z.B. den Schutz ungeborenen Lebens.

Wo immer es möglich ist, sollte die GKS als katholischer Verband auf schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte in anderen Ländern öffentlich hinweisen. Für die GKS gilt das vor allem in den Fällen, in denen reguläre Streitkräfte erwiesenermaßen an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind oder diese möglich machen. So sollten wir alle zulässigen Möglichkeiten, von Briefaktionen, Veröffentlichungen im „Auftrag“ oder „Kompaß“ bis hin zum direkten Gespräch mit den Militärattachés und den Regierungen der jeweiligen Länder, nutzen, damit Unterdrückung, Terror und Folter abgeschafft werden. Einen solchen Druck auszuüben ist keine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Armeen fremder Staaten, wenn die Aktionen stets darauf gerichtet sind, tatsächliche Verbesserungen und

Erleichterungen für die Menschen zu erreichen.

In diesem Sinne soll mit diesem Schwerpunktheft die GKS für die Problematik der Menschenrechte sensibilisiert werden. Das heißt, es soll bewußt gemacht werden, welchen Wert Menschenrechte darstellen, was Menschenrechtsverletzungen sind, von wem sie ausgehen (Verantwortlichkeit) und wer daran beteiligt ist (Durchführung). Leider sind in vielen Ländern gerade Streitkräfte an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Ungerechte Strukturen, die Pflicht zu unbedingtem Gehorsam und eine Mentalität „wir haben alle nur unsere Pflicht zu erfüllen“ schaffen oft erst ein Klima, in dem Menschenrechtsverletzungen ermöglicht oder zumindest begünstigt werden.

Die GKS sollte dabei mitwirken, um Praktiken von Menschenrechtsverletzungen zu enttarnen. Sie kann konkrete Fälle aufgrei-

fen, im „Auftrag“ veröffentlichen, Briefaktionen initiieren und selbst durchführen, Anfragen an Militärattachés des eigenen wie des fremden Landes und an die Bundesregierung richten. Sie kann auch durch ehrenamtlichen Einsatz Arbeitsleistungen erbringen, um Fälle aufzubereiten, Recherchen durchzuführen, Empfehlungen zu erarbeiten oder konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Dabei eignet sich der Einsatz für die Menschenrechte in besonderer Weise für eine Arbeit vor Ort, durch die Kreise, die konkrete Fälle aufgreifen und langfristig betreuen können. Wenden Sie sich dazu an den Menschenrechtsbeauftragten unserer Gemeinschaft: Oberstleutnant a.D. Karl-Heinz Tenschert, Thüringer Allee 113, 5205 St. Augustin, Tel.: 02241/332978.

Paul Schulz

Menschenrechte — unsere Aufgabe

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht in den Medien durch Politiker oder Journalisten ein Bekenntnis

zur Wahrung der Menschenrechte abgegeben wird. Der Wandel in Osteuropa hat nicht dazu geführt, daß Menschenrechtsverletzungen aufhören. amnesty international berichtet im Jahresbericht 1990 von 138 Ländern, in denen die

Menschenrechte weiter verletzt werden. 1990 wurden Hunderttausende von Menschen Opfer von Morddrohungen, Inhaftierungen, Folter, Verschwindenlassen (nach Inhaftierung) und staatlichem Mord.

1. Einige Beispielfälle

Peru: Im Mai 1989 überfielen Soldaten Dorfgemeinschaften in Santo Tomás im Department Huancavelica und verhafteten u. a. den Schüler Sergio Huamancusi Ramos. Seine Inhaftierung wurde später von der Armee geleugnet. Sergio gilt als „verschwunden“.

Brasilien: Am 5.2.1989 erlitten im 42. Polizeibezirk von São Paulo 18 Gefangene den Erstickungstod. Sie waren zusammen mit 33 anderen Häftlingen in eine 1,4 × 3,6 m große Arrestzelle ohne Luftzufuhr gesperrt worden. Nach Aussagen der Überlebenden ereignete sich der Zwischenfall, nachdem das Wachpersonal einen Fluchtversuch vereitelt hatte. Als die Gefangenen wieder unter Kontrolle waren, mußten sie sich nackt ausziehen und wurden zu einem Spießbratenlauf vorbei an einer Gruppe von Angehörigen der Militär- und Zivilpolizei gezwungen, die auf die Häftlinge einschlugen. 51 der Gefangenen wurden anschließend in die Arrestzelle gezwängt. Trotz lautstarker Hilferufe und Warnungen, Gefangene lägen im Sterben, dauerte es mehr als zwei Stunden, bis die Zellentür geöffnet wurde.

Myanmar (früher Birma): In Berichten aus Myanmar wird immer wieder darauf hingewiesen, daß Regierungssoldaten Dorfbewohner in den von ethnischen Minderheiten besiedelten Regionen gezwungen haben, als Träger zu arbeiten. Ein ehemaliger Soldat berichtete, ethnischen Minderheiten angehörende Träger seien manchmal aus der Angst heraus ermordet worden, sie könnten den Standort der Regierungstruppen an Oppositionskräfte verraten. Nach seinen Aussagen wurden Träger getötet, wenn sie zu erschöpft waren, um weiter mitzumarschieren.

2. Menschenrechte als Rechtsnormen

Die am 10.12.1948 als UN-Resolution verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte besitzt keinerlei rechtliche Bindungswirkung, dennoch war sie ein Meilenstein in der Geschichte der Menschenrechte.

Als völkerrechtliche Verträge wurden der Internationale Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte und der Internationale Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte 1966 geschlossen. 90 Staaten haben inzwischen den Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte unterzeichnet und ratifiziert. Durch den Beitritt zu diesen Pakten haben die Unterzeichnerstaaten die

Verpflichtung übernommen, ihren Bürgern die Ausübung der Menschenrechte zu gewährleisten. Der Staat darf weder aktiv noch durch Unterlassen (etwa durch die Zulassung von Morden durch paramilitärische Gruppen) die Ausübung der Menschenrechte verhindern. Aber an diese Rechtspflicht halten sich nur wenige Regierungen. Die entsprechenden UN-Einrichtungen, die die Einhaltung der Menschenrechte kontrollieren sollen, haben sich bislang als wenig effektiv erwiesen. So ist jeder einzelne gefragt, seinen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte zu leisten, etwa durch einen Protestbrief an die Regierung eines Landes, in dem die Menschenrechte verletzt werden.

3. Wie werden Menschenrechte verletzt?

1988 führte das Allensbacher Institut eine Befragung zu den Menschenrechten durch. 11 % der Befragten gaben an, keine Menschenrechte zu kennen. 44 % erkannten die Meinungs- und Redefreiheit als Menschenrechte, das Recht der Menschen, nicht Opfer einer willkürlichen Verhaftung zu werden, kannten nur 6 %, das Recht auf Leben immerhin 21 % der Befragten.

Menschenrechte sind unteilbar, sie stehen jedem Menschen als unveräußerliche, angeborene Rechte zu. Bestimmte Berufe und Tätigkeiten erhöhen die Gefahr,

Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden. Journalisten, Anwälte, Sozialarbeiter, Priester, kirchliche Mitarbeiter, Gewerkschafter, Kleinbauern in Krisenzonen und oppositionelle Politiker sind besonders häufig Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Während in den 60er und 70er Jahren die willkürliche Inhaftierung eine häufige Form der Menschenrechtsverletzung war, kann man zu Beginn der 90er Jahre von einer erschreckenden Zunahme von staatlichem Mord und Verschwindenlassen von Menschen nach einer Inhaftierung sprechen. In einigen Fällen wurden die Leichen „Verschwundener“ nach Jahren in anonymen Massengräbern gefunden, wie z. B. in den letzten Wochen die Medien aus Chile berichteten. Als neues Phänomen der Einschüchterung sind die Todesdrohungen hinzugekommen und diese Drohungen wurden in vielen Fällen wahrgemacht. Aus immer mehr Ländern wird von der Existenz paramilitärischer Gruppen, sogenannter Todesschwadronen, berichtet, die entweder mit Unterstützung oder mit Billigung der Regierungen die schmutzige Arbeit verrichten.

In den letzten drei Jahren haben sich zunehmend Zeitungen und Rundfunksender bereitgefunden, über konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu berichten und zu konkreten Aktionen aufzurufen, zu sogenannten Eilaktionen oder urgent actions. Die

Teilnahme an solchen Eilaktionen hat ihren Sinn; nichts fürchten Regierungen mehr, als in der Öffentlichkeit bloßgestellt zu werden. Ein Protestbrief, ein Leserbrief an eine Zeitung oder eine lokale Unterschriftenaktion zum Schutz ei-

ner konkreten Person, die Opfer einer Menschenrechtsverletzung wurde, kann der Beitrag des einzelnen für die Wahrung der Menschenrechte weltweit sein.

G. M. Sierck

Arbeit des Menschenrechts- referates der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Das Referat besteht seit Juni 1986. Das Referat bemüht sich um alle Verletzungen der bürgerlich-politischen Menschenrechte weltweit. Dabei mußte immer wieder festgestellt werden, daß bestimmte Berufsgruppen besonders operanfällig sind: Gewerkschafter, Anwälte, Journalisten, Kleinbauern in Krisenzonen, Studenten, oppositionelle Politiker und kirchliche Mitarbeiter aus Entwicklungsprojekten.

Erschreckend ist, daß wir immer weniger von politischen Gefangenen sprechen müssen. Die Repressionsformen der 80er und 90er Jahre sind die extralegale Hinrichtung (d.h. politischer Mord) und das Verschwindenlassen nach einer Inhaftierung. In vielen Ländern

sind Todesdrohungen zur Einschüchterung breiter Bevölkerungsschichten an der Tagesordnung.

Oft kann man beobachten, daß heute ein „Mehr“ an Pressefreiheit gewährleistet wird. Viele Journalisten bezahlen diese mit dem Tode. Die Folge ist eine Selbstzensur der Presse.

Im Laufe der letzten drei Jahre hat allein die Existenz dieser Arbeitskapazität zu immer mehr Anfragen nach konkreten Hilfen aus dem Ausland geführt. Das Arbeitspensum ist kaum noch zu bewältigen.

Das Referat erhält täglich viele Anfragen nach konkreten Interventionen bei Einzelfällen und Fallgruppen direkt über die Partner der kirchlichen Hilfswerke oder über professionelle Menschenrechtsnetze (amnesty international, ACAT, CODEHUCA, SOS-torture und hotline).

Informationen, die wir über professionelle Menschenrechtsnetze erhalten, haben den Vorteil, geprüft zu sein und aus meist zwei unabhängigen Quellen zu stammen. Vielen Partnern in Ländern

der Dritten Welt wird deshalb geraten, sich den Netzwerken anzuschließen.

Wenn ich von „Einzelfällen“ spreche, geht es nicht um Einzelschicksale, sondern um Gruppenschicksale (z.B. die Inhaftierung eines Zeugen Jehovas in Kuba betrifft generell die Situation der Zeugen Jehovas, weitere Beispiele sind in Guatemala, Kleinbauern in Peru, Gewerkschafter in Kolumbien, Minderheitengruppen in Birma etc.).

Mitwirkung der katholischen Verbände

Menschenrechtsarbeit kann nur geleistet werden, wenn Beweismittel vorliegen. Wir brauchen die Kenntnis von Einzelschicksalen um die Verantwortlichkeit von Regierungen nachzuweisen. Menschenrechtsfälle sind immer Eilfälle. Um das Menschenrechtsengagement auf eine breitere Basis zu stellen, benötigen wir immer mehr Gruppen, die sich auf bestimmte Opfergruppen spezialisieren. Z.Z. versucht das Referat den Deutschen Richterbund für die Verteidigung der Menschenrechte kolumbianischer Richter zu qualifizieren.

Wo in den katholischen Verbänden schon gute Kontakte zu bestimmten Ländern bestehen, sollten diese auf die Menschenrechtsproblematik ausgedehnt werden. Sie können bei der entsprechenden Koordinationsgruppe von am-

nesty international alle Informationen zu einem bestimmten Land bekommen.

Es gibt aber auch Bezüge zwischen Ihrer Arbeit und bestimmten Opfergruppen. Ich kann mir folgendes Engagement denken:

1. kath. Frauen
für die Familienangehörigen der Verhafteten, Verschwundenen
2. Kolping
für verfolgte Gewerkschafter
3. BDKJ
für verfolgte Minderjährige
4. Sozialdienst kath. Frauen
für Menschenrechtsverletzungen an Frauen
5. kath. Akademiker
für verfolgte Anwälte.

Dies sind nur Beispiele. Für uns wäre es sehr hilfreich, wenn wir von den Verbänden erfahren würden, wer Ansprechpartner für Justitia et Pax sein kann und für welche Menschenrechtsproblematik ein spezielles Interesse besteht.

*G.M. Sierck
(Vortrag vor der AGKVD am
23.11.1989)*

Die Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Einleitung

Die heute weltweite Diskussion über die Verwirklichung der Menschenrechte und das geschärfte internationale Bewußtsein sind im wesentlichen auf das nunmehr 32 Jahre andauernde Engagement der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet zurückzuführen. Es trifft dabei auf die Tatsache, daß wenige nationale Regierungen Menschenrechtsverletzungen zugeben, sondern sie versucht sind, sie zu verschleiern oder überhaupt zu leugnen.

Der Ursprung der Menschenrechte in der neueren Geschichte geht u. a. zurück auf die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und auf die französische Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers von 1789. Durch den Einbezug in die Charta der Vereinten Nationen wurde die Verwirklichung der Menschenrechte zum Programm der Vereinten Nationen erhoben und damit der ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten entzogen.

Die Verwirklichung der Menschenrechte in und durch die Vereinten Nationen vollzieht sich in vier Stufen: Programmierung — Statuierung — Schaffung eines mittelbaren Schutzes durch Offen-

legung — unmittelbar wirkender Rechtsschutz durch internationale Organe und Überwachung.

Der Schritt von einer Proklamierung zur Statuierung der Menschenrechte vollzog sich entsprechend der Charta der Vereinten Nationen mit der Einsetzung einer Menschenrechtskommission durch den Wirtschafts- und Sozialrat der Weltorganisation (ECOSOC) im Jahre 1946. Diese Kommission nahm ihre Tätigkeit im Januar/Februar 1947 auf und schloß ihre Arbeit an der Erklärung der Menschenrechte im Juni 1948 ab. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 in Paris verabschiedet. Sie hat universellen Charakter, das heißt, sie soll überall gültig sein. Alle Menschen haben ohne Unterschied Anrecht auf die gleichen Grundrechte.

Allerdings hat die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, wie auch alle anderen Empfehlungen der Generalversammlung, keine völkerrechtlich-verpflichtende Kraft. Ihre Bedeutung liegt in ihrer moralischen Ausstrahlung und ihrer politischen Wirkung. Die in ihr formulierten Menschenrechte fanden ihren Niederschlag in vielen nationalen Verfassungen.

Die zweite Phase — Statuierung — wurde auf universeller Ebene erst mit Annahme und Inkrafttreten des Internationalen

Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte abgeschlossen. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen arbeitete von 1949 bis 1954 in zahlreichen Tagungsrounden an der Ausarbeitung dieser Konventionen. Vorgesehen war anfangs nur eine Konvention, dann — nach einem entsprechenden Beschluß der Generalversammlung von 1951/52 — wurden zwei Konventionen vorbereitet, um dem besonderen Charakter der unterschiedlichen Kategorien von Garantien gerecht werden zu können. Mit der zehnten Generalversammlung im Jahr 1955 begannen die Beratungen über die von der Menschenrechtskommission erarbeiteten Vorlagen in der Generalversammlung und ihrem dritten Ausschuß. Die beiden Konventionen und ein Zusatzprotokoll zur Individualbeschwerde wurden von der 21. Generalversammlung am 16. Dezember 1966 verabschiedet und zur Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten aufgelegt. Der Pakt über bürgerliche und politische Rechte trat am 23.3.1976 und der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 3.1.1976 in Kraft, drei Monate nachdem die Mindestzahl von 35 Staaten die Pakte ratifiziert hatten. Allen anderen Staaten der UN-Familie steht ein Beitritt jederzeit offen.

Durch das Inkrafttreten der beiden Pakte ist die Stufe der Statuie-

rung verwirklicht, darüber hinaus aber auch bereits die dritte Stufe beschritten, die des mittelbaren Schutzes durch Offenlegung sowohl der nationalen Standards wie auch eventueller Verletzungen.

Berichte über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gehen an den ECOSOC, dem es freisteht, sie der Menschenrechtskommission „zum Studium und zur Erstattung allgemeiner Empfehlungen oder auch als allgemeines Informationsmaterial“ weiterzuleiten.

Berichte über die Verwirklichung der Freiheitsrechte gehen hingegen an einen aufgrund des Paktes über bürgerliche und politische Rechte neugebildeten Menschenrechtsausschuß, von dem eine strenge und weniger von politischer Rücksichtnahme geprägte Prüfung und Stellungnahme erwartet wird.

Das Ergebnis seiner Prüfungen übermittelt dieser den Vertragsstaaten, möglicherweise auch dem ECOSOC. Jährlich einmal legt er seine Arbeitsergebnisse über den ECOSOC der Generalversammlung vor. Dieses Berichtsverfahren bleibt aber auch auf der dritten Stufe der Menschenrechtsverwirklichung: Es bewirkt nicht mehr als eine Offenlegung der erreichten Standards.

Hinsichtlich der politischen Freiheiten sind allerdings zusätzlich zwei Sonderverfahren vorgesehen, die nur anwendbar sind, wenn mindestens zehn Staaten

sich ihnen durch besondere Erklärungen unterworfen haben, und nur zwischen ihnen.

Die Staatenbeschwerde ist im Pakt selbst geregelt und setzt ein Vergleichsverfahren in mehreren Stufen — vor dem Auschuß selbst und vor einem ad hoc bestellten Vergleichsausschuß — voraus. Auch dieses Verfahren führt aber nur zu einem Bericht an die Vertragsparteien, von dem die Generalversammlung freilich im Jahresbericht unterrichtet werden kann. Es ist noch nicht in Kraft.

Ähnlich ist die in einem Zusatzprotokoll vorgesehene und bereits praktizierte Individualbeschwerde ausgestattet. Auch sie führt nur zu einem Bericht an die betroffenen Staaten, dessen Ergebnisse in den Jahresbericht an die Generalversammlung aufgenommen werden.

Die Einrichtung eines unmittelbar wirkenden Rechtsschutzes, d.h. also die Verwirklichung der vierten Stufe, ist für den Verantwortungsbereich der Vereinten Nationen noch nicht zur Wirklichkeit geworden.

Einen unmittelbar wirkenden Rechtsschutz können nur die Bürger, die in den Unterzeichnerländern der europäischen Menschenrechtskonventionen leben, in Anspruch nehmen. Doch handelt es sich hierbei eben nicht um eine weltweit wirkende Konvention. Sie ist gültig nur für eine Ländergruppe, die über gemeinsam akzeptierte Grundwerte und über eine gemeinsame Geschichte verfügt.

Hier steht den Vereinten Nationen noch eine schwierige und langwierige Aufgabe bevor, denn ein unmittelbar wirksamer Rechtsschutz durch internationale Organe bedeutet eine Beschränkung der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Hinzu kommt, daß die verschiedenen Menschenrechte — die klassischen: individuelle und staatsbürgerliche; und die modernen: wirtschaftliche und soziale — in den verschiedenen Gesellschaftssystemen, wie auch in Industrie- und Entwicklungsländern, eine ganz unterschiedliche Bewertung erfahren. Dennoch: die Internationalisierung der Menschenrechtsproblematik in den und über die Vereinten Nationen hat bereits heute eine weitreichende moralische, politische und psychologische Ausstrahlung.

In dieser Einleitung konnten die Probleme der Menschenrechte im Bereich der Vereinten Nationen nur summarisch erwähnt werden. Eingehendere Informationen finden sich in der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN, insbesondere in den folgenden Ausgaben:

1978, Heft 1: Tomuschat, Die Bundesrepublik Deutschland und die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen — Bokor-Szegö, Zur Problematik der Erweiterung des Kataloges der Menschenrechte

1977, Heft 6: Noll-Wagenfeld, Aktionsmöglichkeiten der Vereinten Nationen bei Menschenrechtsverletzungen

1976, Heft 6: Schwelb, Vorbereitende Maßnahmen zur Anwendung der UN-Menschenrechtspakte — Tomuschat, Menschen-

rechtsschutz durch die Vereinten Nationen 1976, Heft 4: v. Kyaw, Die Vereinten Nationen und die Menschenrechte

1976, Heft 3: Hacker, Selbstbestimmung, Freizügigkeit und Meinungsfreiheit nach dem Inkrafttreten der UN-Menschenrechtspakte

1976, Heft 1: Bahr, Menschenrechte und Profit

1974, Heft 1: Graßhof, Ein Hoher Kommissar für Menschenrechte bleibt das Ziel — Echterhölter, Zum VN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte — Graßhof, Zum VN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte

1973, Heft 6: Jahn, der europäische Beitrag zum Menschenrechtsschutz in den Vereinten Nationen — Schwelb, Die Menschenrechtsbestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte — Bertram, Der „VN-Ausschuß“ und die „Europäische Kommission“ für Menschenrechte — Meyer, Die Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen

1973, Heft 1: Khol, Ist internationaler Menschenrechtsschutz heute noch aktuell?

1972, Heft 3: Schwelb, Zur Frage der Anrufung der UN-Menschenrechtskommission durch Individuen und nichtstaatliche Organisationen

1971, Heft 1 u. 2: Partsch, Die Konvention zur Beseitigung der Rassendiskriminierung

1969, Heft 1: Mahnke, Menschen- und Grundrechte in beiden Teilen Deutschlands — Tunkin, Menschenrechte und Völkerrecht

1969, Heft 1 u. 2: Westen, Die Rolle der Grundrechte im Sowjetstaat

1968, Heft 5: Emacora, Zu den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen

1968, Heft 4: McNulty und Rogge, Aus der Arbeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte

1968, Heft 3 u. 4: Soder, Der Grundrechtskatalog der Menschenrechtskonventionen der UN als innerdeutsches Recht

1968, Heft 2: Heinemann, Schutz und Sicherung der Menschenrechte — Soder, Das Bonner Grundgesetz und die Menschenrechtskonventionen der UN — Wiebring-

haus, Das Europarecht der Grundfreiheiten 1967, Heft 6: Soder, Die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen

1963, Heft 6: Hamburger, Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte — Guradze, Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

1963, Heft 3: Schütz, Menschenrecht und Macht — Zu verweisen ist ferner auf den Artikel „Menschenrechte“ von Karl-Josef Partsch im Handbuch Vereinte Nationen, Hrsg. Wolfrum, Prill, Brückner, München 1977

*Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen*

Menschenrechte in der Charta der Vereinten Nationen (Auszüge)

WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN — FEST ENTSCLOSSEN,

...

unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen ... (Präambel, Satz 2)

Artikel 1

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

...
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;

Artikel 13 (Generalversammlung)

(1) Die Generalversammlung veranlaßt Untersuchungen und gibt Empfehlungen ab,
...

(b) um die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, der Erziehung und der Gesundheit zu fördern und zur Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion beizutragen.

Artikel 55

Um jenen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen herrschen, fördern die Vereinten Nationen

...
(c) die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion.

Artikel 62 (Wirtschafts- und Sozialrat)

...
(2) Er kann Empfehlungen abgeben, um die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern.

Artikel 68 (Wirtschafts- und Sozialrat)

Der Wirtschafts- und Sozialrat setzt Kommissionen für wirtschaftliche und soziale Fragen und für die Förderung der Menschenrechte sowie alle sonstigen zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Kommissionen ein.

Artikel 76, (Treuhandrat)

Im Einklang mit den in Artikel 1 dieser Charta dargelegten Zielen der Vereinten Nationen dient das Treuhandsystem hauptsächlich folgenden Zwecken:

...
(c) die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und das Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit der Völker der Welt zu stärken.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948

Da die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet,

da Verkenntung und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und *da* die Schaffung einer Welt, in der den Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist,

da es wesentlich ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen ist,

da es wesentlich ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,

da die Völker der Vereinten Nationen in der Satzung ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und

den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern,

da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durchzusetzen,

da eine gemeinsame Auffassung über diese Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist,

verkündet die Generalversammlung die vorliegende Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende Maßnahmen im nationalen und internationalen Bereiche ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Verwirklichung bei der Bevölkerung sowohl der Mitgliedstaaten wie der ihrer Oberhoheit unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und

gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen.

Weiter darf keine Unterscheidung gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, ohne Rücksicht darauf, ob es unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder irgendeiner anderen Beschränkung seiner Souveränität unterworfen ist.

Artikel 3

Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen Formen verboten.

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6

Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson.

Artikel 7

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede unterschiedliche Behandlung, welche die vorliegende Erklärung verletzen würde, und gegen jede Aufreizung zu einer derartigen unterschiedlichen Behandlung.

Artikel 8

Jeder Mensch hat Anspruch auf wirksamen Rechtsschutz vor den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen alle Handlungen, die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzen.

Artikel 9

Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10

Jeder Mensch hat in voller Gleichberechtigung Anspruch auf ein der Billigkeit entsprechendes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht, das über seine Rechte und Verpflichtungen oder über irgendeine gegen ihn erhobene strafrechtliche Beschuldigung zu entscheiden hat.

Artikel 11

(1) Jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, ist so lange als unschuldig anzusehen, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem alle für seine Verteidigung nötigen Voraussetzungen gewährleistet waren, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

(2) Niemand kann wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die im Zeitpunkt, da sie erfolgte, auf Grund des nationalen oder internationalen Rechts nicht strafbar war. Desgleichen kann keine schwerere Strafe verhängt werden als die, welche im Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung anwendbar war.

Artikel 12

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben seine Familie, sein Heim oder seinen Briefwechsel noch Angriffen auf seine Ehre und seinen Ruf ausgesetzt werden. Jeder Mensch hat

Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen derartige Eingriffe oder Anschläge.

Artikel 13

(1) Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates.

(2) Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14

(1) Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.

(2) Dieses Recht kann jedoch im Falle einer Verfolgung wegen nichtpolitischer Verbrechen oder wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden.

Artikel 155

(1) Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Staatszugehörigkeit.

(2) Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch ihm das Recht versagt werden, seine Staatszugehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16

(1) Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne Beschränkung durch Rasse, Staatsbürgerschaft

oder Religion das Recht, eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

(2) Die Ehe darf nur auf Grund der freien und vollen Willenseinigung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden.

(3) Die Familie ist die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17

(1) Jeder Mensch hat allein oder in Gemeinschaft mit anderen Recht auf Eigentum.

(2) Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18

Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung von Riten zu bekunden.

Artikel 19

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses

Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Artikel 20

(1) Jeder Mensch hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu friedlichen Zwecken.

(2) Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21

(1) Jeder Mensch hat das Recht, an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen.

(2) Jeder Mensch hat unter gleichen Bedingungen das Recht auf Zulassung zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.

(3) Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muß durch periodische und unverfälschte Wahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22

Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch dar-

auf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuß der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.

Artikel 23

(1) Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

(2) Alle Menschen haben ohne jede unterschiedliche Behandlung das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(3) Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert und die, wenn nötig, durch andere soziale Schutzmaßnahmen zu ergänzen ist.

(4) Jeder Mensch hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Berufsvereinigungen zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24

Jeder Mensch hat Anspruch auf Erholung und Freizeit sowie auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und auf periodischen bezahlten Urlaub.

Artikel 25

(1) Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge, gewährleistet, er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

(2) Mutter und Kind haben Anspruch auf besondere Hilfe und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche und uneheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 26

(1) Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Der Unterricht muß wenigstens in den Elementar- und Grundschulen unentgeltlich sein. Der Elementarunterricht ist obligatorisch. Fachlicher und beruflicher Unterricht soll allgemein zugänglich sein; die höheren Studien sollen allen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offenstehen.

(2) Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben. Sie soll Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassistischen

oder religiösen Gruppen fördern und die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens begünstigen.

(3) In erster Linie haben die Eltern das Recht, die Art der ihren Kindern zuteil werdenden Bildung zu bestimmen.

Artikel 27

(1) Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten teilzuhaben.

(2) Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz der moralischen und materiellen Interessen, die sich aus jeder wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Produktion ergeben, deren Urheber er ist.

Artikel 28

Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29

(1) Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist.

(2) Jeder Mensch ist in Ausübung seiner Rechte und Freihei-

ten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zwecke vorsieht, um die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten der anderen zu gewährleisten und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und der allgemeinen Wohlfahrt in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

(3) Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30

Keine Bestimmung der vorliegenden Erklärung darf so ausgelegt werden, daß sich daraus für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht ergibt, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu setzen, welche auf die Vernichtung der in dieser Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten abzielen.

Anlagen

Dokumente der Vereinten Nationen

- Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948
- Übereinkommen von New York vom 31.3.1953 über die politischen Rechte der Frau
- Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7.3.1966
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966
- Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau vom 7.11.1967
- Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe vom 9.12.1975
- Medien-Deklaration der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vom 25.11.1978
- Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung

Dokumente des Europarats

- Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950
- Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 20.3.1952
- Protokoll Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 16.9.1953
- Erklärung des Ministerkomitees des Europarats über die Menschenrechte vom 27.4.1978

Menschenrechte auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

I.

Die 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa haben sich in der Schlußakte von Helsinki zur zentralen Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für die Entspannung in Europa bekannt. Im VII. Prinzip des I. Korbes heißt es:

„Die Teilnehmerstaaten anerkennen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein we-

sentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist, die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten.“

Dieses Bekenntnis zu den Menschenrechten ist umfassend: Es bezieht ausdrücklich die Charta der Vereinten Nationen, deren Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie die beiden internationalen Konventionen über die Menschenrechte mit ein. Dieses Bekenntnis sollte nicht abstrakt bleiben, es sollte in die Praxis ausstrahlen. In der Einleitung zur Prinzipienerklärung der Schlußakte erklären die Teilnehmerstaaten ausdrücklich ihre Entschlossenheit

„die folgenden Prinzipien, die alle von grundlegender Bedeutung sind und ihre gegenseitigen Beziehungen leiten, . . . zu achten und in die Praxis umzusetzen.“

Die Menschenrechte und Grundfreiheiten haben damit einen zentralen Platz in der Schlußakte und in dem durch die KSZE eingeleiteten Entspannungsprozeß erhalten.

Die Schlußakte begnügt sich jedoch nicht mit dieser grundsätzlichen Bekräftigung der Menschenrechte. In ihrem III. Korb finden sich Bestimmungen über konkrete Verbesserungen in humanitären Fragen. Diese Bestimmungen geben den Bereich wieder, in dem alle Staaten in Helsinki feststell-

ten, daß sie sich trotz fortbestehender Gegensätze in grundsätzlichen Fragen auf konkrete Maßnahmen verständigen konnten. Die humanitäre Komponente des Entspannungsprozesses wurde damit anerkannt.

II.

Es war nicht selbstverständlich, den Menschenrechten ihren jetzigen festen Platz im KSZE-Prozeß zu sichern. Das ursprüngliche östliche Konzept sah dies nicht vor, sondern wollte mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vor allem eine Bestätigung und Konsolidierung der nach 1945 in Europa entstandenen Lage. Später kamen Überlegungen zur wirtschaftlichen Kooperation hinzu. Noch Anfang 1973 fehlte in den östlichen Vorschlägen zum Prinzipienkatalog jeglicher Hinweis auf die Menschenrechte. Anstöße und Anregungen zur Einbeziehung der Menschenrechte gingen von Anfang an von den westlichen und neutralen Staaten aus, die sich mit ihrer Haltung schließlich in den Schlußempfehlungen von Helsinki an die Regierungen vom 8. Juni 1973 durchsetzten. Frankreich konnte dann in der zweiten — Genfer — Phase der KSZE am 19.10.1973 einen westlichen Vorschlag für eine Prinzipienerklärung einschließlich des Menschenrechtsprinzips vorlegen, der zur Grundlage der späteren Einigung wurde.

Auch zu den im III. Korb geregelten Fragen hatten die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten frühzeitig darauf hingewiesen, daß die Politik der Entspannung und damit auch die KSZE sich auf die konkreten Anliegen der Menschen in Europa günstig auswirken müssen. In der ersten direkten Antwort der NATO auf den östlichen Vorschlag einer KSZE, im Schlußkommuniqué ihrer Ministerratstagung vom Mai 1970 in Rom, heißt es:

„Zu den zu erkundenden Themen, die die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa berühren, gehören insbesondere:

- a) ...
- b) Die Entwicklung von internationalen Beziehungen mit dem Ziel, zu einer größeren Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen sowie zur Förderung der Zusammenarbeit im kulturellen, wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Bereich und auf dem Gebiet der menschlichen Umwelt beizutragen.“

Diese Haltung war für den Westen zugleich ein Gebot der Moral wie auch der politischen Vernunft. Bei den multilateralen Vorbereitungen der KSZE in Helsinki erklärte der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland am 29. November 1972 folgendes:

„Die Intensivierung der menschlichen Kontakte, der Ausbau der kulturellen Beziehungen und die Verbesserung des Informations-

flusses werden eine wichtige Aufgabe der Konferenz sein. Wenn es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit in Europa kommen sollte, muß die Kommunikation gestärkt und verbessert werden. Schrittweise Erleichterungen in diesem Bereich sind nötig, wenn die Entspannung in Europa dauerhaft sein soll. Die menschliche Begegnung über die eigenen Staatsgrenzen hinweg ist unerlässlich, um Vorurteile und damit Spannungsursachen abzubauen.“

Der Osten fand sich nur zögernd damit ab, daß der Westen der Einleitung des multilateralen Entspannungsprozesses in Form der KSZE ohne Einbeziehung des humanitären Bereichs nicht zustimmen würde. Entsprechenden westlichen Vorschlägen trug er zunächst nur geringfügig und in nicht ausreichendem Maße Rechnung. In seiner Grundsatzerklärung zu Beginn der ersten Phase der Konferenz in Helsinki am 4. Juli 1973 hob der damalige Bundesminister des Auswärtigen deshalb noch einmal den moralischen Anspruch und die politische Zielsetzung der westlichen Entspannungskonzeption hervor:

„Die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten ist sicher ein wesentliches Element. Aber sie sind nur ein Teil. Wer spürt heute nicht überall in Europa den Drang nach mehr Kontakten, mehr Information, mehr Begegnung? Die Menschen wollen endlich die Früchte der Entspannung

im täglichen Leben spüren, sie mit den Händen greifen. Für uns ist dies ein nicht wegzuleugnender Teil unserer Wirklichkeit von heute. Ebenso wenig läßt sich wegdiskutieren: Es gibt Hindernisse, die diese von den Menschen gewünschten Entfaltungsmöglichkeiten hemmen. Eben diese Hindernisse müssen abgebaut werden... Wir müssen auch das Interesse der Menschen in unseren Ländern für die Entspannung wecken und fördern. Es ist kein Zufall, daß die Öffentlichkeit Mühe hatte, dem Verlauf der Vorgespräche im einzelnen zu folgen. Allzu stark herrscht der Eindruck: „Das ist wieder nur eine Gelegenheit für Diplomaten, sich in lange nutzlose Gespräche zu vertiefen; für uns springt dabei nichts heraus“. Wenn dieser Eindruck sich festsetzt, dann haben wir schon verloren. Wir müssen klarmachen, daß Entspannung auch Verbesserung der menschlichen Kontakte bedeutet. Die Unverletzlichkeit der Grenzen erhält erst ihren vollen Sinn, wenn die Grenzen natürliche Bindungen nicht zerreißen, wenn es möglich ist, über die Grenzen Kontakte zu erhalten und neu zu knüpfen. Zu der Entspannung gehören humane Praktiken entlang der Grenzen.

Wir dürfen die Grenzen auch nicht länger zu einem unüberwindbaren Hindernis für getrennte Familien machen. Diese Menschen haben am stärksten unter der Konfrontation der vergangenen Jahre

gelitten. Sie haben einen Anspruch darauf, daß ihnen als ersten der Abbau der Konfrontation zugute kommt.“

Die Bundesrepublik Deutschland hat zusammen mit ihren Freunden in EG und NATO bereits wenige Tage nach dieser Grundsatzerklärung entsprechende konkrete Vorschläge in die Verhandlungen eingebracht. Nicht alle westlichen Vorstellungen und Vorschläge konnten Eingang in die Schlußakte von Helsinki finden. Dennoch ist dieses am 1.8.1975 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Dokument insgesamt ein ermutigender Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen humanitären Standard in Europa, ohne den der einmal erreichte zivilisatorische Standard nicht zu halten sein wird.

III.

Die Schlußakte von Helsinki ist nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis von Staat zum Bürger in einer Reihe von Teilnehmerstaaten geblieben. Sie wurde zu einer Art von Katalysator für die Hoffnungen vieler Menschen auf Respektierung der Menschenrechte auch in ihren Ländern. Ein Beispiel dafür ist, daß die Vereinbarung zwischen der polnischen Regierung und den Stettiner Arbeitern vom 30.8.1980 vorsieht, daß die Schlußakte von Helsinki neben den beiden VN-Menschenrechtspakten neu veröffentlicht werden soll.

Die internationale öffentliche Meinung verfolgte die staatlichen Reaktionen in Osteuropa auf die unter Berufung auf die Schlußakte erhobenen Forderungen mit wachem und zunehmend kritischem Interesse.

Die Aussicht, auf dem Folgetreffen Rechenschaft ablegen zu müssen, gab auch den Bestimmungen des III. Korbes ein zusätzliches Gewicht, so daß sich einige Staaten des Warschauer Paktes veranlaßt sahen, die in der Schlußakte enthaltenen konkreten Maßnahmen im Bereich der menschlichen Erleichterungen umfassender zu verwirklichen. So stiegen seit Unterzeichnung der Schlußakte am 1. August 1975 die Zahlen der Familienzusammenführung aus Staaten des Warschauer Paktes insgesamt an, vor allem aus Polen und Rumänien, zeitweise auch aus der Sowjetunion. Ebenso nahmen in starkem Maße die Zahlen von Heiraten zwischen Angehörigen verschiedener Staaten in Ost und West zu. Reiseerleichterungen, wie die Reduzierung der Gebühren für Ausreisesehtvermerke oder die teilweise Aufhebung des sog. Pflichtumtausches, führten zu einer Intensivierung des Reiseverkehrs. Die drastische Erhöhung der Mindestumtauschsätze durch die DDR am 13. 10. 1980 stellt allerdings einen schweren Rückschlag dar. Die DDR hat damit in den Bestand dessen eingegriffen, was an Verbesserungen für die Menschen erreicht war. Die Bundesre-

gierung wird sich damit nicht abfinden.

Bilanz des Belgrader KSZE-Treffens

Die Bundesregierung hat diesen Fortschritten, die ganz besonders den Deutschen in Ost und West zugute kommen, ihre Anerkennung nicht versagt. Sie hat dies auch in Belgrad im Rahmen der Debatte über die Implementierung der Schlußakte getan. Sie hat sich dort aber auch nicht gescheut, gemeinsam mit ihren westlichen Freunden und einigen neutralen und ungebundenen Staaten auf die mangelhafte Verwirklichung der Menschenrechte und der konkreten Absichtserklärungen des III. Korbes der Schlußakte (insbesondere bei den menschlichen Kontakten) hinzuweisen.

Unsere Delegation hat dabei unterstrichen, daß die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein wesentlicher Faktor für den Frieden in Europa und für die Fortsetzung der Entspannungspolitik ist. Sie hat vor allem weitere Fortschritte bei den menschlichen Erleichterungen angemahnt.

Der Westen konnte in Belgrad erreichen, daß eine kritische Erörterung der Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auch nicht durch die Berufung auf das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten verhindert wurde, wie es die östlichen Staaten versuchten.

Obwohl ein echter Dialog mit den Staaten des Warschauer Paktes nicht zustandegekommen ist, konnten sich die Sowjetunion und ihre Verbündeten dennoch einer Erörterung auch dieser Frage nicht mehr wie früher völlig entziehen. Das Belgrader Treffen stellt insofern eine nicht unwichtige Etappe dar in den Bemühungen um eine weltweite Verwirklichung der Menschenrechte.

Ein wesentliches Ziel der Bundesregierung und ihrer Partner in Europäischer Gemeinschaft und Nordatlantischem Bündnis war es, durch konkrete Vorschläge für das Belgrader abschließende Dokument zu einer Verbesserung der Verwirklichung der Menschenrechte und der humanitären Bestimmungen des III. Korbes der Schlußakte beizutragen. Bedauerlicherweise waren die osteuropäischen Staaten in Belgrad nicht bereit, diesen und ähnlichen Vorschlägen ihre Zustimmung zu geben. Als Erfolg ist aber zu werten, daß das Bekenntnis zur Schlußakte von Helsinki und die Entschlossenheit aller Teilnehmerstaaten, sie unilateral, bilateral und multilateral zu verwirklichen, im Abschließenden Dokument von Belgrad erneut bekräftigt worden ist. Die Bundesregierung versteht dies auch als einen Ansporn, in ihrem Streben nach der Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht nachzulassen. Staatssekretär van Well hat dazu am 9. März 1978 in Belgrad erklärt:

„Die im Menschenrechtsprinzip der Schlußakte von Helsinki verankerte feierliche Zusage eines jeden Teilnehmerstaates gegenüber allen anderen werden wir immer wieder anmahnen.“ So hat die Bundesregierung, insbesondere zusammen mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft, seit Belgrad wiederholt in öffentlichen Stellungnahmen und auf diplomatischem Wege Menschenrechtsverletzungen in einigen Staaten des Warschauer Pakts unter Berufung auf die KSZE-Schlußakte verurteilt.

Das Madrider KSZE-Folgetreffen

Das zweite KSZE-Folgetreffen wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Für die Bundesrepublik Deutschland erklärte Außenminister Genscher am 13.11.1983 in Madrid: „Wir alle müssen uns bewußt sein, daß die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Teilnehmerstaaten ein wichtiges Element der Vertrauensbildung in Europa ist. Gerade hier muß sich der Wille zur konsequenten Verwirklichung der Schlußakte bewähren, gerade hier stehen die Unterzeichnerstaaten im Bewußtsein der Menschen auf dem Prüfstand.“

Andere Außenminister westlicher, neutraler und ungebundener Staaten unterstrichen ebenfalls den Willen zur Fortsetzung des KSZE-Prozesses. Im Mittelpunkt der von der Bundesregierung vor-

getragenen Kritik an der mangelnden Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki durch die Staaten des Warschauer Paktes standen die Themen Afghanistan, Menschenrechte, Erhöhung des Pflichtumtausches durch die DDR, Probleme der menschlichen Kontakte, Arbeitsbehinderungen von Journalisten und Störungen von Radio-sendungen; gleichzeitig würdigten sie aber auch Implementierungsfortschritte. Mitte Februar 1982 verurteilten die Staaten des Westens durch ihre Außenminister auf dem Madrider Treffen einmütig die Verhängung des Kriegsrechts in Polen, die am 13. Dezember 1981 erfolgt war. Bundesminister Genscher betonte am 9.2.1983 in Madrid u. a.: „Nur die konsequente Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki macht den Weg frei für die historischen, auf Menschenrechte und Selbstbestimmungsrecht gerichteten Entwicklungen. Das beeinträchtigt nicht die Sicherheit eines Staates, im Gegenteil, die konsequente Beachtung der Schlußakte von Helsinki erhöht die Sicherheit aller Staaten in Europa. . .

Es kann niemals eine unerlaubte Einmischung sein, wenn ein Teilnehmerstaat einen anderen an die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus der Schlußakte erinnert.“

Die Verletzungen der Schlußakte durch die Ereignisse in und um Polen hatten die Verhandlungen über ein Schlußdokument des Madrider Treffens erheblich er-

schwert, für die die Bundesregierung zusammen mit ihren westlichen Partnern Vorschläge zu allen drei Körben der Schlußakte eingebracht hatte.

Am 6. September 1983 konnte schließlich das „Abschließende Dokument“ des Madrider Treffens, das vom 12. März 1982 bis zum 9. November 1982 verhandelt war, verabschiedet werden. Auf der Schlußveranstaltung vom 8.—9. September 1983 bekräftigten die Sprecher *aller* Teilnehmerstaaten — 33 von den 35 hatten ihre Außenminister entsandt — die Entschlossenheit ihrer Regierungen, den KSZE-Prozeß fortzusetzen. Die am 9. September abgeschlossene Konferenz war überschattet von dem kurz vorher durch die Sowjetunion begangenen Gewaltakt des Abschusses eines koreanischen Passagierflugzeuges, der 269 Menschen das Leben kostete. Die Sprecher der westlichen und neutralen Staaten verurteilten diese durch nichts gerechtfertigte Tat.

Für die Bundesregierung erklärte der Bundesminister des Auswärtigen am 7.9. in Madrid:

„Wir verurteilen diesen Akt der Brutalität und der Nichtachtung von Menschenleben. Die Sowjetunion ist der Staatengemeinschaft schuldig, daß sie für eine vollständige und lückenlose öffentliche Aufklärung des Abschusses und aller seiner Umstände sorgt und die Verantwortlichen unnachlässig zur Rechenschaft zieht. Die Staatengemeinschaft hat An-

spruch darauf, daß sich eine solche Tragödie nicht wiederholt. Nur so kann verlorenes Vertrauen wiedergewonnen werden.“

Außenminister Genscher rief die Teilnehmerstaaten dazu auf, die mit dem Madrider Schlußdokument eingegangenen Verpflichtungen auch im Bereich der Menschenrechte ohne Verzug zu erfüllen, und sagte: „Den hier abgegebenen feierlichen Erklärungen müssen jetzt Taten folgen... Wirklichen Fortschritt zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa kann es nur geben, wenn die Rechte des Einzelnen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall in Europa geachtet werden.“ (*Ausführliche Auszüge aus der Rede im Dokumentationsteil.*)

Das Abschließende Dokument von Madrid wird für die Menschen im geteilten Europa wichtige Fortschritte bringen und bereits mit der Schlußakte eingegangene fortbestehende Verpflichtungen bekräftigen und ausbauen. In diesem Dokument sind eine beachtliche Reihe westlicher Vorschläge zu den Menschenrechten berücksichtigt:

- Für Mai 1985 ist in Ottawa ein Expertentreffen über Menschenrechte vorgesehen, was zu Beginn der Madrider Konferenz noch kaum realisierbar schien.
- Im April 1986 findet in Bern ein Expertentreffen über menschliche Kontakte statt.
- Verbesserungen konnten bei

den Verfahren zur Familienzusammenführung erreicht werden.

- Erstmals ist eine wichtige Vereinbarung über den ungehinderten Zugang zu den diplomatischen Vertretungen getroffen worden.
- Substantielle Einigungen sind über Religionsfreiheit und Kontaktmöglichkeiten der Kirchen erzielt worden.
- Die Gewerkschaftsfreiheit wird — erstmalig — in einem KSZE-Dokument — ausdrücklich erwähnt.
- Mit der vorgesehenen Veröffentlichung des Madrider Schlußdokuments werden die Bürger aller Teilnehmerstaaten von ihren Rechten und von den Pflichten ihrer Regierungen Kenntnis bekommen.
- Die Vereinbarung eines weiteren Folgetreffens, das 1986 in Wien stattfinden soll, ebenso wie die Verpflichtung, Folgetreffen regelmäßig stattfinden zu lassen, stärkt den KSZE-Prozess. Damit würden wiederum Fortschritte im Bereich der Menschenrechte erlaubt, die sich jetzt noch nicht erreichen lassen.

Die Schlußakte von Helsinki — zusammen mit dem „Abschließenden Dokument“ von Madrid — stellt für die Regierungen, Völker und Bürger Europas die Chance für ein Europa dar, in dem es mehr Sicherheit, mehr Vertrauen, enge und vielfältigere menschliche

Kontakte, bessere Informationen und erweiterte Kooperation gibt. Die Schlußakte weist den Weg, wie sich ohne Beeinträchtigung der Sicherheitsinteressen der Teilnehmer eine Anpassung veralteter Gesellschaftsstrukturen an die Erfordernisse einer modernen und humanen Gesellschaft erreichen läßt: durch bessere Verwirklichung der Menschenrechte, durch mehr Freiraum für die Völker und Individuen. Der Herausforderung der Schlußakte von Helsinki werden sich die Regierungen der Teilneh-

merstaaten auch in Zukunft stellen müssen. Der KSZE-Prozeß hat einen Weg eröffnet, über die Systemunterschiede hinweg Spannungen zu mindern, Interessengegensätze auszugleichen und gemeinsame Interessen zu entwickeln. Es kommt darauf an, daß die Regierungen von diesem Angebot Gebrauch machen.

(Aus „Menschenrechte in der Welt“ — Dokumentation — Auswärtiges Amt, 5. überarbeitete Auflage September 1983)

Charta von Paris für ein neues Europa

Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs (in Auszügen)

1. Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit

Wir, die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, daß sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.

Europa befreit sich vom Erbe der

Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlußakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.

Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle Länder.

Die zehn Prinzipien der Schlußakte werden uns in diese im Zeichen hoher Aufgaben stehende Zukunft leiten, so wie sie uns in den vergangenen fünfzehn Jahren den Weg zu besseren Beziehungen

gewiesen haben. Die volle Verwirklichung aller KSZE-Verpflichtungen muß die Grundlage für die Initiative bilden, die wir nun ergreifen, um unseren Nationen ein Leben zu ermöglichen, das ihren Wünschen gerecht wird.

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Wir verpflichten uns, die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken. In diesem Bestreben werden wir an folgendem festhalten:

Menschenrechte und Grundfreiheiten sind allen Menschen von Geburt an eigen; sie sind unveräußerlich und werden durch das Recht gewährleistet. Sie zu schützen und zu fördern ist vornehmste Pflicht jeder Regierung. Ihre Achtung ist wesentlicher Schutz gegen staatliche Übermacht. Ihre Einhaltung und uneingeschränkte Ausübung bilden die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden.

Demokratische Regierung gründet sich auf den Volkswillen, der seinen Ausdruck in regelmäßigen, freien und gerechten Wahlen findet. Demokratie beruht auf Achtung vor der menschlichen Person und Rechtsstaatlichkeit. Demokratie ist der beste Schutz für freie Meinungsäußerung, Toleranz gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen und Chancengleichheit für alle.

Die Demokratie, ihrem Wesen nach repräsentativ und pluralistisch, erfordert Verantwortlichkeit gegenüber der Wählerschaft, Bindung der staatlichen Gewalt an das Recht sowie eine unparteiische Rechtspflege. Niemand steht über dem Gesetz.

„Wir bekräftigen, jeder einzelne hat ohne Unterschied das Recht auf:

Gedanken-, Gewissens- und Religions- oder Glaubensfreiheit, freie Meinungsäußerung, Vereinigung und friedliche Versammlung, Freizügigkeit;

niemand darf: willkürlich festgenommen oder in Haft gehalten werden, der Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden;

jeder hat auch das Recht: seine Rechte zu kennen und auszuüben, an freien und gerechten Wahlen teilzunehmen, auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren, wenn er einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, allein oder in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben und selbständig Unternehmen zu betreiben, seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte auszuüben.“

Wir bekräftigen, daß die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Min-

derheiten Schutz genießen muß und daß Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, diese Identität ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln.

Wir werden gewährleisten, daß dem einzelnen wirksame innerstaatliche wie internationale Rechtsmittel gegen jede Verletzung seiner Rechte zur Verfügung stehen.

Die uneingeschränkte Achtung dieser Gebote ist das Fundament, auf dem wir das neue Europa aufbauen wollen.

Unsere Staaten werden zusammenarbeiten und einander unterstützen, um zu gewährleisten, daß die Entwicklung der Demokratie nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Wirtschaftliche Freiheit und Verantwortung

Wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Umwelt sind unerläßliche Voraussetzungen des Wohlstands.

Der in der Demokratie zum Ausdruck gebrachte und durch den Rechtsstaat gewährleistete freie Wille des einzelnen bildet die notwendige Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialentwicklung. Wir wollen eine die Würde des Menschen achtende und

schützende Wirtschaftstätigkeit fördern.

Freiheit und politischer Pluralismus sind notwendige Elemente unserer gemeinsamen Bemühungen um die Entwicklung von Marktwirtschaften hin zu dauerhaftem Wirtschaftswachstum, Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit, wachsender Beschäftigung und rationeller Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen. Der Erfolg von Ländern, die den Übergang zur Marktwirtschaft anstreben, ist wichtig und liegt in unser aller Interesse. Er wird uns allen Teilhabe an erhöhtem Wohlstand ermöglichen. Zur Erreichung dieses uns gemeinsamen Ziels wollen wir zusammenarbeiten.

Der Schutz der Umwelt liegt in der gemeinsamen Verantwortung aller unserer Nationen. Bei der Unterstützung nationaler und regionaler Bemühungen in diesem Bereich dürfen wir auch das dringende Erfordernis gemeinsamen Handelns in einem umfassenden Rahmen nicht aus den Augen verlieren.

Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Teilnehmern

Nun, da Europa am Beginn eines neuen Zeitalters steht, sind wir entschlossen, die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas, den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada auszuweiten und zu festigen so-

wie die Freundschaft zwischen unseren Völkern zu fördern.

Zur Wahrung und Förderung von Demokratie, Frieden und Einheit in Europa bekennen wir uns feierlich und uneingeschränkt zu den zehn Prinzipien der Schlußakte von Helsinki. Wir erklären, daß zehn Prinzipien unverändert gültig sein sollen und daß wir entschlossen sind, sie in die Praxis umzusetzen. Alle Prinzipien werden gleichermaßen und vorbehaltlos angewendet, wobei ein jedes von ihnen unter Beachtung der anderen ausgelegt wird. Sie bilden die Grundlage unserer Beziehungen...

Unsere Beziehungen sollen auf unserem gemeinsamen Bekenntnis zu demokratischen Werten sowie zu den Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhen. Wir sind überzeugt, daß für die Festigung von Frieden und Sicherheit zwischen unseren Staaten die Förderung der Demokratie sowie die Achtung und wirksame Ausübung der Menschenrechte unverzichtbar sind. Wir bekräftigen die Gleichberechtigung der Völker und ihr Selbstbestimmungsrecht in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Normen des Völkerrechts, einschließlich jener, die sich auf die territoriale Integrität der Staaten beziehen.

Zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer, umweltbezogener, kultureller und humanitärer Probleme haben wir die feste Absicht, den politischen Konsultationsprozeß zu

verstärken und die Zusammenarbeit zu erweitern. Diese gemeinsame Entschlossenheit und die wachsende gegenseitige Abhängigkeit werden dazu beitragen, das jahrzehntelange Mißtrauen zu überwinden, die Stabilität zu festigen und ein geeintes Europa aufzubauen.

Wir wollen ein Europa, von dem Frieden ausgeht, das für den Dialog und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern offen und zum Austausch bereit ist und das mitwirkt an der Suche nach gemeinsamen Antworten auf die Herausforderung der Zukunft...

Die KSZE und die Welt

Das Schicksal unserer Nationen ist mit dem aller anderen Nationen verbunden. Wir unterstützen uneingeschränkt die Vereinten Nationen und die Stärkung ihrer Rolle bei der Förderung von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit in der Welt. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu den in der Charta verankerten Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen und verurteilen jede Verletzung dieser Prinzipien. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Vereinten Nationen in der Weltpolitik eine wachsende Rolle spielen und dank der verbesserten Beziehungen zwischen unseren Staaten an Wirksamkeit gewinnen.

Angesichts der Armut in einem großen Teil der Welt verpflichten wir uns zur Solidarität mit allen an-

deren Ländern. Wir wenden uns daher heute von Paris aus an alle Nationen dieser Welt: Wir sind bereit, die gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung der Gesamtheit der grundlegenden menschlichen Werte mit allen und mit jedem einzelnen dieser Staaten zu tragen.

2. Leitsätze für die Zukunft

Ausgehend von unserem festen Bekenntnis zur uneingeschränkten Durchführung aller KSZE-Prinzipien und -Bestimmungen sind wir nunmehr entschlossen, neue Impulse für eine ausgewogene und umfassende Weiterentwicklung unserer Zusammenarbeit zu geben, um den Bedürfnissen und Erwartungen unserer Völker Rechnung zu tragen.

Menschliche Dimension

Unwiderruflich bekennen wir uns zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Wir wollen die Bestimmungen über die menschliche Dimension der KSZE in vollem Umfang durchführen und auf ihnen aufbauen.

Wir werden auf der Grundlage des Dokuments des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die Menschliche Dimension zusammenarbeiten, um die demokratischen Institutionen zu stärken und den Rechtsstaat zu fördern. Zu diesem Zweck beschließen wir, ein Expertenseminar vom 4. bis 15.

November 1991 in Oslo einzuberufen.

Wir sind entschlossen, den wertvollen Beitrag nationaler Minderheiten zum Leben unserer Gesellschaft zu fördern, und verpflichten uns, deren Lage weiter zu verbessern. Wir bekräftigen unsere tiefe Überzeugung, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität erfordern. Wir erklären, daß Fragen in bezug auf nationale Minderheiten nur unter demokratischen Bedingungen befriedigend gelöst werden können. Ferner erkennen wir, daß die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden müssen. Im Bewußtsein der dringenden Notwendigkeit, im Hinblick auf nationale Minderheiten die Zusammenarbeit zu verstärken und deren Schutz zu verbessern, beschließen wir, ein Expertentreffen über nationale Minderheiten vom 1. bis 19. Juli 1991 in Genf einzuberufen.

Wir sind entschlossen, alle Formen von Haß zwischen Rassen und Volksgruppen, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung irgendeines Menschen sowie von Verfolgung aus

religiösen und ideologischen Gründen zu bekämpfen.

Wir betonen in Übereinstimmung mit unseren KSZE-Verpflichtungen, daß Freizügigkeit und freie Kontakte zwischen unseren Bürgern sowie der freie Fluß von Informationen und Gedanken ausschlaggebend sind für den Fortbestand und die Entwicklung freier Gesellschaften und lebendiger Kulturen. Wir begrüßen die Zunahme von Tourismus und Besuchen zwischen unseren Ländern.

Der Mechanismus der menschlichen Dimension hat sich bewährt. Deshalb sind wir entschlossen, ihn durch die Einführung neuer Verfahren auszubauen; diese sehen die Mitarbeit von Experten oder die Heranziehung einer Liste von hervorragenden Persönlichkeiten mit Erfahrung in Menschenrechtsfragen vor, die Gegenstand des Mechanismus sein könnten. Wir werden im Rahmen des Mechanismus vorsehen, daß Einzelpersonen einbezogen werden, wenn es um den Schutz ihrer Rechte geht. Wir sind daher entschlossen, unsere Verpflichtungen in dieser Hinsicht weiterzuentwickeln, insbesondere beim Moskauer Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension, unbeschadet der Verpflichtungen, an die unsere Staaten auf Grund bestehender nationaler Übereinkommen gebunden sind.

Wir würdigen den bedeutenden Beitrag des Europarates zur Förderung der Menschenrechte, der

Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie zur Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit. Wir begrüßen die von mehreren Teilnehmerstaaten unternommenen Schritte, dem Europarat und der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten. Wir begrüßen die Bereitschaft des Europarates, der KSZE seine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen...

Kultur

Wir erkennen den wesentlichen Beitrag unserer gemeinsamen europäischen Kultur und unserer gemeinsamen Werte zur Überwindung der Teilung des Kontinents an. Wir unterstreichen daher unser Eintreten für die schöpferische Freiheit sowie für den Schutz und die Förderung unseres kulturellen und geistigen Erbes in all seinem Reichtum und all seiner Vielfalt.

Angesichts der jüngsten Veränderungen in Europa betonen wir die erhöhte Bedeutung des Krakauer Symposiums und setzen große Erwartungen in die Erörterung von Leitsätzen für verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Kultur bei diesem Treffen. Wir laden den Europarat ein, zu diesem Symposium beizutragen.

Zur Förderung größerer Vertrautheit zwischen unseren Völkern befürworten wir die Errichtung von Kulturzentren in Städten anderer Teilnehmerstaaten, eine verstärkte Zusammenarbeit auf

dem audio-visuellen Gebiet und einen umfangreichen Austausch in den Bereichen Musik, Theater, Literatur und Kunst.

Wir sind entschlossen, im Rahmen unserer nationalen Politik das gegenseitige Verständnis, insbesondere bei der Jugend, verstärkt zu fördern durch Kulturaustausch, Zusammenarbeit in allen Bereichen der Bildung vor allem durch den Unterricht von und in den Sprachen anderer Teilnehmerstaaten. Wir beabsichtigen, die ersten Ergebnisse dieses Vorhabens beim Folgetreffen von Helsinki 1992 zu überprüfen.

Wanderarbeiter

Wir erkennen an, daß die Fragen der Wanderarbeiter und ihrer Familien, die sich rechtmäßig in Aufnahmeländern aufhalten, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Aspekte wie auch ihre menschliche Dimension haben. Wir bekräftigen, daß der Schutz und die Förderung ihrer Rechte sowie die Verwirklichung einschlägiger internationaler Verpflichtungen uns alle angeht...

Nichtstaatliche Organisationen

Wir erinnern an die bedeutende Rolle, die nichtstaatliche Organisation, religiöse und andere Gruppierungen sowie Einzelpersonen bei der Verwirklichung der KSZE-Ziele gespielt haben, und werden deren Einsatz für die Durchführung der KSZE-Verpflichtungen

durch die Teilnehmerstaaten weiter erleichtern. Diese Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen müssen auf geeignete Art und Weise in die Tätigkeit und die neuen Strukturen der KSZE einbezogen werden, damit sie ihre wichtigen Aufgaben erfüllen können.

3. Neue Strukturen und Institutionen des KSZE-Prozesses

Unsere gemeinsamen Bemühungen um verstärkte Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, um Festigung des Friedens und um Förderung der Einheit in Europa erfordern eine neue Qualität des politischen Dialogs und der politischen Zusammenarbeit und somit die Entwicklung der Strukturen der KSZE.

Die Intensivierung unserer Konsultationen auf allen Ebenen ist von vorrangiger Bedeutung für die künftige Gestaltung unserer Beziehungen. Zu diesem Zweck beschließen wir folgendes:

„Wir, die Staats- und Regierungschefs, werden das nächste Mal in Helsinki anlässlich des KSZE-Folgetreffens 1992 zusammentreffen. Danach werden wir anlässlich weiterer Folgetreffen zusammentreffen.“

Unsere Außenminister werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich, als Rat zusammentreten. Diese Treffen werden das zentrale Forum für politische Konsultationen im KSZE-Prozeß bilden. Der Rat wird Fragen prüfen, die für die

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Bedeutung sind, und entsprechende Beschlüsse fassen.

Das erste Treffen des Rates wird in Berlin stattfinden.

Ein Ausschuß hoher Beamter wird die Treffen des Rates vorbereiten und dessen Beschlüsse durchführen. Der Ausschuß wird aktuelle Fragen prüfen und kann entsprechende Beschlüsse fassen, unter anderem in Form von Empfehlungen an den Rat.

Zur Behandlung dringender Fragen können zusätzliche Treffen der Vertreter der Teilnehmerstaaten vereinbart werden.

Der Rat wird die Erarbeitung von Bestimmungen prüfen, die die Einberufung von Treffen des Ausschusses hoher Beamter in dringlichen Situationen vorsehen.

Die Teilnehmerstaaten können auch Treffen anderer Minister vereinbaren.

Zur administrativen Unterstützung dieser Konsultationen richten wir in Prag ein Sekretariat ein.

Folgetreffen der Teilnehmerstaaten werden in der Regel alle zwei Jahre stattfinden, um den Teilnehmerstaaten Gelegenheit zu geben, eine Bestandsaufnahme der eingetretenen Entwicklungen vorzunehmen, die Verwirklichung eingegangener Verpflichtungen zu überprüfen und weitere Schritte im KSZE-Prozeß in Erwägung zu ziehen.

Wir beschließen, in Wien ein Konfliktverhütungszentrum zu

schaffen, das den Rat beim Abbau der Gefahr von Konflikten unterstützen soll.

Wir beschließen, in Warschau ein Büro für freie Wahlen einzurichten, um Kontakte und den Informationsaustausch im Zusammenhang mit Wahlen in den Teilnehmerstaaten zu erleichtern.

In Anerkennung der wichtigen Rolle, die Parlamentarier im KSZE-Prozeß spielen können, sprechen wir uns für eine stärkere Einbeziehung der Parlamentsarbeit in die KSZE aus, insbesondere durch die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE unter Beteiligung von Parlamentsmitgliedern aus allen Teilnehmerstaaten. Zu diesem Zweck befürworten wir nachdrücklich, daß Kontakte auf Parlamentsebene fortgesetzt werden, um Tätigkeitsbereich, Arbeitsmethoden und Verfahrensregeln einer derartigen parlamentarischen Struktur der KSZE unter Nutzung vorhandener Erfahrungen und bereits geleisteter Arbeiten in diesem Bereich zu erörtern.

Wir beauftragen unsere Außenminister, diese Frage bei ihrem ersten Treffen als Rat zu überprüfen...“

(aus Bulletin Nr. 137 vom 24.11.1990 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung)

Christliche Verantwortung in veränderter Welt

Liebe Schwestern und Brüder in Deutschland,

wir sind in Deutschland und in ganz Europa Zeugen eines Wandels, auf den viele Menschen lange gehofft haben — oft stark und unbeirrt, bisweilen auch schwach und angefochten. Das Hoffen, das Beten und zahllose Mühen sind nicht vergeblich gewesen: Europa ist weithin frei von Mauer und Stacheldraht. Es hat die politische Teilung überwunden, in vielen Ländern haben Reformen begonnen, die totalitärem Mißbrauch der Macht ein Ende bereiten.

Uns Christen erfüllt dieser Wandel mit Freude und Dankbarkeit. Wir danken Gott, der aller menschlichen Geschichte in Christus ihr Ziel und ihren Mittelpunkt schenkte. Wo immer sich Lebensumstände so ändern, daß sie der Würde des Menschen besser entsprechen, kann uns dies „eine umrißhafte Vorstellung von der künftigen Welt“ geben.

Wir danken auch all denen in Ost und West, die den jetzigen Umbruch zäh und geduldig — und oft unter Gefährdung der eigenen Person — herbeigeführt haben.

Besonders freuen wir uns über das Ende der politischen Teilung,

die Deutschland seit 1945 durchzogen hat. Diese Teilung war — wie viele andere Folgen des 2. Weltkrieges für unser Volk — schmerzhaft. Sie hat viele Menschen einer ständigen Bevormundung und Be-spitzelung ausgesetzt und ihnen die Chance genommen, ihre Kräfte in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat frei zu entfalten. Die Wunden dieser Teilung werden auch nach Vollendung der politischen und rechtlichen Vereinigung noch lange nicht vernarbt sein!

Um so mehr liegt es uns Bischöfen am Herzen, zu Beginn der neuen Wegstrecke, die wir Deutsche nun betreten, die Grundlagen unseres wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Lebens neu zu bedenken. Wir tun dies gemeinsam, als Bischöfe aus jenen *beiden* Teilen Deutschlands, die sich in diesen Tagen in einen Staat zusammenfügen. Wir richten unser Wort an alle, die durch Glauben und Taufe unsere Schwestern und Brüder in der Kirche und damit unserer bischöflichen Sorge anvertraut sind. Doch suchen wir das Gespräch auch mit allen anderen Menschen, die sich genauso wie wir auf der Suche nach einer freiheitlichen und humanen Ordnung wissen.

Wir Deutschen können nun die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit vollenden. Wir wollen unseren Beitrag zum Aufbau einer Friedensordnung leisten, die allen Völkern Europas ein vertrauensvolles Zusammenleben ermög-

licht. Dies ist ein Erfordernis auch unseres Glaubens.

Im folgenden wenden wir uns zunächst jenen Grundrechten und Grundwerten zu, die das Fundament des geeinten Deutschlands bilden sollen. Wir befassen uns dann mit dem Zustand der politischen Strukturen unseres Gemeinwesens und fragen schließlich, welches die vorrangigen Aufgaben sind, die jetzt auf uns zukommen.

Die Grundwerte: Fundament des Zusammenlebens

Unser Staat und die Gesellschaft brauchen das ethische Fundament von Grundwerten, die dem staatlichen und gesellschaftlichen Handeln verpflichtende Vorgaben sind. Dazu bekennt sich unser Grundgesetz. Diese Grundwerte haben die Würde des Menschen zum Mittelpunkt. Auch die Sozialverkündigung der Kirche geht von der einzigartigen Würde des Menschen als Person aus, der, wie das Zweite Vatikanische Konzil sagt, Wurzelgrund, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist und auch sein muß.

Es ist deshalb gut, daß die rechtlich-soziale Ordnung Deutschlands auf der Würde und den unantastbaren Rechten jedes Menschen gründet. So legt es das Grundgesetz fest. Es verpflichtet Staat und Gesellschaft, den Menschen zu dienen. In der Präambel geht das Grundgesetz aus von der „Verantwortung vor Gott und den

Menschen“. Nur wo der Mensch in ein letztes, ihm selbst und den anderen entzogenes Geheimnis hineinragt, kommt ihm Würde zu, die nicht verfügbar ist. Mit dem Verlust dieser Dimension des religiösen Geheimnisses schwindet auch der Sinn für seine unantastbare Würde. Die Ehrfurcht vor Gott und die Ehrfurcht vor dem Menschen bedingen sich. Wo Gott nicht erkannt wird, geht auch das Bewußtsein um die Würde und Rechte des Menschen verloren; er wird verfügbar, manipulierbar. Heute ist der praktische Materialismus eine Gefahr für diese Würde. Deshalb können und dürfen wir um des Menschen willen nicht aufhören, von Gott zu reden und seine Wirklichkeit zu bezeugen.

Die Artikel des Grundgesetzes, die den Bürgern ihre Grundrechte garantieren, können in der Substanz auch mit einer qualifizierten Mehrheit des Parlaments nicht geändert werden. Die verfassunggebende Versammlung war überzeugt, daß diese Rechte zum Grundbestand einer menschenwürdigen Gesellschaft gehören und deshalb jeder Abstimmung entzogen sein müssen. Nur so sind sie unbedingt geschützt.

Dieses Fundament unseres Gemeinwesens wird noch gefestigt durch zahllose völkerrechtliche Bindungen, die die Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist. Wegen ihrer Bedeutung für den europäischen Einigungsprozeß sei dabei die Europäische Menschen-

rechtskonvention des Europarats besonders erwähnt.

Die Wertorientierung der Verfassung muß in Staat und Gesellschaft in Geltung bleiben. Es ist gerade für das Gelingen der deutschen Einheit sehr bedeutsam, daß sie auch im Denken und Wollen der Bürger fest verankert wird. Dazu bedarf es mancher Anstrengungen, da das Bewußtsein von Werten wachsen muß und sie nicht einfach wie rechtliche Regelungen in Kraft gesetzt werden können.

Die Würde des Menschen

Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Diese Einsicht bildet den sittlichen Kern unserer Staatsordnung. Sie hat nach den schrecklichen Verbrechen dieses Jahrhunderts alle Bürger, alle politischen Parteien und Kräfte bewegt.

Wir Christen glauben: Diese besondere Würde hat darin ihren Grund, daß jeder Mensch „nach dem Bilde Gottes“ geschaffen und berufen ist zur Gemeinschaft mit Gott wie auch zum liebevollen Umgang mit den Mitmenschen und der gesamten Schöpfung.

Die einzigartige Würde des Menschen verlangt auch einen einzigartigen Schutz seines Lebens und seiner Freiheit. Die Kirche würde ihre Sendung verraten, wenn sie nicht für den umfassenden Schutz des menschlichen Lebens einträte. Dies gilt auch für noch ungebo-

rene Kinder wie für das Leben der körperlich und geistig Behinderten. Es gilt auch für die armen und notleidenden Menschen hier bei uns und in vielen Ländern der Welt. Es gilt für die Kranken ebenso wie für die älteren Menschen, die auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben voll zu uns gehören. Und: Die Kirche muß ihre Stimme gegen alle rechtlose Gewalt im Inneren, gegen Krieg und Mißbrauch militärischer Macht erheben.

Wir spüren an uns selbst die Belastungen und Gefährdungen, die uns das moderne Leben auferlegt. Geben sie aber nicht um so mehr Grund, ein Gespür für die Größe und Würde jedes Menschen, auch des schwächsten, zu bewahren? Wir sind überzeugt: Unsere Gesellschaft wird nur dann zur Blüte gelangen und ihre Kraft entfalten, wenn das Bewußtsein um die Würde des Menschen, um seine unantastbaren Rechte wie auch seine Pflichten lebendig ist. Dieses Bewußtsein muß hinreichend entfaltet, nötigenfalls neu geweckt und gepflegt werden: im Gespräch der Menschen miteinander, in Erziehung und Schule, in den Hochschulen und Akademien, in den Medien, in Literatur und Kunst, in Rechtspflege und Politik. Alle sind hierbei gefordert, alle politischen Parteien und alle gesellschaftlichen Gruppen.

Wenn wir gegenwärtig darangehen, die Spaltung Deutschlands und Europas auch geistig zu über-

winden, dann muß dabei die Wertbindung des Grundgesetzes ein zentraler Bezugspunkt sein. Dies wird *allen* Beteiligten nützen. Insbesondere wird es wichtig sein, daß der Sinn und die Tragweite unserer Verfassung dort erkannt und anerkannt werden, wo bisher Würde und Freiheit des Menschen zur Disposition des Staates oder der Partei standen. Die politischen Kräfte, die Medien und die gesellschaftlichen Gruppen sollten um die Bejahung des Grundgesetzes werben.

Der Grundwert der Freiheit

Die entscheidende Triebkraft der gegenwärtigen Erneuerung Europas ist die menschliche Sehnsucht nach Freiheit. Die Menschen wollen in einem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmen leben, der ihrer wesensmäßigen Freiheit entspricht. Diese persönliche Freiheit zeigt die Größe des Menschen: sie stellt ihn unter den Anspruch Gottes — inmitten der Welt. Doch macht sie genauso die Gefährdung des Menschen deutlich, der sich verfehlen und schuldig werden kann.

Zum Problem wird es uns oft, daß die Freiheit gleichzeitig persönlich *und* allgemein ist. Als Freie sind alle Menschen gleich. Und doch hat jeder und jede die eigenen Anlagen und Fähigkeiten, die eigene Herkunft und Geschichte, eine eigene Aufgabe. Hier verwirklicht sich die individuelle Frei-

heit. Es ist eine sittliche Forderung an den einzelnen wie auch an die öffentliche Ordnung, daß die Freiheit weder auf Kosten der Gleichheit überzogen noch namens der Gleichheit in ihrer Entfaltung gehemmt und beschnitten wird.

Welches Leid uns die Gleichschaltung und staatliche Versagung persönlicher Freiheitsräume bereiten, müssen wir gerade jetzt täglich erfahren — die um ihre Freiheit bisher Betrogenen besonders schmerzlich.

Sie haben erleben müssen, wie das marxistische Denken die Freiheit fundamental mißachtet. Es sprach den Menschen einen steuernden Einfluß auf die Geschichte ab und verlangte die Einfügung in den angeblich objektiv notwendigen Gang der Geschichte. In dieser Perspektive geriet Freiheit zur bloßen Einsicht in die historische Notwendigkeit des Klassenkampfes.

Wir sind im Gegensatz dazu fest überzeugt, daß die Menschen ein Recht haben auf ihre persönliche Freiheitsentscheidung. Man sollte zudem die Bedeutung der Freiheit für die Gestaltung und Belebung auch der Strukturen keinesfalls unterschätzen. Dies gilt für alle Dimensionen des öffentlichen Lebens.

Allerdings dienen die Strukturen nur solange der menschlichen Würde und Freiheit, wie die Menschen sie an den sittlichen Grundwerten ausrichten. Es gibt leider

auch die „Strukturen der Sünde“: Unrechtstatbestände, Fehlentwicklungen und falsches Verhalten, deren strukturelle Verfestigung „in persönlicher Sünde“ wurzelt und die der sittlichen und politischen Verantwortung unterworfen sind. Wer ungerechte soziale Verhältnisse ändern will, der darf nicht übersehen, daß eine Reform der Strukturen nur gelingen kann, wenn sie von der sittlichen Erneuerung der Menschen begleitet wird. Strukturen bestehen nicht losgelöst von den Menschen.

Kurzum: Freiheit ist nicht Beliebigkeit. Sie steht — als persönliche wie als politisch verfaßte Freiheit — im Zeichen vielfältiger Ansprüche. Ihr korrespondieren zahlreiche Pflichten. Wir leiden darunter, wenn Bürger im Namen ihrer Freiheit die Rechte Dritter empfindlich beschneiden oder sich über die Grundlage des Zusammenlebens hinwegsetzen. Ein solches Verhalten schädigt das Vertrauen unter den Bürgern. Zu Recht wird es von vielen Menschen, auch von den Medien, kritisiert. Besonders ist dies in wirtschaftlichen Fragen der Fall. In anderen Bereichen freilich, wie zum Beispiel der unbedingten Achtung vor dem Leben des Menschen oder dem Respekt vor Ehe und Familie, ist diese Empfindsamkeit nicht immer zu beobachten.

Europa will ein Kontinent der Freiheit werden. Ganz Deutschland soll jetzt in den Genuß einer freiheitlichen Ordnung gelangen.

Sie wird nur dann Bestand haben, wenn die Bürger die Werte und Rechte des Grundgesetzes anerkennen, für sie einstehen, wenn vor allem die jungen Menschen — in denen uns die Zukunft begegnet — den Zusammenhang von Freiheit und fundamentalen Werten erkennen, wenn sie in Erziehung, Schule und Ausbildung lernen: Freiheit ist nicht Beliebigkeit. Freiheit wird sich selbst zerstören, wenn sie unseren Grundwerten nicht mehr Rechnung trägt.

Der Grundwert der Gerechtigkeit

Viele von uns hatten unter staatlicher Willkür und einem Mangel an Rechtssicherheit zu leiden. Besonders sie mußten erfahren, wie sehr es die Würde des Menschen verletzt, wenn ihm Gerechtigkeit versagt bleibt. Um so mehr hoffen sie auf den sozialen Rechtsstaat, der in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurde und erhalten bleiben soll.

Der Grundwert der Gerechtigkeit betrifft unterschiedliche Ebenen des Zusammenlebens. Im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben verlangt er eine ausgleichende Gerechtigkeit: Der Leistung soll die Gegenleistung entsprechen — und umgekehrt. Dies führt zum Kernproblem der modernen „sozialen Frage“: dem gerechten Lohn. Jeder Erwerbstätige leidet darunter, wenn er ungerecht behandelt und ihm der gerechte Lohn vorenthalten wird. Bei

uns kann das System der Tarifautonomie dazu beitragen, daß Leistung und Lohn sich entsprechen.

Es gibt viele andere Bereiche, vor allem im Wirtschaftsleben, in denen diese Art der Gerechtigkeit eine wichtige Rolle spielt. Wir sprechen von gerechten Preisen, von gerechten Mieten, von gerechten Zinsen, von gerechten Handelsbeziehungen. Letztere sind auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft von Bedeutung: In dem Ausmaß, wie unser Wirtschaften durch die Gemeinschaft bestimmt wird, müssen wir dafür Sorge tragen, daß diese z.B. ihre außerwirtschaftlichen Beziehungen gerecht gestaltet.

Eine andere Dimension der Gerechtigkeit betrifft das Verhältnis des einzelnen zum Staat und zur Gesellschaft. „Die Pflicht der Gerechtigkeit und der Liebe wird immer mehr gerade dadurch erfüllt, daß jeder gemäß seinen eigenen Fähigkeiten und den Bedürfnissen der Mitmenschen zum Gemeinwohl beiträgt und auch die öffentlichen und privaten Institutionen, die der Hebung der menschlichen Lebensverhältnisse dienen, fördert und unterstützt.“

Sodann fordert die Gerechtigkeit, daß die Gemeinschaft dem einzelnen gibt, was sie ihm schuldet. Hierbei ist es das Ziel, der fundamentalen Gleichheit aller Menschen zu entsprechen — ohne freilich ihre Freiheit zu verletzen.

Das führt zur Forderung nach

Rechtsstaatlichkeit, nach Wahrung der Würde und der Rechte jedes Menschen, nach gleichen Chancen politischer Teilhabe. Die Gerechtigkeit verlangt aber auch Entwicklungsprozesse wie z.B. die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft. Oder man denke an eine gerechte Besteuerung, ebenso an verschiedene notwendige Unterstützungsleistungen. Letztere reichen vom individuellen Ausgleich von Nachteilen über einen gerechten Lastenausgleich für Familien bis hin zu Programmen der beruflichen Förderung. Dabei müssen wir uns vielen Problemen nicht nur im nationalen Maßstab stellen, sondern auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und in der Verbundenheit besonders mit den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten.

Solidarisch miteinander

Der Grundwert der Solidarität ist zur Leitidee des Sozialstaats geworden. Seinen Impuls bezieht er aus der Überzeugung, daß die Menschen zusammengehören. Die Menschen leben nicht als isolierte Individuen. Nur wenn sie ihre Fähigkeiten und Kräfte bündeln, können sie die gemeinsamen Ziele und Zwecke verwirklichen. Das gilt für die kleinen Lebenskreise wie Ehe und Familie ebenso wie für die gesellschaftlichen Lebensbereiche. Solidarität verpflichtet die Menschen, füreinander einzustehen.

Die traditionellen Solidaritätsformen werden heute ergänzt durch Forderungen der Solidarität mit den Personengruppen, die im Prozeß der gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen neu auf die Verliererseite geraten sind. So ist etwa die Solidarität der Generationen heute in ganz neuer Weise notwendig, weil in unserer Gesellschaft immer mehr ältere und alte Menschen leben. Ebenso fordern die Fremden, die als Aussiedler, Um- und Übersiedler oder Asylbewerber zu uns kommen, neue Formen der Solidarität. Und schließlich sind wir auch jenen, die auf dem Gebiet der bisherigen DDR leben und nun zu unserer Gesellschaft gehören, solidarisch verpflichtet. Wir Bischöfe wünschen uns, daß solche neuen Aufgaben erkannt und wahrgenommen werden...

Subsidiärer Aufbau

Ebenfalls spüren wir in Deutschland und Europa, wie sehr es der Würde des Menschen entspricht, wenn das öffentliche Leben subsidiär organisiert wird. Ein totalitärer Zentralismus hat die Menschen im östlichen Teil Deutschlands bisher daran gehindert, in Freiheit und Kreativität ihre Probleme soweit wie eben möglich selbst anzupacken und zu lösen. Genauso lebte man in den anderen bislang sozialistischen Ländern stets mit dem Gefühl des Beherrschtwerdens. Auch im westlichen Teil Eu-

ropas tritt immer deutlicher zutage, daß es gut ist, wenn die öffentliche Ordnung — z. B. des sozialen und staatlichen Lebens im nationalen wie auch europäischen Rahmen — dem Grundsatz der Subsidiarität konsequent folgt.

Dieser Grundsatz besagt zunächst, daß die kleineren Gemeinschaften das Recht haben, ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen, deren Lösung ihnen von den größeren Gemeinschaften nicht genommen werden darf. Andernfalls wären sie der Bevormundung ausgesetzt.

Natürlich verlangt die Idee der Subsidiarität dann auch, daß der einzelne und die kleinen Gemeinschaften Hilfe dort beanspruchen können, wo diese ein Erfordernis darstellen, weil die eigenen Kräfte ausgeschöpft sind. Nur dann läßt sich Hilfe mit Selbstachtung und Würde des Menschen vereinbaren... Noch einmal: Seine solide Grundlage muß der Aufbau der Gesellschaft, unseres Staates und Europas in den Grundwerten haben. Dann stehen Würde und fundamentale Rechte des Menschen im Mittelpunkt. Dann besteht Gewähr für die Freiheit. Dann leben die Menschen in solidarischer Verbundenheit — die alle Hilfe zugleich großzügig und maßvoll leistet.

Eine dem Gemeinwohl verpflichtete Politik

Wenn wir im Zusammenhang mit der Politik das Gemeinwohl nennen, dann sind damit alle Vor-

kehrungen gemeint, „die den einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommenung voller und ungehinderter zu erreichen gestatten“. Wieder zeigt sich: Der Mensch muß im Mittelpunkt stehen.

Dies gilt für alle Ebenen der Politik, angefangen von den Kommunen über die Länder, den Bund bis hin zur Ebene Europas und der Welt. Denn mehr und mehr müssen wir lernen, die Forderungen auch des europäischen Gemeinwohls zu verstehen und anzuerkennen. Das Konzil spricht sogar davon, daß das Gemeinwohl „heute mehr und mehr einen weltweiten Umfang annimmt und deshalb auch Rechte und Pflichten in sich begreift, die die ganze Menschheit betreffen“.

Die Demokratie ist nach unserer festen Überzeugung die dem Menschen am meisten angemessene Staatsform. Sie ermöglicht den Bürgern, sich nicht nur bei Wahlen, sondern darüber hinaus in vielfältiger Weise aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen und Mitverantwortung zu tragen.

In der Demokratie fällt den Parteien eine wichtige Aufgabe zu. Doch ist diese Aufgabe völlig anders zu bestimmen, als es der Sozialismus getan hat. Das Konzil sagt: „Die politischen Parteien müssen das fördern, was ihrem Erachten nach vom Gemeinwohl gefordert wird; sie dürfen niemals ihre Sonderinteressen über dieses Gemeinwohl stellen.“...

Wir wissen aus zahlreichen Begegnungen und Gesprächen, daß nach wie vor jenes Leitbild zu motivieren vermag, welches das Konzil vom Politiker zeichnet: „Sittlich integer und klug zugleich, soll er angehen gegen alles Unrecht und jede Unterdrückung, gegen Willkürherrschaft und Intoleranz eines Einzelnen oder einer politischen Partei.“

Aus christlicher Verantwortung die Zukunft gestalten

Politik, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, muß sich auf vielen Feldern des Zusammenlebens der Bürger bewähren. Im folgenden soll auf einige Aufgaben hingewiesen werden, denen gegenwärtig eine besondere Dringlichkeit zukommt.

Schutz des menschlichen Lebens

Wir leben in einer Situation voller Widersprüche. Auf der einen Seite ist das Empfinden für den Schutz, den wir dem Leben, vor allem dem menschlichen Leben, schulden, beeindruckend gestiegen. Unsere Verfassung verpflichtet den Staat, mit der Würde und den Grundrechten jedes Menschen auch dessen Lebensrecht zu schützen. Der Schutz menschlichen Lebens umfaßt viele Bereiche. Zum Menschen gehören Leib und Seele, Person und Gemeinschaft, Erziehung und Bildung und

auch die Teilnahme an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gütern.

Auf der anderen Seite gibt es bei uns und in zahlreichen anderen Ländern Europas heftige Debatten über die Forderungen des Lebensschutzes in besonderen Fällen, angefangen bei der extrakorporalen Befruchtung über den Fall einer ungewollten oder mit Problemen belasteten Schwangerschaft bis hin zu Fragen des Lebens behinderter Menschen oder des richtigen Verhaltens am Ende menschlichen Lebens.

Diese Debatten haben uns immer sehr bewegt. Zusammen mit vielen Christen haben wir uns an ihnen beteiligt und leidenschaftlich dafür eingesetzt, das Lebensrecht jedes Menschen zur Geltung zu bringen. Die Kirche ist in vielfältiger Weise auch praktisch tätig geworden. Sie hat viele Werke ins Leben gerufen, die kranken und behinderten, armen und verlassenen Menschen helfen. Sie hat Kindern geholfen, die den schützenden Raum einer Familie entbehren müssen. Sie ist in Reden und Tun dafür eingetreten, daß Ehe und Familie in ihrer Bedeutung für die Lebensentfaltung anerkannt werden und daß sie Schutz und Begleitung erfahren. . .

Sorge um Ehe und Familie

Soll das Leben in Staat und Gesellschaft der Würde des Menschen entsprechen und die Grund-

werte zum Fundament haben, so fällt der Familie und ihrer Förderung eine bestimmende Rolle zu.

Wie vieles andere im gesellschaftlichen Leben unterliegt auch die Gestalt der Familie einem ständigen Wandel. Zwar gilt sie nach wie vor bei drei von vier Bundesbürgern als Grundlage eines glücklichen Lebens. Doch ist die Anzahl der Eheschließungen geringer und die der Ehescheidungen größer geworden. Die Haushalte wurden kleiner, die Kinderzahl pro Ehe hat abgenommen. Das bedeutet eine Verarmung der Gesellschaft. Kinder erinnern uns an Werte, die in einer bloßen Leistungsgesellschaft keinen Platz haben. Drastisch gestiegen ist die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Schließlich können wir an der rasch zunehmenden Beteiligung verheirateter Frauen am Erwerbsleben ablesen, wie sich Selbstverständnis und Rollen in der Familie wandeln.

Angesichts dieser Veränderungen ist wichtig zu sehen: Die Familie ist die Brücke zwischen dem privaten und dem gesellschaftlichen Leben. Ihr doppeltes Ziel ist es, daß Menschen — in die Gesellschaft eingebunden — zu ihrer Entfaltung finden *und* daß die Gesellschaft auf lebenszugewandte Menschen bauen kann. Die Familie kann und soll ein Raum sein, wo Menschen die Erfahrung der Zuwendung — auch in Krisen und trotz begangener Fehler — finden und zu einer stabilen Persönlich-

keit werden. Gerade deshalb lebt sie von der dauerhaften Verlässlichkeit ihrer Mitglieder.

Sodann ist die Familie der bevorzugte Ort, wo Menschen ein persönliches Weltbild entwickeln und den Glauben lernen können. Diese vielen Chancen dürfen nicht ungenutzt bleiben! Sonst droht die Gefahr einer allmählichen Aushöhlung der Grundwerte des staatlichen Lebens.

Zu Recht nimmt deshalb das Grundgesetz den Staat in die Pflicht, der Familie einen besonderen Schutz zu gewähren. Damit sie ihre humane Wirkung entwickeln kann, ist es nötig, daß ihre Bedeutung als Institution klar anerkannt wird. So verdienen Familien- und Frauenpolitik unser nachhaltiges Interesse...

Erziehung und Bildung

Die Zukunft der modernen Gesellschaft hängt in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens ab. Bildung und Erziehung prägen das gesamte individuelle und gesellschaftliche Leben mit. Sie beeinflussen die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, das politische Geschehen, die Lebensqualität.

An das deutsche Bildungswesen knüpfen sich im Hinblick auf die deutsche Einigung und die politische Union Europas zahlreiche Erwartungen. Das auf freiheitlicher Grundlage im Rahmen föderaler Verantwortung gewachse-

ne Bildungswesen in den Bundesländern hat sich insgesamt bewährt und kann im europäischen Vergleich durchaus bestehen. Seine Stärke liegt in der Differenzierung der Schulformen, der beruflichen Ausbildungsgänge und des Hochschulwesens, die insgesamt ein hohes Maß von persönlicher Entfaltungsmöglichkeit für unterschiedliche Begabungen und Neigungen bietet. Die freie Entscheidung über das angestrebte Bildungsziel und die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen kommen dem jungen Menschen entgegen und verringern die Gefahren einer falschen Festlegung.

In der Zukunft gilt es, diese bewährte Struktur eines vielgliedrigen Bildungswesens zu erhalten und weiterzuentwickeln. Es bedarf großer Anstrengungen und des Zusammenwirkens aller verantwortlichen Kräfte, das bisher in der DDR bestehende Schulsystem entsprechend umzugestalten.

Bildung und Erziehung dienen nicht nur der Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten, sondern müssen die ganzheitliche Entfaltung der Persönlichkeit fördern. Angesichts der Orientierungsprobleme in der pluralistischen Gesellschaft ist allerdings eine erhebliche Unsicherheit über die Grundlagen und Maßstäbe einer verantwortlichen Erziehung entstanden. In einer freiheitlich-demokratischen Ordnung müssen sich die Bildungseinrichtungen,

insbesondere die Schulen, zu dem Wertekonsens bekennen, der im Grundgesetz und in den Verfassungen der Länder zum Ausdruck kommt, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen, die jungen Menschen auf das Leben in Gesellschaft und Staat vorzubereiten. Dabei kommt der Persönlichkeit des Lehrers und Erziehers eine entscheidende Aufgabe zu. Wenn er die Grundwerte und Grundrechte in seinem Leben verwirklicht und sie beispielhaft vorlebt, erschließt er dadurch den jungen Menschen ihren Sinn und ihre Bedeutung. Auf diesem Wege kann auch die persönliche Verantwortung wachsen. Auch unter diesem Gesichtspunkt erwächst dem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach an allen Schulen besondere Bedeutung.

Ein Kennzeichen freiheitlicher Entwicklung im Kultur- und Bildungsbereich sind Vielfalt und Pluralität. Die Fülle von Begabungen und Fähigkeiten der einzelnen Menschen und der Reichtum der Kulturen dürfen nicht in einem Einheitssystem erstickt werden. Das Nebeneinander unterschiedlicher Ideen, Gestaltungsformen und Traditionen ist eine Bereicherung und wirkt befruchtend auf die gesamte Gesellschaft. Deshalb gilt es, den Reichtum der kulturellen Ausprägungen und Lebensformen in den deutschen Ländern zu pflegen und im Bildungswesen zu berücksichtigen. In diesem Rahmen muß auch künftig gewährleistet

sein, daß freie Träger ihren Beitrag in den verschiedenen Bereichen des Bildungswesens — von Kindergärten und -horten über Schulen und Hochschulen bis hin zur Weiterbildung — angemessen einbringen können.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Ausdrücklich wollen wir auch die Fragen der Arbeitslosigkeit zur Sprache bringen. Vor allem das Leben in den Ländern der bisherigen DDR steht im Zeichen rasch steigender Arbeitslosenzahlen. Nicht wenige Menschen sind noch an Arbeitsplätzen tätig, die nicht erhalten werden können. Diese Situation ist bitter, vor allem für die von ihr Betroffenen, die durch die Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft verunsichert sind, die einen neuen Arbeitsplatz suchen und sich umstellen müssen. Weil diese Wandlungen einem guten Ziel dienen, weil sie die Freiheit des Menschen wiederherstellen und Verhältnisse schaffen sollen, die der menschlichen Würde besser entsprechen, haben wir eine erhöhte Pflicht zur solidarischen Hilfe.

Auch auf dem bisherigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch. Doch haben die gute Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Jahren und die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa diese Probleme im Bewußtsein der breiten

Öffentlichkeit deutlich zurücktreten lassen. Zudem ist es gelungen, trotz der Zuwanderung einer großen Zahl von Über- und Aussiedlern die Arbeitslosigkeit doch einzugrenzen. In großem Umfang sind zusätzlich Arbeitsplätze neu entstanden...

Unsere Verantwortung gegenüber Aussiedlern und Asylsuchenden

Zu den Herausforderungen der Gegenwart gehören die großen Wanderungsbewegungen. Angesichts der großen Veränderungen in den Ländern des Ostens, angesichts der heutigen Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten und auch der von den westlichen Ländern immer geforderten Freizügigkeit und der Öffnung der Grenzen werden diese Wanderungsbewegungen auch in Zukunft andauern und werden eine Herausforderung bleiben, der wir uns in Westeuropa nicht entziehen können.

Eine drängende Aufgabe gerade in dieser Zeit ist die Aufnahme von Aussiedlern und ihren Familien. Oft mußten diese deutschen Familien jahrelang auf die Möglichkeit warten, zu uns zu kommen. Als nach dem Kriege mehr als 10 Millionen deutsche Vertriebene kamen, haben wir auch gemeinsame Lösungen gefunden. Sollte das heute in unserem wohlhabenden Land nicht möglich sein?

Eine besondere Herausforde-

rung bleibt die steigende Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden.

Wir verkennen nicht die wachsenden Schwierigkeiten, vor die sich Gemeinden bei der Unterbringung dieser Menschen gestellt sehen. Und doch bleiben wir dem Wort Jesu verpflichtet: „Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25,35).

Wenn Menschen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in ihrer Heimat verfolgt und unterdrückt werden und in unser Land kommen, haben sie Anspruch auf Asyl. Sie aufzunehmen, verpflichtet uns das Grundgesetz. Das Grundrecht auf Asyl darf nicht ausgehöhlt werden, wenngleich seine Verwirklichung derzeit Probleme und Engpässe mit sich bringt...

Verantwortung für Entwicklung und Frieden

Viele äußern die Befürchtung, daß die Europäische Gemeinschaft und insbesondere wir Deutschen wegen der Entwicklung hier in Europa die Not und Bedürfnisse der armen und unterentwickelten Länder weniger beachten als bisher. Gewiß: Die Möglichkeiten solidarischer Hilfe sind nicht unerschöpflich. Doch darf dies kein Nachlassen unserer Bereitschaft im Engagement auch für die „Dritte Welt“ zur Folge haben.

Denn nicht nur in Europa, sondern mehr noch in der südlichen Hälfte der Erde vollziehen sich —

wenn auch bisweilen stiller und daher weniger offenkundig — Veränderungen, die große Probleme mit sich bringen. Der enorme Anstieg der Weltbevölkerung betrifft im wesentlichen die armen Länder. Trotz großer Anstrengungen können sich hier immer mehr Menschen kaum noch ernähren. Vor allem Kinder leiden unter der bitteren Armut. Zugleich aber befindet sich das Zentrum der wirtschaftlichen Macht, des Reichtums und des Energieverbrauchs nach wie vor im Norden. Die enorme Kluft, die hier besteht, birgt zudem eine große Gefahr für den Weltfrieden in sich. Die sozialen Spannungen in manchen Ländern der Südre-gion unserer Erde führen immer wieder zu kriegelischen Konflikten...

Verantwortung für die Schöpfung

In fast ganz Europa, mit Gewißheit in Deutschland, wird mehr und mehr anerkannt, daß ein besserer, umfassenderer Schutz der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens dringend erforderlich ist. Die Schöpfung zu bewahren ist zu einer großen Herausforderung auch der Politik geworden. Es sind sogar viele Menschen der Auffassung, daß jede Politik, die der menschlichen Würde entsprechen will, auch dafür sorgen muß, daß der relative Eigenwert der nicht-menschlichen Schöpfung nicht verletzt wird.

Aus christlicher Sicht hat Gott dem Menschen die Erde anvertraut und ihn beauftragt, sie zu bebauen und zu behüten (*Gen 2,6; 3,23*). „Wir Menschen sind vom Schöpfer berufen“, die Erde „zu gestalten, zu nutzen und ihrer Erhaltung zu dienen“. Daraus folgt, daß auch die Zukunft und vor allem die Lebensbedingungen der uns nachfolgenden Generationen Beachtung verlangen. Es folgt zudem, was wir in unserer Erklärung „Zukunft der Schöpfung — Zukunft der Menschheit“ betont haben: „Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Je mehr er kann, desto größer wird seine Verantwortung.“ Diese Aussage gilt unverändert. Die heutigen Erkenntnisse über ökologische Zusammenhänge fordern den verstärkten Einsatz unserer Kräfte zur Bewahrung der Schöpfung...

Zum Verhältnis von Kirche und Staat

Die Herstellung der Einheit Deutschlands legt es nahe, daß wir kurz einen Blick auf das Verhältnis von Kirche und Staat in der Bundesrepublik Deutschland werfen. Das Zweite Vatikanische Konzil hat in einer allgemein gültigen Weise erklärt, daß politische Gemeinschaft und Kirche auf jeweils ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom sind. Beide aber, Kirche und Staat, haben das Ziel, den Menschen zu dienen. Diesen Dienst können sie um so wirk-samer leisten, je mehr sie bemüht

sind, sowohl die unterschiedlichen Zuständigkeiten zu achten als auch überall dort zusammenzuarbeiten, wo es das Wohl der Menschen verlangt. Staat und Kirche sind keine Rivalen oder gar Gegner, noch dürfen sie einander ignorieren.

Die deutschen Bischöfe sind dafür dankbar, daß das Grundgesetz das Grundrecht der Religionsfreiheit anerkennt. Es gibt der Kirche einen Freiheitsraum, der es ihr gestattet, im Bereich von Schule und Hochschule, in den karitativen und sozialen Diensten und allgemein im gesellschaftlichen Leben ihren Verkündigungs- und Heilsauftrag zu erfüllen. Künftig wird dieser Freiheitsraum auch den Christen und den Kirchen in den fünf neuen Bundesländern offenstehen und im geeinten Deutschland die Beziehungen von Staat und Kirche prägen.

Das Grundgesetz sichert in Artikel 7 die Erteilung des schulischen Religionsunterrichts als ordentliches und den übrigen Lehrfächern gleichberechtigtes Lehrfach. Darin kommt die Bedeutung zum Ausdruck, die es dem Religionsunterricht im Hinblick auf die Wertorientierung der jungen Menschen, aber auch auf die Verantwortung beimißt, die diese im persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben übernehmen sollen. In unserem Land, wo die öffentlichen Schulen bei weitem in der Mehrzahl sind, kann es dem Staat nicht gleichgültig sein, ob das christli-

che Menschen- und Gesellschaftsbild, das unsere gesamte Kultur mitprägt, auch ein integrierender Teil des Unterrichts ist.

Schluß

Geschichte und Kultur in Deutschland und Europa sind vom Glauben und der christlichen Sicht des Menschen und seiner Stellung in der Gesellschaft zutiefst geprägt. Diesem Erbe müssen wir treu bleiben. Ob die Christen in unseren Kirchen heute und morgen beten und die Kraft schöpfen werden, um die großen Aufgaben in Familie, Gesellschaft und Politik, in Europa und in der Beziehung zu den Menschen der ganzen Welt zu verwirklichen, dies hängt von unserem Glauben ab.

Wenn die Christen und die Kirche auch im Europa der Zukunft Zeichen der Hoffnung bleiben wollen, dann müssen wir die Freude am Glauben, die Freude an der in Christus geschenkten Zukunft wieder neu entdecken. Wie könnten wir Sauerteig in einer Welt voller Aufgaben und Fragen sein, wie könnten wir unseren Beitrag zu einer menschenwürdigen Gesellschaft leisten, wenn wir mutlos und ängstlich wären?

Mit allen, die sich in Deutschland und ganz Europa der Würde des Menschen, der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verschrieben haben — entschieden und nüchtern, voller Tatkraft und mit Bedacht —, werden wir Katho-

liken, die Bischöfe und alle Schwestern und Brüder in Christus, danach streben, den richtigen Weg in dieser Zeit zu finden und zu beschreiten.

Die deutschen Bischöfe vom 27. September 1990.

AGKVD legt Erklärung zur Menschenrechtsarbeit vor

„Wir sind überall dort herausgefordert, wo Menschen in ihren Rechten mißachtet werden, soziale Benachteiligungen erfahren und in menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen... Wir dürfen nicht untätig zusehen angesichts von Folter, Apartheid, Völkermord und der Unterdrückung elementarer Freiheitsrechte. Denn wir haben aus der eigenen leidvollen deutschen Geschichte lernen müssen, daß, wer schweigt, mitschuldig wird“, heißt es in einer Erklärung, die der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands am Freitag, dem 23. September, anläßlich der 11. Delegiertenversammlung der Öffentlichkeit vorstellte.

Die Arbeitsgemeinschaft, die sich von Freitag bis Sonntag in Bonn-Bad Godesberg traf, hat sich auf dieser Tagung besonders mit der Menschenrechtsarbeit der katholischen Verbände befaßt.

Die Menschenrechte gründeten letztlich in der unveräußerlichen Würde jedes Menschen als Person und Ebenbild Gottes, heißt es in der Erklärung des Vorstandes. Auf diesem Menschenbild basiere der Einsatz der Katholiken für die Menschenrechte.

In der Erklärung werden die Verbände aufgefordert, bei ihrer Menschenrechtsarbeit sich solidarisch zu verbinden mit allen Menschen, die das gleiche Ziel verfolgen, und die Zusammenarbeit zu suchen mit Organisationen, die sich Menschenrechtsverletzungen besonders annähmen.

Menschenrechtsarbeit, so wird weiter ausgeführt, heiße konkretes Eintreten für den Schutz des menschlichen Lebens von seinem Anfang bis zu seinem Ende, das Bemühen um den Abbau sozialer Ungerechtigkeit und der Einsatz für die Überwindung von Hunger und Elend in der Welt sowie für die Schaffung eines echten Friedens und für weltweite Entwicklung.

„Als katholische Verbände sehen wir“, so heißt es in der Erklärung darüber hinaus, „eine besondere Aufgabe darin, für das Recht auf Religionsfreiheit einzutreten und Menschen, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden, unsere Solidarität zu zeigen.“

Ausdrücklich hervorgehoben wird, daß das Wirkungsfeld des Christen im eigenen Land beginne. Dies gelte auch für die Förderung der Menschenrechte.

Wo immer es nötig erscheine, müßten die katholischen Verbände aber auch auf gravierende Verletzungen der Menschenrechte in anderen Ländern öffentlich hinweisen. Sie müßten alle zulässigen Möglichkeiten, bis hin zum direkten Gespräch mit den jeweiligen Regierungen nutzen, damit Unterdrückung, Terror und Folter abgeschafft würden. Einen solchen Druck auszuüben sei keine unzulässige Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staates. Die Aktionen müßten stets darauf gerichtet sein, tatsächliche Verbesserungen und Erleichterungen für die Menschen zu erreichen.

An den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung richtet die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände die Erwartung, daß sie in ihrer Politik nach innen und außen die Menschenwürde achteten und die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte in der alltäglichen Verfassungswirklichkeit auch nach Kräften mit Leben erfüllten.

Als konkrete und aktuelle Problemfelder werden der Schutz des Lebensrechts der ungeborenen Kinder und die Aufnahme der deutschen Spätaussiedler genannt.

Menschenrechte gälten aber nicht allein für die Bundesbürger,

sondern für alle Einwohner der Bundesrepublik — auch für die ausländischen Mitbürger, für Asylsuchende und für ethnische Minderheiten wie Sinti und Roma, so wird in der Erklärung betont.

Darüber hinaus erschöpften sich die Menschenrechte nicht in bürgerlichen Freiheiten. Vielmehr müsse alles dafür getan werden, damit jeder Bürger seine sozialen Rechte, wie z.B. sein Recht, den Lebensunterhalt durch eine gerecht entlohnte Arbeit zu sichern, in vollem Umfang wahrnehmen könne.

Bei gravierenden Verletzungen der Menschenrechte in anderen Staaten erwartet die Arbeitsgemeinschaft von der Bundesregierung, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden und völkerrechtlich zulässigen Mittel anwendet und daß sie sich insbesondere verstärkt dafür einsetzt, daß die Vereinten Nationen auf der Grundlage gesicherter Finanzen ein wirksames Instrument zur Sicherung und Förderung der Menschenrechte in aller Welt sein können.

Politische Maßnahmen, so wird weiter ausgeführt, seien allerdings nur dann glaubwürdig, wenn sie ohne Unterschied gegenüber allen Staaten praktiziert würden.

(Nach ZdK-Mitteilungen 311/88 vom 26.9.1988)

Menschenrechts- verletzungen unserer Tage — Zeugen berichten

Gelobt sei Jesus Christus. Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, den deutschen Katholiken und speziell der Führung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken recht herzlich für all das zu danken, was sie für mich geleistet haben. Gerade Herr Prof. Maier war sehr in meiner Angelegenheit engagiert. Ich habe ein Originaldokument der Anklageschrift gegen mich mitgebracht, und dieses Dokument soll in Kürze veröffentlicht werden. Dann wird man zur Kenntnis nehmen, wofür ich verurteilt worden war.

Für die christliche Welt und vor allem für die Katholiken ist es notwendig, sehr vorsichtig die Dinge anzugehen, die jetzt in der Sowjetunion stattfinden. Es ist viel von Glasnost und Perestrojka die Rede. Die Tatsache, daß ich aus dem Konzentrationslager freigelassen und gleichzeitig ausgebürgert wurde, ohne das Recht, in die Heimat zurückzukehren, ist noch kein Zeichen von Perestrojka, sondern ist ein taktischer Schritt des Politbüros. Denn gleichzeitig sitzen noch weiterhin etwa zweitausend ukrainische Katholiken in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Bis zum heutigen Tag

ist die Frage der Legalisierung der ukrainischen-katholischen Kirche noch nicht entschieden. Und dies ungeachtet der Tatsache, daß in den letzten Monaten in verschiedenen Orten der Ukraine Massendemonstrationen der ukrainischen Katholiken stattgefunden haben, an denen sechzig-, siebzig-, achtzigtausend Menschen teilgenommen haben. Allein in Transsilvanien, also in der Karpaten-Ukraine, sind an einem Tag in verschiedenen Orten 130000 Katholiken auf die Straße gegangen, sie haben sich dort zum Gebet versammelt mit der Bitte, daß ihre Kirche legalisiert werde. Die Karpaten-Ukraine ist zwar ein sehr kleines Gebiet von nur zwölftausend Quadratkilometern, aber sie ist mit der Kern, der aktivste Kern unserer Kirche. Fünfundneunzig Prozent der Bevölkerung bekennen sich zur Katakombenkirche, und das gilt ebenso für Leute der Miliz und Leute, die in der Parteiführung stehen.

Ich werde im Westen oft gefragt, wie es dazu kam, daß ich Katholik wurde, da doch mein Vater der Sonderbeauftragte des Politbüros des Zentralkomitees in der Ukraine zum Kampf gegen den sogenannten Nationalismus der Ukraine in den Karpaten war. Ich antwortete darauf: Mein Vater ist ein gebürtiger Karpaten-Ukainer. Und als die russischen Gruppen zu uns ins Karpatia — in die Karpaten-Ukraine — kamen, nannte mein Vater sie Okkupanten. Ich habe ein

schweres Leben hinter mir, aber ich glaube, falls ich mein Leben wiederholen würde, wenn ich noch mal die Wahl hätte, hätte ich für die Sache, für die ich eintrete, wiederum diesen Weg der Gefängnisse und der Konzentrationslager gewählt.

Die sogenannte Glasnost und Perestrojka haben in der Sowjetunion nicht gestern und nicht vor zwei Jahren begonnen. Meine Angehörigen sind heute noch in hohen Posten in der kommunistischen Partei tätig. Dank der Informationen, die ich aus erster Hand habe, kann ich sagen, daß vor zehn Jahren die Führung der UdSSR vor der Frage stand, wie man die Krise, die in der Sowjetunion herrscht, überwinden kann. Es wird wenig Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß seit 1917 die grundlegenden Losungen des kommunistischen Staates sich nicht geändert haben. Solche Perestrojkas, solche Umgestaltungen haben Lenin 1921, Stalin 1945, Chruschtschow, Breschnew und Andropow gemacht, heute macht sie Gorbatschow. Der erste Grund ist: Die UdSSR ist nicht identisch mit Rußland, die UdSSR umfaßt mehr als einhundert von den Russen unterdrückte Nationen. Heute sind sogar Politiker im Westen erstaunt, daß so ein kleines Volk wie beispielsweise die Jakuten ihre Rechte einfordern. Gerade die religiösen Katakombenbewegungen, seien sie islamisch oder christlich-katholisch, haben die Regierung

gezwungen, nach einem Kontrollmechanismus zu suchen, um diese Bewegung in den Griff zu bekommen. Der unpopuläre Krieg in Afghanistan wird ein zweiter Faktor für Perestrojka sein: So möchte ich unterstreichen, daß von den Offizieren, die als Invaliden aus diesem Krieg in Afghanistan zurückgekehrt sind, mehr als neunzig Prozent zu Christen geworden sind. Nur einzelnen dieser Invaliden wurden irgendwelche Privilegien eingeräumt, z. B. gute Pensionen. Die meisten aber wurden ihrem Schicksal überlassen. Diesen Leuten half vor allem die Kirche. Unsere ukrainisch-katholische Kirche hat Missionszentren organisiert, und wir haben mit diesen Soldaten und Offizieren unsere Arbeit aufgenommen. Gott hat im Verlauf von fünf bis sechs Jahren für die Kirche eine legale Dividende gebracht. Die Kirche wiederum gewann zum einen durch den Krieg in Afghanistan, zum anderen aber durch die sowjetische Wirtschaft. Die sowjetische Wirtschaft ist einseitig auf die militärischen Interessen ausgerichtet, denn die Sowjetunion kann sich nur auf militärische Stärke stützen, um zu überleben, das ist die Realität. Diese einseitig auf Militärinteressen ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat den Staat in eine Krise geführt: Die Landwirtschaft ist in einem sehr schlechten Zustand, in Gebieten wie Zentralrußland, in Sibirien und anderswo werden Grundnahrungsmittel nur noch auf Lebens-

mittelmarken ausgegeben. Und je mehr sich diese Krise verschärft hat, um so stärker wurden die religiösen Bewegungen. In einer solch schwierigen Situation begann die Regierung mit der Suche nach einem Ausweg. Das KGB bemüht sich, Kontrolle über uns zu gewinnen. 1984 nahm es erstmals offizielle Verhandlungen mit dem Zentralkomitee der ukrainischen Katholiken auf. Allein 1987 habe ich persönlich zwei Begegnungen mit Ligatschow gehabt. Ich fragte Ligatschow: „Was hat euch veranlaßt, jetzt plötzlich mit mir zu sprechen, nachdem ihr mich dreißig Jahre lang in Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten und gequält habt?“ Ligatschow sagte: „Wir ändern uns.“ Ich fragte: „Worin liegt dieser Wandel, ihr seid doch Kommunisten?“ Darauf Ligatschow: „Ja, ich bin Kommunist.“ „Das heißt“, sagte ich, „ihr steht weiterhin auf den Positionen von 1917.“ Er antwortete: „Ja, wir stehen weiterhin auf diesen Positionen, denn wir sind Leninisten.“ Darauf sagte ich: „Was sollen wir katholische Christen denn mit Leninisten verhandeln? Im Innern hat sich der Kommunismus nicht gewandelt.“ Er sagte darauf: „Es geht heute nicht nur um den Kommunismus allein, es geht auch um die festgesetzte Bürokratie, die um ihre Privilegien bis zum letzten kämpfen wird.“

Daher sollte der Westen, der christliche Westen, die Katholiken hier, sehr aufmerksam diese Dinge

dort beobachten und vor allem sehr vorsichtig sein mit Hilfe, mit wirtschaftlicher und mit finanzieller Hilfe für den Staat, der weiterhin der schrecklichste Staat in unserer Zeit ist. All das wird erst möglich sein und sinnvoll sein, wenn die Russen tatsächlich Perestrojka und Glasnost realisieren. Es wird von Menschenrechten gesprochen, von dem Recht einer einzelnen Person, aber die Rechte von 7 Millionen ukrainischer Katholiken werden bis heute weiterhin ignoriert. Aber die Frage der Religionsfreiheit in der UdSSR ist heute nur die Oberfläche, darunter stehen die nationalen Fragen der Völker. Bei dem Gespräch mit Ligatschow, sagte ich, es interessiere mich in erster Linie nicht, ob Rußland demokratisch wird, mich interessiere in erster Linie die Freiheit, die Freiheit für unsere Völker. Ich fragte Boris Kaschlow, den Vorsitzenden der sowjetischen Delegation in Wien bei der KSZE-Konferenz, ob er Zweifel habe, daß Rußland jemals demokratisch sein wird. Er sagte: „Warte nur ab, in dreißig oder vierzig Jahren werden wir das demokratischste Land in der Welt sein.“ Ich antwortete ihm: „Bis dahin werde ich wohl nicht mehr leben. Ich will in meinem Leben mein freies Land erleben und dort leben können.“ Seine Bemerkung sollte ein Scherz sein, ein schmerzvoller Scherz. Daher sollten wir Katholiken sehr aufmerksam alle Maßnahmen, alle Angriffe in Richtung des Heiligen Vaters

registrieren und zur Kenntnis nehmen. Die negativen Erscheinungen, die wir heute auch hier im Westen haben, sind mit der Existenz des sowjetischen Imperiums verbunden. Vor kurzem hatte ich Gespräche mit Menschen aus der nächsten Umgebung von Präsident Reagan. Diese Leute sagten mir ziemlich naiv: „Es ist ganz einfach. Rußland wird demokratisch und ihr werdet automatisch eure nationale Freiheit erlangen.“ Es geht uns, den Balten, den Esten, Letten und Litauern, den Armeniern und Ukrainern nicht in erster Linie darum, ob wir Minderheiten unter einem demokratischen, chauvinistischen, totalitären Staat leben. Vielmehr möchten wir in unseren eigenen nationalen, selbständigen Staaten leben. Ich saß in Gefängnissen und Konzentrationslagern zusammen mit russischen Demokraten, doch sie waren nur solange Demokraten, bis wir die Sprache auf Lostrennung unserer Völker von der Sowjetunion brachten. Und sobald wir zur Sprache brachten, daß die Ukraine das Recht haben muß, ein selbständiger Staat zu sein, stellten sie sich sofort auf die Positionen, wie sie genauso heute Gorbatschow vertritt. Deshalb sind die Erklärungen, die heute von der Regierung der UdSSR in dieser Richtung abgegeben werden, mit großer Vorsicht zu genießen, um zu glauben, daß die Russen in der UdSSR tatsächlich es ernst mit Perestrojka meinen, muß man sie

zwingen, die eigene Verfassung zu verwirklichen. Es mag paradox klingen, aber es ist eine Tatsache: Wenn die Russen ihre eigene Verfassung respektieren und verwirklichen würden, würde ich heute nicht hier sitzen und ich hätte im Leben niemals im Gefängnis gesessen. In Artikel 52 der sowjetischen Verfassung steht geschrieben, daß die Religion nicht verboten werden dürfe. Ich fragte einmal meine Richter, warum ich dann verurteilt werde. Sie antworteten mir, ich sei ein Agent des Vatikans und des CIA. Ich antwortete: „Ich habe den Vatikan und den CIA nie im Leben gesehen, ich war niemals dort.“ Unter solchen an den Haaren herbeigezogenen Anschuldigungen wurden wir verurteilt, und das geschieht auch heute noch.

Damit sie diesen ganzen Zynismus und den Schrecken dieses Staates begreifen, darf ich ihnen ein Beispiel erzählen. Vor einem Monat tagte in Kiew das Komitee, das Kriegsverbrecher aus dem Zweiten Weltkrieg sucht. Dieses Komitee hat eine Broschüre herausgegeben, in der steht, daß Herr Terelja ein Wolf ist. Im Radio wurde gleichzeitig verbreitet, ich hätte im Jahre 1947 mit einer Bande von ukrainischen Nationalisten Dörfer überfallen und Leute umgebracht. Ich habe ein Schreiben an den sowjetischen Botschafter in Kanada geschrieben und dankte ihm, daß er mich als Dreijährigen in die ukrainische aufständische Armee

eingeschrieben hat. Am Ende des Briefes habe ich geschrieben: „Ich bin stolz, daß ich schon damals mit drei Jahren gegen die Kommunisten gekämpft habe.“ Und das ist noch nicht alles: Hier im Westen werde ich mit meinen Gleichgesinnten, es sind zwei bis drei Personen, mit denen ich eng zusammenarbeite, weiterhin auch das sagen, was der Sowjetunion unangenehm ist, was sie nicht hören will, und unter Umständen auch das, was dem Westen nicht bequem ist. In Toronto wurde schon versucht, mich mit einem Auto zu überfahren. Ich wurde schon mehrmals bestohlen und beraubt. Der erste Konsul der Botschaft in Ottawa namens Borjewski kam kürzlich nach Toronto und hat mich gebeten, in die Sowjetunion zurückzukehren, und ich fragte ihn: „Mache ich euch Schwierigkeiten?“ Er sagte mir ganz offen: „Das, was du hier als ein Sohn von Kommunisten von dir gibst, gefällt mir tatsächlich nicht.“ Denn mein Vater ist in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien bekannt. Er hat mit Tito zusammen gekämpft, und es wäre vielen wohl lieber, wenn sie mich unter Kontrolle hätten. Es sei wohl ein Fehler gewesen, mich freigelassen zu haben. Und man kann sich vorstellen, wenn dieses Komitee zur Suche nach Kriegsverbrechern mich im Alter von drei Jahren zu einem Kriegsverbrecher gemacht hat, dann kann man sich natürlich vor-

stellen, welche eine Hexenjagd auf andere Leute dort und noch hier im Westen betrieben wird. Und dies alles geschieht ungeachtet der Tatsache, daß die einzige Waffe, die ich jemals gebraucht habe, auch in der Zeit in den Lagern und Gefängnissen, die Bibel war.

In Rußland müßten grundlegende Voraussetzungen und Bedingungen für eine tatsächliche Demokratisierung geschaffen werden, und das heißt auch Legalisierung nicht nur unserer ukrainischen Kirche, sondern aller Kirchen, aller Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus muß schrittweise auch das wirtschaftlich-politische System geändert werden, und zwar auf Dauer, denn alle bisherigen Perestrojkas und die Versuche von Glasnost habe bislang mit Null geendet.

Josyp Terelja

Anmerkung der Redaktion:

Dieser aus dem Jahr 1988 stammende Bericht zeigt die Praxis von Menschenrechtsverletzungen auf. Was der Verfasser in seinem letzten Absatz anspricht, ist im Jahr 1990 — vor allem was die Religion und ihre Ausübung betrifft — legalisiert worden. Es wird teilweise auch bereits praktiziert. Dabei sind aber immer noch Hindernisse und administrative Schwierigkeiten zu überwinden. (bt)

Menschenrechtsverletzungen in 138 Ländern

Kirchenmitarbeiter sind Opfer von Diskriminierung, Folter und Mord

Mehrere tausend gewaltlose Zivilisten sind nach Angaben der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) im vergangenen Jahr Opfer von Haft, Folter und staatlichem Mord geworden. Wie aus dem ai-Jahresbericht für 1989 hervorgeht, sind besonders bei der Unterdrückung von ethnischen Minderheiten und nach Eigenständigkeit strebenden Nationalitäten viele Menschen ums Leben gekommen; so zum Beispiel in der Sowjetunion, in Jugoslawien, in China, im Irak, auf Sri Lanka sowie in den Ländern Äthiopien, Myanmar (Birma), Somalia und im Sudan.

„Ganze Dorfgemeinschaften wurden allein wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit erschossen“, heißt es in dem Bericht, der Menschenrechtsverstöße in 138 Ländern der Erde auflistet. In allen Teilen der Welt wurden demnach Menschen im Verhör oder als Bestrafung von Polizei- und Militärangehörigen gefoltert. In mehr als siebenzig Ländern der Erde sind nach Erkenntnissen von ai Menschen einzig aus politischen Gründen inhaftiert. Der Jahresbericht

dokumentiert außerdem zahlreiche Fälle, in denen Menschen wegen ihres religiösen Bekenntnisses diskriminiert, verhaftet und mißhandelt wurden.

In mehreren Entwicklungsländern wurden nach Angaben von ai katholische Priester, Ordensleute und Kirchenmitarbeiter ermordet, weil sie sich für die Achtung von Menschenrechten und für benachteiligte Bevölkerungsgruppen einsetzen; zum Beispiel in Brasilien. „Pater Gabriel Maire, ein französischer Priester, wurde im Dezember erschossen. Vor seinem Tod hatte Pater Maire vor der örtlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden eine Erklärung abgegeben, daß er wegen seiner Arbeit zugunsten der landlosen Bevölkerung Todesdrohungen erhalten habe, die seiner Meinung nach auf das Konto von Polizeibeamten gingen“, heißt es in dem Jahresbericht. Die Menschenrechtsorganisation schildert darin auch den Mord an dem gelähmten holländischen Pater Nicolas van Kleef in Panama: „Soldaten requirierten am Wahltag sein Fahrzeug, als er per Lautsprecher die Uhrzeiten für den Gottesdienst bekanntgab, und töteten ihn durch Schüsse in den Nacken.“

Gefährlich leben Christen nach Einschätzung der ai-Mitarbeiter nach wie vor in China: „Mehrere kirchliche Gruppen sahen sich Repressalien ausgesetzt. Einige ihrer Mitglieder wurden verhaftet, weil sie sich ohne Genehmigung reli-

giös betätigt hatten. Festgenommen wurden mehrere katholische Priester und Seminaristen, die außerhalb der amtlichen Patriotischen Katholischen Vereinigung ihren Glauben praktiziert hatten. Drei im Januar in der Provinz Hebei inhaftierte katholische Seminaristen sollen in Polizeigewahrsam nackt ausgezogen, geschlagen, mit Zigaretten verbrannt und gezwungen worden sein, sich auf den kalten Zementboden zu legen.“

In Ägypten wurden nach Darstellung der Menschenrechtsorganisation „einige Personen, die vom Islam zum Christentum konvertiert waren, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftiert“. Auch in Indonesien seien „trotz der offiziellen Politik religiöser Toleranz“ Personen wegen der Ausübung ihres Glaubens festgenommen und zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. In Nepal erhielten nach Informationen mindestens 22 Gefangene „wegen Übertritts zum christlichen Glauben oder Proselytentum — beides gilt nach dem nepalesischen Strafgesetzbuch als Straftat — Freiheitsstrafen zwischen acht Monaten und sechs Jahren“.

Vergrößert hat sich die Religionsfreiheit nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation in der Tschechoslowakei und in der Sowjetunion, wo die Religionsgemeinschaften allerdings weiterhin gezwungen sind, „sich offiziell registrieren zu lassen, was gleich-

zeitig bedeute, daß sie sich bereit erklären mußten, auf die Ausübung bestimmter Rechte zu verzichten“. Sie dürfen beispielsweise nicht für ihren Glauben werben und Kindern Religionsunterricht erteilen.

(aus Informationen — Int. Kath. Jugendwerk II/1990)

Menschenrechte als Maßstab und Faktor der Politik

Thesen

1. Die Menschenrechte sind heute global in aller Munde, zugleich beobachten wir schwerste Menschenrechtsverletzungen in vielen Teilen der Welt. Aus dieser widersprüchlichen Lage resultieren Chancen und Erfordernisse einer aktiven Menschenrechtspolitik.
2. Die Menschenrechte finden zwar Anhaltspunkte in den Weisheits- und Tugendvorstellungen verschiedener Kulturen, konkretisiert und kodifiziert aber wurden sie im Laufe der (west)europäisch-nordamerikanischen Geschichte, prägnant seit der Amerikanischen und der Französischen Revolution.

3. Im 20. Jahrhundert hat sich nach der Erfahrung zweier Weltkriege und aufgrund der heutzutage weltweiten Kommunikation eine Tendenz zur Universalisierung in der (zumindest verbalen) Anerkennung der Menschenrechte ergeben (UNO-Pakte, europäische, gesamtamerikanische, afrikanische Menschenrechtskonventionen, Helsinkiabkommen usw.). Damit sind wichtige Grundlagen für Konfliktregelungen und Verständigungsbemühungen geschaffen.

4. Dennoch ist das Verständnis der Menschenrechte weiterhin zutiefst kontrovers: Die kommunistischen Regime und viele Entwicklungsdiktaturen leiten die Geltung der individuellen Freiheitsrechte vom Staat ab und machen ihre Gewährleistung vom parteiischen Wohlverhalten abhängig. Sie richten sich damit gegen das westliche (und zugleich originäre) Grundverständnis, daß die Menschenrechte dem Staat vorgegeben sind und zu ihrem Schutz einen demokratischen, gewaltenteiligen Rechtsstaat erfordern. Gorbatschows „Perestrojka“ wird langfristig daran zu messen sein, ob sie sich entscheidend auf dieses Verständnis zubewegt.

5. Die unterdrückten Völker verlangen immer deutlicher und gebieterischer nach sicherer Gewährleistung der Menschenrechte, gerade auch der individuellen Freiheitsrechte. Wir würden diese Völker im Stich lassen und bei ihnen Vertrauen einbüßen, wenn wir

nicht eine (differenzierte, aber durchaus) offensive Menschenrechtspolitik betrieben. Diese bedarf der inhaltlichen Fundierung.

6. Die Menschenrechte gründen in einem Menschenbild, das von der Würde der Person ausgeht und deren entscheidende Auszeichnung in der individuellen Freiheit erblickt, die sich notwendig zur politischen Freiheit erweitert. Die Person ist substantiell Einzel- und Sozialwesen zugleich.

7. Die wesentlichen Momente der individuellen Freiheit sind Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Sittlichkeit, Partizipation sowie Wahl- und Entscheidungsfreiheit. Ihnen korrespondieren als wesentliche Momente der politischen Freiheit (der freiheitlichen politischen Ordnung) Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, Demokratie und Pluralismus. In allen diesen zusammengehörigen (oft in Spannung zueinander stehenden, niemals zu isolierenden und zu verabsolutierenden) Momenten erweist sich die Freiheit als verantwortliche und ethisch gebundene Freiheit.

8. Als solche ist die Freiheit an die Beachtung und Verwirklichung anderer Grundwerte verwiesen. Unter ihnen sind der Schutz des Lebens, rechtliche Gleichheit und soziale Gerechtigkeit besonders hervorzuheben.

9. Die Menschenrechtserklärungen sind geschichtliche Versuche, die in diesen Grundwerten festgehaltenen ethischen Prinzipien des

menschlichen Zusammenlebens und der Politik juristisch zu präzisieren. Sie gehen als Grundrechte der Bürger in die demokratischen Verfassungen ein. In diesen (z.B. im GG) sind sie als Freiheits-, Partizipations- und Sozialrechte verankert (und werden gemeinhin so unterschieden). Diese drei Grundarten von Menschenrechten gehören bei aller gebotenen Differenzierung zusammen, gerade im inzwischen entwickelten westlichen Verständnis; sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

10. Deshalb und um der Glaubwürdigkeit einer weltweit offensiv zu vertretenden Menschenrechtspolitik willen stellen sich für uns im eigenen Land einige vordringliche Aufgaben: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Schutz des Lebens (insbesondere des ungeborenen), die Kontrolle der Gentechnologie, die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, Ausländern und Aussiedlern, die Verstärkung der Entwicklungshilfe, die Schärfung des Rechtsbewußtseins auf allen gesellschaftlich-politischen Ebenen, schließlich und ganz besonders die aktive Förderung der politischen Union Europas (erst West-, dann Gesamteuropas vom Atlantik bis zum Bug).

*Alexander Schwan (FU Berlin)
(Vorgetragen auf der 11. Delegiertenversammlung der katholischen Verbände Deutschlands vom 23.—25. 9. 1988 in Bad Godesberg)*

Neuer Katho- lischer Militär- bischof für die Bundes- wehr

Erzbischof *DDr. Johannes Dyba* (61), Bischof von Fulda, ist am 30. November von Papst Johannes Paul II. zum neuen „Katholischen Militärbischof für die Bundeswehr“ ernannt worden. Er tritt die Nachfolge des Bamberger Erzbischofs *Dr. Elmar Maria Kredel* (68) an, der das Amt zwölf Jahre innehatte. Die Seelsorge an Soldaten ist Dyba nicht fremd, als Diözesanbischof besuchte er Bundeswehr-Standorte in seinem Bistum. In er-

sten Stellungnahmen beschrieb er seine Ziele: Den Soldaten, vor allem den Wehrpflichtigen sollten sinndeutende Zeichen für ihr Leben aufgezeigt werden, so daß die Zeit beim Bund geistig nicht verloren sei. Außerdem will sich der Oberhirte für eine gute Betreuung der katholischen Soldaten in den neuen Bundesländern einsetzen. Es dürfe keine „Zweiklassenseelsorge“ geben.

(Kompas Nr. 26/14. 12. 1990)

Militärseelsorge in den neuen Bundesländern

Bis spätestens Mitte 1992 will das Katholische Militärbischofsamt nach den Worten seines Generalvikars Ernst Niermann in den neuen Bundesländern ähnliche

seelsorgliche Strukturen errichten wie in den alten Ländern. Im Unterschied dazu werde jedoch die Militärseelsorge in der ehemaligen DDR in einem wesentlich stärkeren Maße von nebenamtlichen Militärseelsorgern ausgeübt, erklärte Niermann am Donnerstag vor Journalisten in Bonn. Nach seiner Schätzung werden in den neuen Bundesländern demnächst drei bis fünf hauptamtliche und etwa ein Dutzend nebenamtliche Militärseelsorger eingesetzt. Unter Berufung auf eine Studie des Instituts für Demoskopie in Allensbach sagte der Generalvikar, daß rund fünf Prozent der 16- bis 29jährigen in den neuen Ländern Katholiken seien. 79 Prozent seien nicht Mitglied in einer Konfession oder ausgetreten.

Niermann kündigte an, daß zu Beginn des kommenden Jahres Militärdekan Heinrich Hecker an den Truppenstandort Strausberg im Bundesland Brandenburg versetzt werde. Seine Aufgaben seien die Intensivierung der Kontakte zu den sechs kirchlichen Jurisdiktionsbezirken in Ostdeutschland, die Beobachtung der von der Bundesregierung angekündigten Umstrukturierung der Bundeswehr im Osten sowie die Beratung von Geistlichen, die neben ihrer Tätigkeit als Gemeindepriester auch Soldaten seelsorglich betreuen. Wenn das Verteidigungsministerium entschieden habe, welche Standorte weiterbeständen, werde das Militärbischofsamt rasch rea-

gieren und Militärseelsorger beauftragen. „Wenn der Schnee weg ist, wachsen neben dem Gras auch die Pfarrer aus dem Boden“, sagte Niermann mit Blick auf die kommenden Monate. Derzeit sei jedoch noch unklar, welche Standorte der ehemaligen NVA die Bundeswehr weiterführen wolle. Momentan betreuten vielfach Gemeindepriester die Soldaten in den neuen Ländern. Die Grundlage für die Militärseelsorge in Deutschland ist im Reichskonkordat festgeschrieben. Rechtlich unstrittig ist, daß spätestens seit dem 3. Oktober dieses Jahres der katholische Militärbischof für alle Soldaten in Deutschland zuständig ist.

(KNA)

Am Religions- unterricht scheiden sich die Geister

In den Ländern Mittel- und Ost- europas ringt die Kirche um Einfluß

In der Auseinandersetzung um die künftigen Gesellschaftsordnungen der Länder Mittel- und Osteuropas steht die katholische Kirche vor einer völlig neuen Situation: Sie muß sich nach dem Wegfallen der staatlichen Unterdrückung einen Platz im freien Spiel der Kräfte suchen. In den traditionell katholisch geprägten Ländern wie Polen und Ungarn sowie im katholischen Teil der Tschechoslowakei versucht die Kirche derzeit, einiges von ihrem früheren Einfluß zurückzugewinnen. Besonders wichtig sind dabei die Schulen. Mit der Wiedereröffnung katholischer Schulen einerseits und der Einführung des Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen andererseits versucht die Kirche im Bildungssektor wichtige Positionen zu besetzen.

Am weitesten ist die Kirche mit diesem Vorhaben in Polen gekommen. Schon seit einigen Jahren unterhält sie ein dichtes Netz von Räumen für die Katechese, das noch vor der Wende in eigener Regie aufgebaut wurde. Darüber hinaus haben die Bischöfe durch eine Absprache mit der Regierung Mazowiecki nun auch beim Religionsunterricht in den öffentlichen

Schulen die führende Rolle übernommen. Der katholische Religionsunterricht wurde in diesem Schuljahr erstmals als Pflichtfach eingeführt — allerdings mit der Wahlfreiheit, ersatzweise Ethik zu belegen, ähnlich wie an deutschen Schulen. Im Fach Religion können Noten gegeben werden, die jedoch nicht in den Notendurchschnitt eingerechnet werden dürfen. Ferner werden in den Klassenzimmern wieder Kreuze aufgehängt, und es wird vor und nach dem Unterricht gebetet, sofern kein Schüler daran Anstoß nimmt.

Nach dem ersten Jubel über den Durchbruch an den Schulen machen sich in jüngster Zeit allerdings Zweifel in der Kirche breit, ob man nicht zu weit gegangen ist. Die anderen Konfessionen, vor allem Orthodoxe und Protestanten, fühlen sich übergangen. Vor dem Verfassungsgericht wird derzeit ein Verfahren gegen die Vereinbarung behandelt, die von liberalen und linken Kritikern als verfassungswidrig angesehen wird. Aber auch die katholischen Laien wollen in ihrer Mehrheit offenbar kein Pflichtfach Religion an den Schulen, nur etwa zehn Prozent sprachen sich bei einer Umfrage für diese Möglichkeit aus.

Ganz anders ist die Lage in der ČSFR. Aus der tschechischen Teilrepublik, die traditionell weniger kirchenfreundlich ist, liegen keine Berichte über einen Religionsunterricht vor. In der slowakischen

Teilrepublik der ČSFR hat die Kirche ihr Ziel jedoch teilweise durchgesetzt. Nach Verhandlungen mit dem Unterrichtsministerium wurde vereinbart, daß der Religionsunterricht in den regulären Schulen angeboten werden kann, allerdings nur freiwillig und außerhalb des normalen Stundenplans. Daneben wurden im Erzbistum Tyrnau die ersten vier katholischen Privatschulen seit 1948 wieder eingeweiht. Der Ausbau dieses Sektors ist freilich mühsam, da es an Lehrkräften, Schulmaterial und entsprechenden Gebäuden fehlt.

In Ungarn, wo die Kirche bis zur Machtübernahme der Kommunisten ein Netz von 2000 Schulen unterhielt, ist der Religionsunterricht ebenfalls als freiwilliges Fach an die Schulen zurückgekehrt. Es scheint, daß die Regierung in Absprache mit den Konfessionen eine „pluralistische Lösung“ gefunden hat. Die jeweiligen Kirchen sind für den Unterricht und die Ausbildung der Lehrer verantwortlich. Noten werden nicht gegeben, und die Konfession der Schüler darf nicht offiziell vermerkt werden. Die Einführung eines alternativen Faches wie Ethik oder „Religionskunde“ ist geplant. Nach Auskunft des Unterrichtsministers haben sich bislang etwa 60 Prozent der katholischen Schüler für das Fach entschieden. Noch ist nicht abzusehen, ob die Kirchen der Nachfrage mit einem ausreichenden Angebot an Lehr-

kräften überhaupt gerecht werden können.

Ludwig Ring-Eifel (KNA)

(aus Informationen — Int. Kath. Jugendwerk II/1990)

Aufbruch im Osten: Herausfor- derung für die Kirche

Dieses Thema war das Programm des 40. Internationalen Kongresses „Kirche in Not“ vom 30. August bis 1. September in Königstein im Taunus. Nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und des Kommunismus sehen sich die Christen der Kirche östlich der Elbe vor neue Aufgaben gestellt. Die katholische Kirche muß ihre Positionen in den pluralistischer werdenden Gesellschaften bestimmen. Neue Aufga-

ben stellen sich auch den Laien in diesen Ländern. Christen müssen Stellung beziehen zu den Fragen von Nation und Nationalismus.

Es war ein Kongreß der Alten und der Priester. Redner und Vertreter der Kirchen des Ostens übten viel Selbstkritik und zeigten sich verunsichert. Die Suche nach neuen Zielen, nachdem der äußere Gegner weggefallen ist, und die Unsicherheit in der Bestimmung klarer Wege in vielen Fragen bestimmten die Tagung. Nach dem Kampf ist nun Zeugnis zu geben, das ist viel schwieriger. Die Kirche ist im Osten notwendigerweise hierarchisch geworden und in der Seelsorge stark bürokratisiert. Beklagt wurde der Klerikalismus und die häufig geringe Zahl und das Niveau der Priester. Noch gibt es unnötige Vorbehalte gegen die christgläubigen Laien, bevor diese angenommen werden und ihre Mitverantwortung akzeptiert wird.

Trotz aller offenkundigen Probleme ist die Kirche auf dem rechten Weg. Das Glaubenszeugnis und der unbeirrbar Wille, dem Ruf Gottes zu folgen und in den Bemühungen um die Verbreitung des Evangeliums nicht nachzulassen, sind vorherrschend und Garanten für den Erfolg, nachdem die äußere Freiheit gewonnen wurde.

Für die Kirche in Litauen sprach Pfr. Veilentas. Er mahnte die Hörer, nie zu vergessen, daß der Herrgott seinen reichsten Segen für die Bewältigung neuer Aufgaben und nicht für die Wiederbelebung

der alten spendet. Die Kirche stehe in den baltischen Ländern vor großen Aufgaben, die nur mit Hilfe Gottes und unter Mitwirkung guter Laien erfüllt werden können. Er sei sich mit den Verantwortlichen einig in der Erkenntnis, daß zur Lösung der wesentlichen Probleme nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung stehe, die klug genutzt werden müsse. Vorrangig ist es, die interessierten Laien und vor allem die Jungen aus- und weiterzubilden und der Versuchung zu widerstehen, die Lebensweise in Mitteleuropa in all ihren Formen einfach zu übernehmen.

Prof. Dr. Vencser aus Alba Iulia beschrieb die Lage der christlichen Kirchen in Rumänien. Es gibt über 15 Konfessionen, die Mehrheit von fast 80% ist orthodox. Nach den Orthodoxen bildet die größte Gruppe die römisch-katholische Kirche mit fast 1,5 Millionen Gläubigen. Davon sind 1 Million Ungarn, 300000 Rumänen, ca. 50000 Deutsche und einige andere nationale Gruppen. Die griechisch-katholische (unierte) Kirche hatte bei ihrer Auflösung durch den kommunistischen Staat 1,7 Millionen Gläubige. Ihre heutige Zahl ist noch nicht bekannt. Die Kirche ist formal wieder in ihre Rechte eingesetzt. Alle Bischöfe sind ernannt, und auch die besonders hart verfolgte griechisch-katholische Kirche wurde wieder anerkannt, hat jedoch ihre Kirchen und Pfarrhäuser noch nicht zurückbekommen. Als wichtigste Aufgabe der Chri-

sten wird gesehen, andere Menschen und andere Meinungen zu erkennen und anzuerkennen, dies und Demokratie zu erlernen. Ein großes Problem ist und bleibt die Nationalitätsfrage in Rumänien. Es bestehen unübersehbare Spannungen zwischen den Nationalitäten. Der noch zunehmende Nationalismus und die sich dadurch verstärkenden Spannungen werden von „oben“ gesteuert. Jede der nationalen Gruppen will ihre Identität bewahren, ihre Sprache und Kultur pflegen. Auch innerhalb der katholischen Kirche gibt es diese nationalen Spannungen, die dringend überwunden werden müssen. Abschließend rief Prof. Vencser dazu auf, Rumänien nicht abzuschreiben oder gar zu vergessen, obwohl seine Demokratisierung noch nicht erreicht und seine Probleme noch ungelöst sind.

Über die Lage der Kirche in Ungarn berichtete Pater Dr. Korzenszky. Die Kirche in Ungarn wurde von den politischen Umwälzungen überrascht, sie spielte dabei auch keine Rolle. Die Kirche Ungarns ist beispielhaft für viele andere im Osten auf eine eigenständige, von Politik unabhängige Meinungsbildung nicht vorbereitet. Es fehlt auch die rechte Form der pastoralen Strategie, und es mangelt an gebildeten Christen für die vielfältigen Aufgaben, die sich der Kirche stellen. Nach der Analyse des Paters ist die Kirche Ungarns zwar als Institution eine Kraft, die Massen bewegt, das erlebte Christen-

tum ist aber keine Massenerscheinung. Die gewonnene äußere Freiheit in der pluralistischen Gesellschaft macht eine selbstkritische innere Erneuerung der Kirche Ungarns unerlässlich.

Über die Kirche nach der „sanften“ Revolution in der Tschechoslowakei berichtete Bischof Dr. Koukl. Die Kirche hat ihre völlige Freiheit wiedererlangt. Der äußere Ausdruck dafür ist die Wiederbesetzung aller bisher verwaisten Bistümer, die Einführung des regulären Religionsunterrichtes, die Wiederzulassung der Orden und die Neuerrichtung der theologischen Fakultäten. Die neue Freiheit bringt der Kirche aber auch neue Probleme. Oft sind nicht genügend Priester und qualifizierte Laien vorhanden, um die vielfältigen Aufgaben wahrzunehmen. Die wenigen der Kirche bisher zurückgegebenen Gebäude sind in verfallenen Zustand. Ihre Sanierung erfordert enorme finanzielle Mittel.

In der Ostslowakei ist die Griechisch-Katholische Kirche in einer schwierigen Lage, weil die Orthodoxen sich weigern, den Unierten ihre Kirchen und Pfarrhäuser zurückzugeben. Dies belastet die ökumenischen Beziehungen schwer. Der Bischof dankte abschließend für alle die Hilfen, die die Christen seines Landes in den vergangenen schwierigen Zeiten erfahren haben.

Über die katholische Kirche in der ehemaligen DDR und ihre Positionen im gesellschaftlichen Auf-

bruch berichtete Msgr. Ducke, Berlin. Er erläuterte die Diasporasituation der Kirche, gekennzeichnet durch den Rückgang der Mitgliederzahlen, der sich als Schrumpfung und Überalterung der Gemeinden und der zunehmenden Vereinzelung der Gläubigen auswirkt. Die Kirche sieht sich im Bereich der Werteordnung und im Verhältnis Kirche—Staat—Gesellschaft vor Herausforderungen gestellt. Entscheidend wird es sein, ob es der Kirche gelingt, sich im neuen offenen Wertpluralismus als Wertträger Akzeptanz zu verschaffen. Der Runde Tisch war eine erste „Schule der Demokratie“, auch für die Kirche, der eine Vielzahl von Mängeln der Gesellschaft erkennen ließ. Demokratie müsse erst noch erlernt und im Leben erfahren werden, führte Msgr. Ducke aus. Er schloß mit einem Dank für die vielen Hilfen und dem Wunsch, daß die Bedeutung der kirchlichen Verkündigung als Horizontzerweiterung erkannt wird. Die Kirche in der ehemaligen DDR war besonders dankbar für die Aussagen in *Christifideles Laici*, das schon 1989 in einer ersten Übersetzung vorlag und für die Kirche die Aufgaben der Laien beschrieb. Auch die ersten Erfahrungen mit den freieren Medien waren erschreckend. Für die Kirche war das „Neue Deutschland“ häufig wohlwollender als die „Bild“-Zeitung. Auffallend war die Erkenntnis, wie durch Akzentverschiebungen Verzerrungen der Positionen

erfolgten. Abschließend wies der Redner darauf hin, daß die marxistischen Prägungen im Bewußtsein der Menschen noch lange vorhanden sein werden und Beachtung erfordern.

In den Diskussionen ergaben sich noch einige den Vertretern der Kirche im Osten wichtige Feststellungen:

- Nicht gefällt der praktische Materialismus und das Konsumdenken der Menschen im Westen.
- In Rumänien und Ungarn werden katholische Verbände gegründet für Frauen, Jugend, Akademiker und Pfadfinder.
- In der CSFR ist der Papst der größte lebende Mensch. Die

Kirche ist vor allem geistig orientiert, was sich in der Zahl der Katechumenen und der Charismatiker ausdrückt.

- Die Kirche befindet sich wie ihre Gläubigen in der Lage des im Käfig geborenen Vogels, der sich plötzlich in einem Käfig ohne Stäbe findet und Freiheit lernen muß.

Die Kirche östlich der Elbe steht vor der Frage: Wohin führt der neue Aufbruch? Kirche und Gesellschaft haben neue Möglichkeiten erhalten. Es gilt, sie zu nutzen, und für uns, alles in unseren Kräften stehende zu tun, der Kirche im „Aufbruch“ zu helfen.

Willy Trost

Offiziers- gewerk- schaft in Bulgarien

Am 28.6. dieses Jahres hat das Regionalgericht im bulgarischen

Haskovo die „Georgi Stoikov Rakovski“-Legion ins Amtsregister eintragen lassen, zu deren Präsident Hauptmann Doitschin Boladshiew vorher gewählt worden war. Zu den Gründungsmitgliedern gehören vor allen Dingen junge Offiziere der bulgarischen Armee, wobei auch Reserveoffiziere und Zivilisten dieser gewerkschaftlich-politischen Organisation angehören dürfen, die bereits im September 11000 Mitglieder zählte. Die neue Organisation setzt sich für ein entpolitisiertes Berufssoldatentum, Sicherung des Arbeitsplatzes und bessere materielle und soziale Bedingungen für Be-

rufssoldaten ein. Sie will auch das Ansehen der bulgarischen Armee in der Öffentlichkeit verbessern, wobei vor allen Dingen wieder „die traditionellen Werte der bulgarischen Armee“ eine eminente Rolle spielen sollen. Die Legion betrachtet sich als „nationale und patriotische Gruppe“, die die „nationalen Interessen schützen“ will. Sie hofft, mit „anderen patriotischen Gruppen“ des Landes zusammenzuarbeiten.


Ihr Namenspatron Rakovski war wohl der bestbekannte bulgarische Revolutionär, der gegen die ottomanischen Besatzer mit seinen Emigrantenmilizen erfolgreich kämpfte.

In Bulgarien spielte das Militär stets eine eminente Rolle, so auch bei der Staatsgründung von 1878.

Dieser Einfluß blieb und hielt auch während der kommunistischen Ära an. Es war der vorherige Verteidigungsminister Generaloberst Dobri Dshurow, der schließlich den letzten KP-Chef Todor Shiwkov fallen ließ und somit eine neue Ära in Bulgarien eingeleitet werden konnte (Dshurow trat am 21.9.1990 zurück).

Wie jetzt einer der Offiziere dem bulgarischen Rundfunk mitteilte, gehört zu den bulgarischen Traditionen auch das (orthodoxe) Christentum. So soll auch den Offizieren wieder erlaubt sein, orthodoxe Gottesdienste zu besuchen. Die Legion selbst werde mit der orthodoxen Kirche Bulgariens Kontakt aufnehmen.


Joachim Georg Görlich



radio vatikan

täglich: **6.20 bis 6.40 Uhr**
20.20 bis 20.40 Uhr

MW: 1530
KW: 6190/6210/7250/9645



deutsch

Der Katholische Militär- bischof zur Aufgabe der Kirche unter den Soldaten im vereinten Deutsch- land

Am 3. Oktober 1990 wird unserem deutschen Volk und Vaterland die staatliche Einheit geschenkt. Nach jahrzehntelanger schmerzlicher Trennung hat damit unser Volk endlich die Möglichkeit, sein kulturelles, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben in einem gemeinsamen Staat zu gestalten. Damit ist ein Ziel erreicht, für das zahllose Menschen gebetet, gearbeitet und gelitten haben. Das erfüllt uns Christen mit tiefer Freude und Dankbarkeit gegen Gott, der uns auf diesem Weg geleitet und gestärkt hat.

Wir Christen danken Gott dem Herrn dafür, daß die deutsche Einheit in Freiheit und Frieden erreicht werden konnte. Wir danken ihm für diese Gnade eines Neubeginns in einer geschichtlichen Epoche, in der unser Volk viel Unheil über unsere Nachbarn gebracht und so Schuld auf sich geladen hat.

Wir Christen freuen uns, daß die Einigung unseres Vaterlandes durch den Einsatz unzähliger Menschen in ganz Europa und Nordamerika für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit möglich wurde. Wir wissen zugleich um die Trauer derjenigen Landsleute, die sich des Verlustes ihrer ostdeutschen Heimat heute schmerzlich bewußt sind. Ihr besonderes Opfer verdient unser aller Solidarität und Mitgefühl.

Wir Christen hoffen, daß die Ein-

heit Deutschlands zum Zusammenwachsen aller europäischen Nationen beiträgt. Den Völkern und Staaten unseres Kontinents eröffnet sich damit die Chance, verstärkt gemeinsam für Gerechtigkeit und Frieden in der ganzen Welt einzutreten.

An die katholischen Soldaten

Bestürzende Erfahrungen in der unmittelbaren Gegenwart zeugen von der Notwendigkeit, den Friedensprozeß gegen Rechtsbrecher und Völkerrechtsverstöße zu sichern. Darin ist aus christlicher Sicht ein verantwortlicher Soldatendienst begründet: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution „Über die Kirche in der Welt von heute“ [GS], Nr. 79). So leisten die Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau der Völkergemeinschaft. Die Soldaten der Deutschen Bundeswehr sehen ihren Dienst seit 35 Jahren diesem Ziel verpflichtet. Millionen wehrpflichtiger junger Männer haben das Gemeinwohl der deutschen Nation gefördert. Nicht wenige katholische Christen haben aus innerer Überzeugung als Offiziere und Unteroffiziere freiwillig den Soldatendienst im freiheitlichen und demokratischen Staat ergriffen.

Durch ihren Beitrag zur äußeren Sicherung des freiheitlichen und demokratischen Staates des Grundgesetzes haben die Soldaten der Deutschen Bundeswehr zugleich Verdienste um die Wiederengewinnung der Einheit in Freiheit unseres Vaterlandes erworben. Ihnen gebührt gerade am heutigen Tag Dank und Anerkennung des ganzen Volkes.

Wir wissen auch davon, daß es Männer und Frauen in der bisherigen DDR gab, die ihren Wehrdienst aus Verantwortung um das Gemeinwohl zu leisten bereit waren.

Die politische Leitung, die militärische Führung und alle Soldaten der Bundeswehr im ganzen Vaterland stehen vor großen Aufgaben und Herausforderungen. Als Militärbischof der katholischen Soldaten der Bundeswehr und ihrer Familien bitte ich alle Glieder der „Kirche unter den Soldaten“, sich aus christlichem Glauben und in christlicher Verantwortung bei der Lösung der jetzt anstehenden Aufgaben und Probleme persönlich einzubringen.

Dazu gehört die gerade heute nicht immer leicht mitzuvollziehende Einsicht, in der Erfüllung der Wehrpflicht im demokratischen Staat einen ethisch gebotenen Beitrag zur Sicherung des staatlichen Gemeinwohls zu sehen. Zugleich gilt jedoch, daß auch diejenigen, die aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern, der Aner-

kennung und des Respekts aller sicher sein müssen, sofern sie — wie das II. Vatikanische Konzil lehrt — „zu einer anderen Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft bereit sind“ (GS. Nr. 79).

Die katholischen Soldaten, die als Offiziere und Unterführer Vorgesetzten-Verantwortung in den Streitkräften des vereinten Deutschlands tragen, können aus der Haltung christlicher Liebe wesentlich zur Stiftung menschlicher und kameradschaftlicher Gemeinschaft aller Soldaten der künftigen Bundeswehr beitragen. Damit leisten sie einen Dienst der Versöhnung zwischen denen, die durch die Existenz einer ideologisch fremdbestimmten Armee einander entfremdet wurden.

Auch den Familien der Soldaten, die jetzt heimatfern eingesetzt werden, sind zusätzliche Opfer abverlangt. Es ist zu wünschen, daß sie in dieser Situation Zeichen der Solidarität und Nähe von Christen erfahren.

An die Militärgeistlichen und Seelsorger unserer Kirche

Die katholischen Soldaten der Bundeswehr und ihre Familienangehörigen bilden gemeinsam mit ihrem Militärbischof, seinen Militärgeistlichen und ihren Mitarbeitern eine wirkliche „Kirche unter den Soldaten“. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es — wie die vor kurzem durch unseren Heiligen

Vater, Johannes Paul II., erlassenen „Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“ erneut bestätigen —, den Glauben an Jesus Christus im Gottesdienst (Liturgia), im gemeinsamen Zeugnis (Martyria) und im christlichen Bruderdienst (Diaconia) zu leben. Die alltägliche Lebenswelt der Soldaten und ihrer Familien soll im Geist des Evangeliums gestaltet werden.

Ich bin meinem Mitbruder im bischöflichen Amt, Bischof Leopold Nowak, dem Apostolischen Administrator in Magdeburg, dankbar, daß er kürzlich in einem Presse-Interview das seelsorgliche Interesse der katholischen Kirche betont hat, „die Lebensbereiche der Soldaten und Offiziere mitzugestalten“. Ich werde mich nach besten Kräften in Erfüllung der mir als Militärbischof übertragenen Aufgaben darum bemühen, in enger Zusammenarbeit mit den Bischöfen im Bereich des beigetretenen Teils Deutschlands die Seelsorge für die dem Bundeswehr-Kommando Ost unterstehenden katholischen Soldaten sicherzustellen. Damit entspreche ich auch einer durch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ausdrücklich an mich herangetragenen Bitte.

Heute wende ich mich auch an meine Militärgeistlichen, die Pastoralreferenten und die Mitarbeiter der Katholischen Militärseelsorge. Zuerst danke ich Ihnen für Ihren treuen Dienst in der „Kirche

unter den Soldaten“. Ich bitte Sie, in den Streitkräften des vereinten Deutschlands auch unter den veränderten Bedingungen die seelsorgliche Begleitung der Soldaten und ihrer Familienangehörigen mit Freude und Tatkraft in enger Verbindung mit der Ortsseelsorge zu leisten. Die Soldaten erwarten gerade in der jetzigen Situation Ihre Nähe, die Ermutigung und Stärkung aus der Kraft des Evangeliums. Gerade dem priesterlichen Amt ist der Dienst der Versöhnung in Christus aufgetragen (vgl. 2 Kor. 5,18). Nur so lassen sich die tiefen Verletzungen und Spaltungen unter den Menschen überwinden, die durch das falsche Menschenbild der marxistischen Ideologie verur-

sacht wurden. Unerläßlich ist dabei die mitbrüderliche Hilfe von Bischöfen, Priestern und Pfarrgemeinden in den beigetretenen Bundesländern, ohne deren Mitsorge diese große Aufgabe unlösbar bleiben muß. Die Ortskirchen haben ja in eigener Verantwortung Anteil an der Seelsorge für die katholischen Soldaten. Gemeinsam ist es dem amtlichen Dienst der Gesamtseelsorge in West und Ost aufgegeben, den Soldaten — nicht zuletzt den in die neuen Bundesländer versetzten — und ihren Familien Heimat in unserer gemeinsamen katholischen Kirche zu geben.

Elmar Maria Kredel

Katholische Militärseelsorger feiern Wiedervereinigung

„In Dankbarkeit gegen Gott und in herzlicher Freude mit den Landsleuten in Ost und West“ feierte Militärbischof Elmar Maria Kredel im Rahmen der diesjährigen Gesamtkonferenz für die hauptamtlichen katholischen Militärgeistlichen und Pastoralreferenten aus Anlaß der deutschen Wiedervereinigung am 1. Oktober in der Pfarrkirche St. Martin in Lahnstein ein Pontifikalamt. Kon-

zelebranten waren acht ausländische Militärgeistliche, ein Zeichen — so Kredel — der lebendigen Solidarität mit anderen Völkern.

Der Militärbischof appellierte in seiner Predigt an das christliche Verantwortungsbewußtsein der Gläubigen. Er rief sie auf, sich den neuen Aufgaben, hervorgerufen durch die Wiedervereinigung, zu stellen. Zur Frage nach dem Auftrag der Christen in der Zukunft erinnerte Kredel an die Hilfsbereitschaft der amerikanischen Nation nach dem II. Weltkrieg und an den Idealismus zahlreicher Menschen in der Nachkriegszeit, am Aufbau eines vereinten Europas mitzuwir-

ken. Die Hand der Versöhnung und der Hilfsbereitschaft müsse so weit ausgestreckt werden, daß das friedliche Zusammenleben der Völker nicht fromme Utopie bleibe, sondern Realität werde. Für den Soldaten würde dies bedeuten, daß er seinen Dienst als Dienst am Frieden auch für andere Völker verstehen müsse.

Die Integration von Soldaten der ehemaligen NVA in die Deutsche Bundeswehr sei eine große Herausforderung, sagte Kredel beim anschließenden Gästeabend in der Lahnsteiner Stadthalle. Die notwendige Auseinandersetzung mit der Ideologie jener Armee und ihrem Verständnis vom Soldatendienst bedeute eine Bewährungsprobe für die Innere Führung. Kredel wies bezüglich der Vereinigung auf zwei unaufgebbare Forderungen hin: die Verpflichtung des Soldaten auf den Dienst an der Sicherheit und dem Frieden aller Völker sowie die Beachtung der Menschenwürde bei der Gestaltung des Dienstes.

Bischof Dr. Franz Kamphaus von Limburg, der als Gast geladen war, stellte die Frage nach der Wende am 3. Oktober. Kamphaus: „Gelingt es uns, der Wende gewachsen zu sein mit dem, was wir an Sinngebungskraft an die Entwicklung unseres Volkes und darüber hinaus einzubringen haben?“ Er dankte seinem Mitbruder Kredel, daß dieser in seiner Predigt nicht nur auf die Sicherung der eigenen Nation eingegangen sei,

sondern die Verpflichtung des Militärs und der Seelsorge, den Frieden aller Völker zu erhalten und zu sichern, hervorgehoben habe. Die Möglichkeit, mit unserer Sinngebungskraft in diese Wende einzusteigen, sei nicht zuletzt eine Forderung, der sich die Militärseelsorge zu stellen habe, betonte Bischof Kamphaus.

(KMBA vom 2. 10. 1990)

GKS im BwKdoOst

GKS wirbt Soldaten

Major Richard Schmitt, Mitglied der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und zur Zeit beim Instandsetzungsbataillon 7 in Spremberg, erzählt:

„Eine der ersten Maßnahmen der neuen Kommandeure hier im Braunkohlerevier der Niederlausitz waren Antrittsbesuche bei den Ortspfarrern beider Konfessionen.

Die evangelischen Pfarrer waren vorgewarnt und hatten sich für die erste Begegnung zusammengesetzt. Somit saßen vier Offiziere drei

Pfarrern gegenüber. Die Gesprächsatmosphäre war bestimmt von dem Bemühen, die eigene Position darzustellen. Hierbei stellte sich heraus, daß die Pfarrer erhebliche Probleme mit der Tatsache hatten, Offizieren gegenüber zu sitzen, die sie nicht angriffen, sondern geradezu zur Mitarbeit drängten!

Alles Argumentieren, daß es sich bei der Bundeswehr um eine völlig andere Art von Soldaten und soldatischem Selbstverständnis handelt, half nichts. Sie waren vorerst nicht bereit, eine Kaserne zu betreten. Wenn einzelne Soldaten Bedürfnis nach seelsorgerischer Betreuung hätten, könnten diese genauso gut in das Pfarrhaus kommen.

Es wurde auch die Angst ausgesprochen, in den eigenen Reihen als Verräter betrachtet zu werden. Insgesamt kann man sagen, war und ist die Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche vor Ort nichtexistent.

Die katholische Kirche in Spremberg ist eine Minderheit. Den Pfarrer suchte ich bereits am dritten Oktober nach dem Dankgottesdienst anläßlich der Wiedervereinigung auf. Nach erstem Erstaunen darüber, daß ein Offizier auf ihn zukommt, um Zusammenarbeit anzubieten und für die Seelsorge erste Kontakte zu knüpfen, taute das Eis schnell. Es kam zu einem fast einstündigen, sehr fruchtbaren Gespräch. Bereitschaft sich im Lebenskundlichen

Unterricht zu engagieren, ist vorhanden. Es bedarf jedoch der Hilfe durch einen erfahrenen Militärpfarrer.

Die Suche nach der Kirche unter den Menschen ist sehr mühsam und wenig erfolgreich. Es begann damit, daß ich in meinem Dienstzimmer ein Plakat der Gemeinschaft Katholischer Soldaten aufhängte. Bei meiner Vorstellung vor den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten habe ich auch auf meinen katholischen Hintergrund hingewiesen.

Nach nunmehr sechs Wochen vor Ort kommen nun vereinzelt zaghafte Anfragen nach der Begründung für mein Engagement für die Kirche. Insbesondere die Suche nach dem Sinn des Lebens steht bei diesen Gesprächen im Vordergrund. Die Menschen hier sind vielfach verzweifelt, verunsichert und orientierungslos. Neben den finanziellen und wirtschaftlichen Problemen sind die Unfähigkeit zu sozialem Verhalten, weit verbreiteter Alkoholismus und Bindungslosigkeit die schwierigsten Problemfelder. Hier liegt ein wichtiges Betätigungsfeld für die Kirchen.“

(Kompaß Nr. 26)

Priester lädt ein

Oberstleutnant Karl-Jürgen Klein, Vorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Wehrbereich III und zur Zeit Kommandeur des Instandsetzungsbatallion 1 in Potsdam berichtet:

Im November besuchten die Teilnehmer der diesjährigen Offiziersakademie an der Katholischen Akademie Schwerte die Kaserne in Potsdam. Unter ihnen der katholische Wehrbereichsdekan III, Prälat Hermann-Josef Kusen. Die Teilnehmer besichtigten unter der Führung ehemaliger NVA-Offiziere die Kaserne.

Schon während des Rundgangs diskutierte Dekan Kusen sehr intensiv mit den Soldaten aller Dienstgruppen. Dabei wurde deutlich, daß die Soldaten sehr wohl Interesse zeigten am Auftrag und der praktischen Umsetzung unserer Militärseelsorge im Westen. Für die Soldaten Ost war es kaum vorstellbar, daß die Militärseelsorger keinen militärischen Dienstgrad bekleideten. Sie waren überzeugt, daß der Militärseelsorger der verlängerte Arm der entsprechenden Vorgesetzten sei.

Dekan Kusen nutzte auf meine Bitte die Gelegenheit, um den jungen Wehrpflichtigen dieses Batallions Ziel und Aufgabe der Militärseelsorge im Westen zu verdeutlichen. Dieses Angebot nahmen die Wehrpflichtigen gerne an und diskutierten sehr rege und intensiv.

Anschließend lud der Priester sie zu religiösen Orientierungstagen in Haus St. Meinolf in Möhnesee ein.

Er erklärte sich bereit, eine Woche mit den jungen Soldaten über Fragen des Glaubens nachzudenken. Zur selben Zeit ist eine Gruppe Wehrpflichtiger aus dem Westendort.

Bereits jetzt ist festzustellen, daß eine große Zahl Soldaten mitfahren möchte. Mir haben sie bereits ihre Sorgen vorgetragen, daß sich mehr melden, als Plätze vorhanden sind. Doch es soll nicht die letzte Veranstaltung dieser Art sein.“

(Kompas Nr. 26)

Die neuen Länder der Bundesrepublik

Sachsen

18000 qkm, 5 000 000 Ew
Reizvolle Landschaft, Tal der Elbe, Erzgebirge, jedoch leider ökologisch weithin kaputt (um Böhlen und Espenhain)

Städte: Leipzig, *Dresden*, Chemnitz, Meißen, Bautzen

Sachsen schuf 30 % der DDR-Industrie-Produktion

Mecklenburg-Vorpommern

23500 qkm, 2000000 Ew
Landschaftlich schöne Ebene,
Landwirtschaft

Städte: Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Wismar
Schwere Bauschäden, große Bausünden

Thüringen

16250 qkm, 2700000 Ew (etwas größer als Schleswig-Holstein)
Einst waldreichstes Gebiet, „das grüne Herz“ (40 %)

heute teilweise schwer geschädigt, „Werra fließende Salzlösung“, Kalibergbau, „Zeiss“, bedeutende Kulturlandschaft

Städte: Erfurt, Weimar, Gera, Suhl, Heiligenstadt

Sachsen Anhalt

20450 qkm, 3000000 Ew (etwa wie Rheinland-Pfalz)

Sehr unterschiedliche, schöne Landschaft (Harz, Saale)

„Weiße Elster“, „schwärzester Fluß“, gute Startchancen

Städte: Magdeburg, Halle, Dessau

Brandenburg

30000 qkm, 2500000 Ew
Land zwischen „Sumpf und Sand“ (Steige hoch roter Adler)

4000 Gewässer und Seen, Teil der norddeutschen Tiefebene, wenig Rohstoffe, Kleinbetriebe, Einzugsgebiet von Berlin

Städte: Potsdam, Cottbus, Frankfurt/O

Begrenzte Umweltschäden, „viel Preußens Gloria“

Groß Berlin (Land Berlin)

W = 480, O = 403 = 883 qkm, 1,2 + 1,9 = 3100000 Ew

weitausgeuferte Großstädte, die zusammenwachsen müssen; Wohnungsprobleme, fast 70 % der seit 1945 erbauten Neubauwohnungen sind renovierungsbedürftig (Plattenbau, aus den Fugen läuft Rostwasser), Renommierbauten; Westberlin am „Finanztropf des Bundes“, viel aufgebaut. Großes Kulturleben (O + W), gutes Klima, *aber:* es fehlen die meisten Wohnungen, die Mieten sind am höchsten, die Randalen sind am brutalsten. Soll der Ausbau nicht auf Kosten der Länder geschehen, sind ca. 20—30 Jahre notwendig.

11 alte Bundesländer (einschl. Berlin-W) nun kommen 5 hinzu = 16 Bundesländer

Zahlen der Einheit

insgesamt:

62,4 Mio + 16,6 = 79,0 Mio Ew.

Bundesrepublik	248709 qkm
DDR	108333 qkm
<hr/>	
Gesamt	357042 qkm

Helmut Fettweis

Medien- arbeit

Die beiden nachstehenden Beiträge beleuchten kritisch die öffentliche Medienarbeit. Dabei geht es nicht darum, Journalisten zu gängeln. Vielmehr kommt es darauf an, sie daran zu erinnern, daß sie ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nachkommen. Sie setzt gründliche Recherchen voraus und verlangt, vielschichtige Probleme nicht nur effekthaschend, sondern umfassend zu behandeln — was scharfe Kritik nicht ausschließt.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß Journalisten die Neugierde ihres Publikums wecken müssen, Gesellschaftsprobleme anpacken und hinterfragen sowie Entwicklungen erkennen und über die Medien beeinflussen sollen. Das Publikum interessiert nun mal weniger, daß der Hund den Postboten gebissen hat, eine Sensation, die Aufmerksamkeit erheischt, ist es jedoch, wenn der Postbote den Hund gebissen hat.

Gefährlich wird es aber, wenn der Journalist um der Sensation willen die Sorgfaltspflicht hintanstellt und dabei Aussagen anderer

oder Tatsachen verdreht zum Schaden Dritter.

Nicht umsonst werden die Medien in der Demokratie die vierte Gewalt genannt. Wenn die Medienvertreter sich so sehen, dann müssen sie auch diesem Anspruch gerecht werden. Mißstände anprangern oder andere Auffassungen vertreten kann nicht heißen, daß in der Medienarbeit mit Halbwahrheiten, Verdrehungen, unbewiesenen Verdächtigungen oder aus dem Sinnzusammenhang herausgerissenen Textauslegungen gearbeitet wird.

Gott sei Dank, kommt die große Mehrzahl der Journalisten ihren Pflichten gewissenhaft nach. Leider gibt es aber auch unter ihnen schwarze Schafe, die dafür um so mehr dem Journalismus schaden. Ihrer gilt es sich zu erwehren.

(bt)

Kein Wort über Verhütungsmittel

Kritik am Papst ohne Kenntnis des Redetextes

FRANKFURT, 6. November. Noch bevor der Wortlaut einer Papstrede bekannt ist, schlagen schon die Kritiken hoch. Da spricht das

Oberhaupt der katholischen Kirche in Rom vor Vertretern einer kleinen Berufsgruppe, der Apotheker, und schon empörten sich in Deutschland Menschen, die gar nicht angesprochen und nicht dabei waren. Was war geschehen? Die Vereinigung katholischer Apotheker, von deren Bestehen bisher nur wenige wußten, feierte den 40. Jahrestag ihrer Gründung. Sie begingen den Tag in Rom. Johannes Paul II., der ein gutes Gespür für Gelegenheiten hat, nutzte den Anlaß für einige grundsätzliche Überlegungen. Die Apotheker, die zu den Heilberufen gezählt werden und an deren besonderem Ethos teilhaben, packte er an ihrem Selbstverständnis.

Er erinnerte sie an „die humane, kulturelle, ethische und spirituelle Dimension ihrer Arbeit“, die „über den kommerziellen Aspekten“ zu stehen habe. „Im Namen der ehernen Marktgesetze oder im Namen von nachgiebigen Gesetzgebungen“ dürften sie nicht auf die Anforderungen an das Gewissen verzichten. Der Papst stellte fest, daß „Apotheker um Mittel zu nichttherapeutischen Zwecken gebeten werden, die geeignet sind, den Gesetzen der Natur zuwiderzuhandeln, zum Schaden der Würde der Person“. An anderer Stelle verdeutlichte er: „Würde der Person von seiner Empfängnis bis zu seinem Tod“. Dann fordert er die Apotheker noch zu einem „unablässigen, erneuerten Nachdenken“ auf. Er gestand den Apothekern zu, daß

es schwer sei, die Lehre der Kirche „in der täglichen Arbeit zu respektieren“, stellte diese aber „als grundlegende Orientierung“ dar, der man sich nicht entziehen könne. Der Papst forderte die Apotheker auf, dem „Benutzer von Medikamenten nahe sein“, ihn „als einen Bruder sehen, der mehr als materielle Hilfe braucht“.

Was soll daran zu tadeln sein? Der Apothekenkunde als gleichberechtigter und ernstzunehmender Bruder und ebensolche Schwester — eine bemerkenswerte Sichtweise. Psychologen und Ärzten beklagen schon lange vielfachen Tablettenkonsum als Ersatz für Zuwendung, Liebe und Nähe. Auch die meisten Rauschgiftsüchtigen und Tablettenabhängigen, die ein bestimmtes Medikament begehren, wollen dieses weniger zu therapeutischen Zwecken anwenden als zur vermeintlichen Stärkung ihrer Personenwürde. Da soll der Apotheker nach Überzeugung des Papstes wohl nicht die schnell verdiente Mark mitnehmen. Es waren nicht die angesprochenen Apotheker, die sich darob empörten, sondern jene, die in das Gesagte manches hineindachten. Offenbar gibt es Reizworte, die, wenn sie gebraucht werden, zumal vom Papst, sich selbständig machen. Dazu gehört „Leben von der Empfängnis an“ und „den Gesetzen der Natur zuwider“. Obwohl der Papst von Verhütungsmitteln gleich welcher Art nicht gesprochen und schon gar nicht bestimmte besonders ab-

gelehnt hat, haben es viele gerne so verstanden.

Es entsteht der Eindruck, als glaube mancher, den Papst nun wieder einmal erwischt zu haben, wie er verantwortlich ist für die Bevölkerungsexplosion in der Welt, für die viel zu vielen Abtreibungen und für die Unterdrückung der Frau. Dabei ist längst klar, daß Arm und Stimme des Papstes gar nicht so weit reichen und der Überbevölkerung nur durch Entwicklung wirksam zu begegnen ist. Das ist jüngst in einer Studie im Auftrag der deutschen katholischen Kirche sachlich und einleuchtend dargelegt worden.

Auch die Auffassung der katholischen Kirche zur Empfängnisverhütung ist bekannt. Der Papst lehnt die Anwendung künstlicher — pharmakologischer und mechanischer — Mittel strikt ab. Darin folgt ihm nur ein Teil der Katholiken. Auch Bischöfe äußern sich dazu zurückhaltender. Der Auffassungsunterschied in der katholischen Kirche betrifft aber nicht die Familienplanung schlechthin, sondern es geht um das Verständnis der Natürlichkeit. Die Festlegung des Naturbegriffs ist schwierig, seit die Menschen so viele Möglichkeiten zum Eingreifen haben. Theologische Begriffe können den Naturbegriff nur schwer fassen. Das Schlüsselwort in der katholischen Kirche heißt „verantwortete Elternschaft“. Viele Christen wissen damit umzugehen. Da besteht dann wieder Einvernehmen zwi-

schen Papst, Bischöfen und Gläubigen. Niemand will die Zeugung in jedem Fall und um jeden Preis.

Der Zusammenhang von Geschlechtsakt und Zeugung, den der Papst in den Mittelpunkt stellt, ist auch mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht hundertprozentig aufzulösen. Was ist falsch daran, daß die Liebe nicht frei von Verantwortung ist? Was ist falsch daran, wenn etwa die Ablehnung der „Pille“ die Frauen davor in Schutz nimmt, allein für die Verhütung zuständig zu sein und die besten dreißig Jahre ihres Lebens unter Medikamenten zu verbringen.

Der Papst verlangt viel Aufmerksamkeit von seinen Zuhörern, aber es scheint, daß ihm nicht mehr alle genau genug zuhören.

Peter Schilder

(aus FAZ vom 7.11.1990 Nr. 260 Seite 6)

Gedanken um eine Talk-Schau

Überall „talkt“ sich was. Jeder Sender, der etwas auf sich hält, macht seine *Schau*. Leider sind nicht alle Sendungen gekonnt und schon gar nicht gut.

Manche „Talk-Meister“ und „-Meisterinnen“ versuchen sich darin, ihre Gäste mit Plattitüden aus — oder zumindest über den

Tisch zu ziehen. Und wenn das Gespräch auch nicht im gedachten Sinne verlaufen ist, dann wird eben der Schlußsatz so in eine Frage gekleidet, daß alles wieder in Frage gestellt wird.

In jüngster Zeit führt man — mangels anderer Möglichkeiten? — die Kirchen vor. Und dabei besonders die katholische. Evangelische Meinungen scheinen nur zugelassen, wenn sie konträr der katholischen Einstellung sind.

Nun zeigen die meisten Bischöfe und Geistlichen Mut. Ob es aber klug ist, sich an solchen Veranstaltungen für Allgemeinplätze zu beteiligen, ist eine Frage. Ein wenig Vorinformation oder Übung wäre gut, zumal man ja aus der Gästeliste unschwer erkennen kann, wohin der Hase laufen soll.

Am 25. 11. lief nun eine Schau, in der sich zwei Vertreter der katholischen Kirche zwar wacker schlugen, aber durch dauernde Zwischenfragen immer wieder in andere Richtungen gedrängt wurden.

Zur Frage des Zölibates ist so viel zu sagen, daß allein dieses Thema einen Abend gefüllt hätte. Aber eines wurde nicht gesagt — und da fehlte der beklagte „Laie“ —, was denn die Gläubigen davon halten. Und es wurde nicht gesagt, daß eine Kirche, die von den Eheleuten das Versprechen verlangt, auf Lebenszeit beieinander zu bleiben — „in guten und schlechten Tagen“ — und das von Frauen und Männern meist um die Mitte 20 —, auch von ihren Vertre-

tern in diesem Alter — bei sorgfältiger Prüfung, eine Lebensentscheidung erwarten kann. Daß Entscheidungen dieser Art oft schwer einzuhalten sind und daß es Versagen gibt, wissen wir wohl alle.

Des weiteren wurde nicht gesagt, daß eine Ehe aus mehr besteht als nur aus Lust und Sex. Was soll man den Eheleuten sagen, wo ein Partner so erkrankt ist — über Jahrzehnte —, daß an solche Dinge nicht zu denken ist. Welches „Recht“ sollen die haben, deren Partner gestorben ist und die einen neuen nicht finden können — außer er ist anderweitig gebunden?

Ebenso verkürzt blieb auch der Streit um all das, was der Papst gesagt hat oder gesagt haben soll. Die Ansprache an die Apotheker lag vor. Und man wollte den Wortlaut immer auf Pillen und Kondome verkürzen. Dabei verschwendete man keinen Gedanken auf viel näher Liegendes, auf Psychopharmaka mit charakterverändernden Beimengungen. Über Drogen ging man schnell hinweg und eine „aktive Sterbehilfe“ kam gar nicht in den Sinn.

Im Gegenteil die Enzyklika „*Humanae vitae*“ von Paul VI. wurde in herabsetzender Weise zitiert. Dabei war gerade diese Verlautbarung in erster Linie ein mahnender Hinweis: in Liebe und Achtung miteinander umzugehen. Sex darf den Menschen nicht ausbeuten, das ist der Sinn.

Ebenso hörte man immer den Aufschrei nach dem aktiven Kampf gegen Aids mit Hilfe von Kondomen. Inzwischen weiß man — Journalisten und Fabrikanten sollten auch so weit sein —, daß Kondome nur sehr begrenzt gegen Aids schützen. Einmal weil sie bei aggressivem Sex auch in den oberen Güteklassen nicht halten, zum anderen, weil dabei so viel andere Ansteckungsmöglichkeiten (kleine Risse, Schrunden, Kratz- und Beißwunden) bestehen, daß Kondome nur einen Teilschutz bedeuten. Keiner aber hatte den Mut zu sagen, daß man von einem kranken Menschen — auch z.B. in der Ehe — Rücksicht, in diesem Falle Enthaltsamkeit erwarten muß. Vielleicht wäre es eine gute Sache, wenn die Meinungsmacher die Stimmung einmal in dieser Richtung beeinflussen würden.

Nachdem nun doch einige sehr positive Antworten kamen, brachte man noch schnell das Gespräch auf den Reichtum der Kirche, auf die Kirchensteuer und zuletzt auf das „unwürdige“ Geschenk einer Kathedrale als Nachbau des Petersdomes in Afrika.

Der Reichtum der Kirche ist relativ. Was soll man mit den alten Kelchen und Kostbarkeiten in den Schatzkammern der Kirche tun? Zunächst einmal sind an viele Schenkungen Bindungen geknüpft, die man nicht auflösen darf. Zum anderen, wenn alle alten Meßgeräte morgen „versilbert“ würden, dann wären die Völker um

ein großes Kulturgut ärmer, die Preise fielen, und bald schon könnte man in der Bar einen Drink im Kelch serviert bekommen. Das Geld für die Notleidenden würde heute einigen Hunderttausend vielleicht helfen, aber morgen wäre schon nichts mehr da, auch keine kulturelle Erinnerung.

Für die vatikanischen Museen gab es damals auch keinen, der das Gut übernehmen wollte und konnte. Und heute stellen die Erlöse durch Eintrittsgelder einen der wenigen positiven Einnahmen dar.

Und nun Afrika. Diese Kathedrale wurde aus dem Privatvermögen des Präsidenten bezahlt. Hätte er es in Düsenjäger oder eine nicht ortsgerechte Renommieranlage investiert, hätte keiner was gesagt. Hinzu kommt, daß es keine persönliche Schenkung an die Kirche ist, sondern eine zum Dienst an Gott. Und die Konsekrierung wurde erst vorgenommen, nachdem Krankenhaus und Sozialstation hinzukamen.

Nicht unerheblich ist auch, daß wir uns einmal überlegen, was die Menschen dort dazu sagen. Für viele Gläubige ist dieses Haus Gottes ein Merkstein gegen das Vordringen des Islam mit Hilfe von übergroßen Moscheen. Bevor man urteilt, sollte man dem Volk — am Ort — aufs Maul schauen.

Nun ließe sich all das noch beliebig fortsetzen. Es soll mit einem kurzen Blick auf die Kirchensteuer abgeschlossen werden.

Einmal ist die Kirchensteuer in

Deutschland historisch gewachsen (seit 1803 Reichsdeputationshauptschluß). Der Aufbau einer eigenen Kirchensteuerbehörde, die den Kirchen nach dem Gesetz von 1924 zusteht, wäre erheblich teurer als die Form der Mitbesorgung durch die Steuerämter. Zudem ist sie „verbraucherfreundlich“, weil der Gläubige nur einmal seine Unterlagen für alle Ermäßigungen einreichen muß.

Zum anderen aber muß bedacht werden — und die jährlich veröffentlichten Haushaltspläne (wenn man sie lesen will) weisen es deutlich aus —, daß die Kirchen für den Staat eine Fülle von karitativen Aufgaben übernommen haben — die sie kostengünstiger als die öffentliche Hand besorgen — und die, wenn die Kirchensteuer wegfiel, eine ungeheure Belastung für Gemeinden, Länder und Staat bedeuten würde. (z. B. Bonn: 14 Krankenhäuser insgesamt, davon 8 kath., 2 evang., 3 öffentlich rechtliche, 1 private).

Immerhin werden auch Kindergärten und Altenheime, Schulen und Pflegestation betrieben, die für die Versorgung der Bevölkerung unersetzlich sind.

Letztlich sollte man auch an die Hilfe in den Ländern denken, die der Unterstützung bedürfen. Die Sammelergebnisse allein können nicht die erforderlichen Mittel aufbringen.

Nicht gesprochen werden soll vom Erhalt des gesellschaftlichen Kulturgutes. Dazu gehören Kir-

chen und Klöster. Nur wenn diese Einrichtungen belebt — und be-seelt — sind, erspart man späteren Generationen das mühsame Nachsuchen im Boden.

Abschließen sollte man mit der Frage nach Gott. Wenn es einen Gott gibt — und 90 % unseres Volkes glauben das, in welcher Version auch immer —, dann sollte man auch an Jesus Christus, sein fleischgewordenes Wort, glauben können, von dem die Geschichte und die Schriften, die die Kirchen getreu überliefert haben, berichten.

Allerdings muß man folglich sein Wort auch ernst nehmen. Und dieses Ernstnehmen anzumachen ist eine ständige Aufgabe der Kirchen.

Hellmut Fettweis

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Wie Fernsehredakteure Missionswerken zu schaden versuchen

Fall 1: Am 14. August hatte Dr. Bednarz (Monitor, WDR) dem christlichen Hilfswerk World Vision Oberursel, undurchsichtigen Spendenfluß und viel zu hohe Verwaltungskosten vorgeworfen. Er wurde von dem Leiter des Berliner

Zentralinstituts für Soziale Fragen in seinem Vorwurf unterstützt. In einem Gespräch mit dem ACP wies der Vorstandsvorsitzende Pfarrer Wilfried Reuter (Darmstadt) von World Vision die Vorwürfe glaubhaft zurück.

Anders als der WDR behauptet, fließen mehr als $\frac{3}{4}$ aller Einnahmen in die Projekte der Dritten Welt, zusätzlich werden weitere Mittel für die Projektvorbereitung und Projektentwicklung eingesetzt. Wie eine wissenschaftliche Studie ausweist, braucht das Hilfswerk World Vision überhaupt keinen Vergleich mit anderen karitativen Werken in Deutschland zu scheuen. Die regelmäßigen Wirtschaftsprüfungsberichte gehen erheblich über das hinaus, was vom Finanzamt verlangt wird. Es muß die Frage gestellt werden, wer eigentlich das Berliner Institut finanziert und kontrolliert.

Fall 2: Der Christoffel-Blindenmission hat die zuständige Justiz vorbildliches Umgehen mit den Spendengeldern bescheinigt. Vorangegangen war ein Ermittlungsverfahren, das jetzt seinen Abschluß fand. Nach ACP Informationen hatte am 15.6.88 ein gegen das Missionswerk gerichteter Fernsehbeitrag mit dazu beigetragen, daß der Verdacht auf grobes Fehlverhalten in der Öffentlichkeit entstand. Im Verlaufe der Ermittlungen hatte sich der Blindenmissionsvorsitzende Siegfried Wiesinger das Leben genommen. Der tendenziöse Fernsehbericht, so Mis-

sionssprecher René Leudensdorff zum ACP, wurde von Ingo Nathusius zusammengestellt. Nathusius ist freier Mitarbeiter des HR. Er hatte 1989 auch den ACP mit grob irreführenden und wahrheitswidrigen Presse- und Fernsehberichten zu schaden versucht.

(aus ACP Heft 6/1990)

Die 3. Welt — eine andere Sicht

Die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz stellte ihre Broschüre „*Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt*“ vor.

Zunehmend ist das Bewußtsein gewachsen, daß der Bevölkerungszuwachs in der Dritten Welt zu den größten Herausforderungen an die Menschheit gehört. In der öffentlichen Meinung

der westlichen Gesellschaften herrscht die grob vereinfachende Vorstellung vor, daß es lediglich einer konsequenten Förderung von Programmen der Familienplanung bedürfe, um das Problem in den Griff zu bekommen. In diesem Zusammenhang wird dann der katholischen Kirche der Vorwurf gemacht, sie behindere durch ihre Haltung in Fragen der Empfängnisregelung eine wirksame Abhilfe gegen den rasanten Bevölkerungsanstieg.

Deshalb hat die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz unter verschiedenen Gesichtspunkten das Problem von einem Moraltheologen, einem Soziologen und einem Wirtschaftswissenschaftler untersuchen lassen. Die Analyse ist in einer allgemeinverständlichen Sprache niedergelegt und der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die Autoren der Broschüre „Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt“ sind: Prof. Dr. Franz Böckle, Prof. Dr. Herbert Kötter und Prof. Dr. Hans-Rimbert Hemmer.

Die Autoren sehen sich einem „komplexen Gefüge des Bevölkerungswachstums“ konfrontiert: In einer Reihe von Gesellschaften können nur große Familien gesellschaftlichen und politischen Einfluß gewinnen. Oftmals bemißt sich der Wert eines Mannes oder einer Frau nach der Zahl der Kinder. In vielen Bereichen gelten Kin-

der als Beweis für göttliche Gunst. Vielfach sind den Frauen außerfamiliäre Betätigungen verschlossen, so daß sich ihr Lebensinhalt im wesentlichen auf die Kinder konzentriert. Nach dem Konsens der Fachleute liegt der überragende Grund für die Bevölkerungsproblematik in den Ländern der Dritten Welt jedoch in der Armut: „In einer Gesellschaft, in der es kaum oder gar keine Sozialfürsorge gibt, also keine Kranken- und Rentenversicherung, keine Absicherung gegen Invalidität oder Arbeitslosigkeit, sind Kinder die einzige Sicherung, Versicherung für die Notfälle des Lebens.“ Kinder tragen schon in jungen Jahren zum Familieneinkommen bei. Kinder sind für die Armen „oft das einzige, was sie besitzen und ihnen eine eigene Wertschätzung verschafft“.

Die Broschüre „Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt“ kommt daher zu dem Schluß, daß ohne eine wirksame Begrenzung der Massenarmut alle anderen Maßnahmen zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums fehlschlagen müssen. So lange die Menschen unter den Bedingungen extremer Armut leben müssen, ist es für sie subjektiv vernünftig, eine große Zahl von Kindern zu haben. Nach Meinung der Autoren der Untersuchung müsse deshalb der Lösungsansatz lauten: „Weniger Menschen durch weniger Armut, nicht: weniger Armut durch weniger Menschen“.

Damit soll den Bestrebungen einer Förderung der Familienplanung keinesfalls eine Absage erteilt werden. Es kommt vielmehr darauf an zu erkennen, daß die Armen sich nur dann zu einer Begrenzung ihrer Kinderzahl entschließen können und werden, wenn die sozialen Verhältnisse ihnen diesen Entschluß erlauben. Mit der Veränderung ihrer Lebensverhältnisse werden sie dann auch in die Verantwortung gerufen. Nur Hilfen zur Empfängnisverhütung bereitzustellen ist ebenso falsch, wie Entwicklungshilfe von der Annahme und Durchführung von Programmen zur Geburtenregelung abhängig zu machen. Die Entwicklungshilfe beginnt beim Menschen, vor allem in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Sie sind vordringlicher und nützlicher als Entwicklungshilfe, die sich auf Großprojekte und wirtschaftlich/technische Zusammenarbeit beschränkt. „Den Menschen in den Entwicklungsländern erwächst in dem Augenblick, da das lebensbedrohliche Armutsproblem einer Lösung näherkommt, die Verantwortung, ihr Zeugungsverhalten an die neuen Verhältnisse anzupassen.“

Die Broschüre „*Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt*“ kann beim Verfasser abgefragt oder direkt bezogen werden bei der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1.

Willy Trost

Kleines Ökologie- Seminar IV

Meeresökologie

Aus der unübersehbaren Fülle von Gesetzmäßigkeiten, Zusammenhängen, Bedingungen und Einflüssen verschiedener Art, zu denen auch die Einleitung von Schad- und Giftstoffen gehört, kann hier nur ein ganz kleiner Ausschnitt angeboten werden. Aber auch schon diese Daten lassen erkennen, wie wichtig es ist, daß der Stoffkreislauf der Meere in seinem Gleichgewicht nicht gestört wird.

Die Ozeane und großen Seen nehmen $\frac{7}{10}$ der Erdoberfläche ein. Die Meere sind in Küstennähe und in der landfernen Weite eine wichtige Ernährungsquelle, deren Bedeutung in dem Maße heute erkannt wird, wie die Nutzung durch Verschmutzung abnimmt.

Das prozentuale Verhältnis Wasser zur Bodenfläche zeigt aber auch, wie wirksam Veränderungen auf Wetter, Klima und ökologische Zusammenhänge in den Tiefen und Weiten der Meere sind.

20 Prozent der Erdoberfläche sind Wüste mit zunehmender Tendenz. Auch diese Formel deutet darauf hin, wie empfindlich jede ökologische Schwankung sich auf das Ganze der Erde auswirkt.

In den Ozeanen vollzieht sich ein ständiger Austausch von Stoffen und Stoffgemischen, wobei sich die Reaktionen unter normalen Bedingungen im Rahmen der Ausdehnung und Tiefe zu einem stabilen Gleichgewicht einpendeln.

Dieses Gleichgewicht kann aber durch menschliche Einflüsse (Meeresverschmutzung) irreparabel gestört werden.

Am Stoffkreislauf der Meere sind Atmosphäre, Biosphäre, Sedimente, Gesteinsschichten beteiligt.

Eine wichtige Rolle spielen im ökologischen Aufbau durch Aufnahme sowie Austausch und „Fließgleichgewicht“ die atmosphärischen Gase wie

	auf Meeresniveau	
— Stickstoff	77,0	Vol %
— Sauerstoff	20,6	Vol %
— Argon	9,0	Vol %
— Wasserstoff	1,47	Vol %
— Kohlendioxyd	0,03	Vol %
— Spurengase	0,0024	Vol %

Der Austausch geschieht bei mittlerem atmosphärischem Druck an der Meeresoberfläche.

Sättigungswerte der atmosphärischen Gase im Meerwasser bei 10° C und cm³

	Vol %	
— Stickstoff	11,72	62,6
— Sauerstoff	6,41	34,2
— Argon	0,31	1,6
— Kohlendioxyd	0,31	1,6

Die Verteilung des Sauerstoffs ist die Voraussetzung für die Atmungsprozesse im Meer.

Je mehr aber der Austausch von Sauerstoff im Wasser sich verringert, um so nachteiliger wirkt sich die Abnahme an Sauerstoff auf die Atmungsbedingungen aus, da die Einleitung von Schadstoffen in das Meerwasser durch Verklappung, Öle usw. über die Flüsse und aus der Luft den Austausch von Sauerstoff wesentlich verhindert. (Abregnen von schädlichen Niederschlägen und von chemischem Staub behindern den biologischen Umsatz im Meerwasser.)

Meerwasser enthält neben dem reinen Wasser auch Salze, organische Stoffe, ungelöste Partikel und eben Gase. In verschiedenen Lösungswerten finden sich fast alle Elemente im Meerwasser; u. a.:

	mg/Liter
— Wasserstoff H	108000
— Sauerstoff O	857000
— Natrium Na	10721
— Magnesium Mg	1350
— Schwefel S	901
— Chlor Cl	19000
— Kalium K	398
— Calcium Ca	410
— Brom Br	67
— Gold Au	0,000004
— Silicium Si	3

Hinzu kommt, daß das Meerwasser

- elektrische Leitfähigkeit,
 - thermische Eigenschaften (in verschiedener Tiefe),
 - eine bestimmte Dichte,
 - Wärmeausdehnung,
 - Kompressibilität,
 - unterschiedlichen Druck in verschiedenen Tiefen,
 - Oberflächenspannung,
 - akustische Eigenschaften,
 - optische Gegebenheiten
- aufweist und vor allem durch Salze (und damit Dichte) in unterschiedlichen Tiefen und Drucken besonderen Bedingungen unterliegt.

Die Ozeane und Meere bilden die größten und ausgedehntesten Müllkippen der Erde.

Die Auffassung, daß die eingeleiteten Schadstoffe im Meer verdünnt und damit harmlos werden, ist falsch und schafft neue Gefahren.

Wenn auch die Schädigung des Meerwassers in großen Tiefen länger dauert, so werden aber die Küstengebiete mit den durch den Menschen nutzbaren Möglichkeiten in zunehmendem Maße geschädigt und die langwelligen Meeresbewegungen transportieren ständig auch die küstennahe Verschmutzung in die Weite der Ozeane.

Meeresteile mit weniger reichlichem Wasseraustausch und geringerer Tiefe erleiden so große Schädigungen, daß ganze Lebensarten und Ökosysteme untergehen und Anoxykatakstrophen ausgedehnt weiterwirken.

Von den Substanzen, welche die normalen ökologischen Bedingungen stören, sind vor allem zu nennen:

Organisches Material (häusliche Abwässer, Abwässer von Papier- und Lebensmittelfabriken). Durch den Abbau des organischen Materials durch Bakterien im Wasser wird Sauerstoff verbraucht. Ist der Sauerstoffverbrauch größer als die Menge, die durch den Wasseraustausch, Meeresbewegungen und Mischung nachgeführt werden kann, so führt dies zum Fehlen von Sauerstoff (Anoxy) und zum Absterben der Sauerstoff benötigenden Organismen.

Krankheitskeime können in organisch belastetem Wasser länger überleben, so daß auch von hier eine direkte Gefährdung der Meere und des Menschen besteht.

Nährstoffe (geklärte und ungeklärte häusliche Abwässer, phosphathaltige Waschmittel usw.). Die übermäßige Nährstoffzuführung führt zur Massenentwicklung von Algen, für die keine Abbaumechanismen bestehen. Es kommt zum Zusammenbruch des Sauerstoffgehalts.

Chlorierte Kohlenwasserstoffe aus der chemischen Industrie als Lösungs- und Kühlmittel (PCB) und Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Sie kommen in der Natur nur selten vor und werden sehr langsam durch biologische und chemische Prozesse abgebaut. Darum sind sie weltweit außerhalb ihrer Anwendungsgebiete anzu-

treffen. Sie lagern sich in Nahrungsketten, vor allem im fettreichen Gewebe an und führen zu gefährlichen Konzentrationen.

Klärschlamm küstennaher Abwässer aus Aufbereitungsanlagen, der sich schwer kontrollierbar in Sedimenten abgelagert.

Weiter gehören dazu: **Giftmüll**, **radioaktive Abfälle**, **Säureabfälle**.

Erdöl (4–6 Millionen Tonnen Erdöl gelangen jährlich in das Meer; nur 10 % davon haben eine natürliche Ursache). Schädliche Zuführung durch Gewinnung, Verarbeitung, Transport, Tankerunfälle. Bei Anwendung von Dispersionsmitteln gegen ausgelaufenes Erdöl verschwindet zwar das Öl von der Wasseroberfläche, bleibt aber mit seiner Giftwirkung im Wasser und in allen Tiefen erhalten.

Viele Menschen denken, wenn es um Wasser geht, zunächst immer nur an das Trinkwasser. Das Wasser der Flüsse, Seen, Meere und Ozeane gehört aber auch zu den Lebensbedingungen in dieser Welt. Die Schädigung des Wassers in weltweiten Dimensionen zusammen mit den ökologischen Auswirkungen, die sich aus dem Abholzen der tropischen Regenwälder ergeben, fordert unsere ganze Aufmerksamkeit und Verantwortung heraus.

Erziehung und Lebensverantwortung sollten nicht nur auf das Nächstliegende gerichtet sein, sondern, wo es um die Erhaltung einer gesunden Welt und Umwelt

geht, die weltweiten Zusammenhänge sehen, die letztlich auch auf das Nächstliegende wirken.

Johannes Cofalka

Quellen

- G. Ott, Meeresökologie, Wiesbaden, Berlin 1982
 Meeresforschung, Hrsg. G. Hempel, H. Meyl, Boppard 1979
 G. Dietrich u. a., Allgem. Meereskunde, Einführung i. d. Ozeanographie, Berlin—Stuttgart 1975
 Meeresverschmutzung, Hrsg. H. Gansmayr, Bremen 1978
 R. V. Tait, Meeresökologie, Elements of marine ecology, Stuttgart 1971/81
 K. J. Goetting, E. Kilian, R. Schnetter, Einführung in die Meeresökologie, Braunschweig 1982, Bd. 1 und 2
 R. Hermann, Ökologie, Berlin 1980
 R. Schubert (Hrsg.) Ökologie, Fischer 1984
 J. Schwoerbel, Einf. in die Limnologie, Der Wasserkreislauf, Fischer 1984
 H. Walter, J. W. Breckle, Ökologische Grundlagen in globaler Sicht, Stuttgart 1983
 P. Tardent, Meeresbiologie, Stuttgart 1979
 H. Friedrich, Meeresbiologie, Berlin 1965

Die „Dritte“ Welt nicht vergessen!

Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt

Mozartstraße 9
5100 Aachen

Sowjet- union: Woran sollen wir noch glauben?

Die katastrophale Wirtschaftslage in der Sowjetunion, der sowjetische Verzicht auf die Führung der osteuropäischen Staaten, die Bereitschaft zur Abrüstung sind einige Themen, die immer wieder von den Medien bei uns aufgegriffen werden. Alles — in Ost und West — schaut auf Gorbatschow und hofft, daß er in dem allgemeinen Durcheinander in der Sowjetunion einen Weg finden könnte.

Gorbatschow ist ohne Zweifel lernfähig, läßt frühere Vorstellungen fallen, versucht neue Wege. Auf eine Frage hat er allerdings bis heute keine zufriedenstellende Antwort geben können: „Woran sollen wir noch glauben?“ Man kann diese Frage auch anders for-

mulieren: „Wem können wir noch glauben?“ Gorbatschow — im Marxismus-Leninismus erzogen und zur Führung aufgestiegen — meint, man müsse vor allem zu Lenin zurückkehren. Aber wie der neue Sozialismus, wie seine Ideologie — der Marxismus-Leninismus — aussehen soll, das kann er auch nur ganz unklar, völlig verschwommen ausdrücken.

Vertrauen zu den Religionsgemeinschaften

Seit Beginn der Perestroika in der Sowjetunion wurde wieder damit begonnen, Meinungsumfrage-Ergebnisse zu veröffentlichen. Man hatte auch unter seinen Vorgesängern Meinungsbefragungen durchgeführt, aber die Ergebnisse nur in winzigen Bruchteilen veröffentlicht. Die Ergebnisse waren zu meist so niederschmetternd gewesen, daß man sie sofort mit dem Stempel „Streng Geheim“ wuschloß.

Im Mai 1990 — also vor dem XXVIII. Parteitag — veröffentlichte die Wochenzeitung „Moskowskie Nowosti“ unter der Überschrift „Vertrauenskrise“ die Ergebnisse von Meinungsumfragen aus den Jahren 1989 und 1990. Ein Ergebnis war verblüffend: Die religiösen Organisationen wurden im März 1990 als besonders vertrauenswürdig bezeichnet. Hier ist ein Teilergebnis der Befragungen. Gefragt war, wem man volles Vertrauen schenke. (Die Zahlen geben die

Wem schenken Sie volles Vertrauen?

	März 1989	August 1989	Dez. 1989	Januar 1990	März 1990
Dem Obersten Sowjet	43	32	45	39	34
Dem Ministerrat	28	14	34	31	23
Dem örtlichen Sowjet	18	16	16	19	14
Der Komm. Partei	38	22	27	19	16
Der Armee	—	—	44	40	35
Dem KGB	—	—	38	35	32
Den Rechtsorganen	15	10	22	21	18
Den religiösen Organisationen	13	22	30	35	37
Den Massenmedien	39	30	36	42	37

Prozente an. Da Mehrfachantworten erlaubt waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent.)

Für den westlichen Beobachter ist erstaunlich, daß dem KGB so viel Vertrauen geschenkt und so viel Vertrauen den Streitkräften entgegengebracht wird. Man muß erklärend hinzufügen, daß überall in der Sowjetunion eine geradezu panische Angst vor dem allgemeinen Chaos herrscht. Nachdem das Vertrauen in die Partei ständig sinkt, scheint man in der Armee einen unverzichtbaren Ordnungsfaktor zu sehen.

Was das KGB (Amt für Staatssicherheit) anbetrifft, so muß man folgende Erklärung bringen: In den letzten Jahren haben die Verbrechen in der Sowjetunion erschreckend zugenommen. Es kann allerdings auch sein, daß die früheren Angaben über die Verbrechen nach unten verfälscht worden sind

und die genauen Angaben der letzten Jahre nun allgemeine Angst hervorrufen. Man sieht im KGB offensichtlich einen Schutz gegen die Kriminalität, vor allem gegen die organisierten Verbrecherbanden.

Der Marxismus-Leninismus

Uns interessiert hier das große Vertrauen gegenüber den Religionsgemeinschaften. 70 Jahre lang sind alle Religionsgemeinschaften verfolgt worden, zeitweise blutig und brutal, zeitweise durch Schikanen und Drangsalierungen. 70 Jahre lang sind die Sowjetbürger — von der Wiege bis zur Bahre — im Geiste des Marxismus-Leninismus erzogen worden. Das fing im Kindergarten an, setzte sich in Schule, Universität, der Armee, den Gewerkschaften fort usw.

Die Sowjetbürger hatten gelernt, daß es keinen Gott gibt, daß die Geschichte nach festen Gesetzen verläuft und zum Kommunismus auf der ganzen Welt führen wird. Sie hatten gelernt, daß der Marxismus-Leninismus eine Wissenschaft ist, daß die Partei ihn alleine richtig auslegt und anwendet. Sie hörten ununterbrochen, daß sie glücklich sein könnten, in der sozialistisch/kommunistischen Sowjetunion zu leben und nicht in einem Ausbeuterstaat des Kapitalismus. Und ständig wurde ihnen Angst eingejagt, daß die kapitalistisch-imperialistischen Staaten einen dritten Weltkrieg planten.

Trotz der Verfolgung der Religionsgemeinschaften, trotz der ununterbrochenen Schulung im Marxismus-Leninismus gab es 1985 in der Sowjetunion rund 70 Millionen Gläubige verschiedener Bekenntnisse. (Es gibt Schätzungen, die sogar über 100 Millionen hinausgingen.)

Der Glaubensschwund an der Ideologie

Es gibt keinerlei Zweifel, daß Millionen Sowjetbürger an den Marxismus-Leninismus geglaubt haben und noch an ihn glauben. Als jedoch Chruschtschow 1956 in der Sowjetunion damit begann, die Verbrechen der Stalinzeit aufzudecken, begann auch ein ständiger „Glaubensschwund“ gegenüber der offiziellen Lehre. Nach der Pensionierung Chruschtschows im

Jahre 1964 wurde diese „Enstalinisierung“ zwar gestoppt, aber der Zweifel am Marxismus-Leninismus fraß sich weiter wie eine Säure.

Die politische Führung erkannte, daß der Marxismus-Leninismus nichts mehr bewegte, niemanden mehr motivierte, daß er zu einem Kult erstarrt war, den die Sowjetbürger vollzogen, aber nicht mehr mittrugen. Es gab damals die treffende Unterscheidung für Kommunisten: Die einen glauben an ihn, aber sie praktizieren ihn nicht. Die anderen praktizieren ihn, aber sie glauben nicht mehr an ihn.

Eine Kampagne nach der anderen, eine verstärkte Schulung, eine Flut von Broschüren und Büchern bemühten sich vergeblich darum, den Marxismus-Leninismus aus seinem Zustand des Scheintodes wieder ins Leben zurückzurufen. Es gelang nicht. Gorbatschow hat das erkannt. Er hat auch erkannt, daß dieser Zustand zum fortschreitenden Verfall von Sitten und Moral beigetragen hatte.

Jeder wußte, daß die Führung sich bereicherte. Warum sollte man dann nicht auch Berichte fälschen, Staatseigentum stehlen, nach Gunst und Lage lügen und betrügen?! Kaum noch ein Bericht über Wirtschaftsleistungen stimmte. Die Angaben über Jugendkriminalität veröffentlichte man vorsichtshalber überhaupt nicht mehr. Die Scheidungsziffern stiegen ständig, immer mehr Frauen überließen ihre Kinder den staatlichen Waisenanstalten, im Durch-

schnitt kamen auf eine Frau in der Sowjetunion 7 bis 9 Abtreibungen.

Gorbatschows Religionspolitik

Mit einer derartig demoralisierten Gesellschaft ließ sich auch keine Perestroika durchführen. Denn die war nur möglich, wenn die ständige Betrügerei und Stehlerie aufhörte. In dieser Not erkannte Gorbatschow, daß die Religionsgemeinschaften Voraussetzungen für die Perestroika mitbrachten, die sonst kaum noch zu finden waren. Sicherlich sind die Gläubigen der verschiedenen Bekenntnisse in der Sowjetunion keine Heiligen. Aber man kann davon ausgehen, daß sie weniger unter Alkohol standen, weniger stahlen, weniger betrogen, weniger abtrieben, als es der Durchschnitts-Sowjetbürger tat.

Gorbatschow hat daraus seine Konsequenzen gezogen. Auch wenn im Augenblick der Niederschrift noch kein neues Religionsgesetz in Kraft ist, hat sich die Lage der Religionsgemeinschaften sensationell verbessert. Man hat ihnen Kirchen und Klöster zurückgegeben, sie dürfen einige religiöse Periodika herausgeben, sie dürfen sich caritativ betätigen, sie sollen den Status juristischer Personen erhalten. Das ist zwar keine Glaubens- und Religionsfreiheit im westlich-demokratischen Sinn, aber für sowjetische Verhältnisse sehr, sehr viel.

Lenin als Wegbereiter Stalins

Während die Religionsgemeinschaften gleichsam rehabilitiert wurden, setzte sich der Glaubensschwund gegenüber dem Marxismus-Leninismus fort. Im Rahmen von „Glasnost“ wurde die Vergangenheit umgegraben, und keiner der Vorgänger Gorbatschows blieb ungeschoren. Die politische Führung versuchte zwar, die Fehler und Verbrechen auf einzelne Personen abzuladen (vor allem auf Stalin und Breschnew), aber die Intellektuellen begnügten sich damit nicht.

Sie fragten nach der Verantwortung der Partei, sie fragten nach der „Wissenschaftlichkeit“ des Marxismus-Leninismus. Die politische Führung unter Gorbatschow mußte nach und nach alle Jahrzehnte der Sowjetmacht zur Diskussion stellen, nur die Lenin-Zeit und den Leninismus wollte man aussparen. Wenn Lenin in Frage gestellt würde, wäre damit auch die Oktober-Revolution in Frage gestellt. Wenn sich jedoch die Oktober-Revolution als verhängnisvoller Irrtum herausstellen sollte, als Beginn eines 70jährigen Leidensweges, worauf konnte sich dann die Sowjetmacht noch berufen?!

Aber die kritischen Frager machten auch vor Lenin nicht halt. Inzwischen wird von Intellektuellen darauf verwiesen, daß Lenin mit dem Terror begonnen hat, die ersten Konzentrationslager anlegen ließ. Die sowjetische Jugend-

zeitung „Sobesednik“ hat im April 1990 gewagt, ein Geheimschreiben Lenins vom 19.3.1922 zu veröffentlichen. In diesem Schreiben empfahl Lenin, möglichst viele „reaktionäre“ Geistliche zu verhaften und zu erschießen.

Was ist das: Sozialismus?

In der Zwischenzeit hat sich die Kommunistische Partei in der Sowjetunion gespalten. Es gibt nicht nur kommunistische Parteien einzelner Nationalitäten, die sich nicht mehr von Moskau aus kommandieren lassen wollen. Es gibt auch im Zentralkomitee der Partei in Moskau drei unterschiedliche Flügel: Konservativ; radikal-fortschrittlich; sowie eine mittlere Gruppe, die von Gorbatschow angeführt ist.

Sie vertreten unterschiedliche Auslegungen der sozialistischen Ideologie. Die Konservativen möchten am Marxismus-Leninismus festhalten; die Reformer bieten ein Programm an, das mit Lenin kaum noch etwas zu tun hat. Und Gorbatschow möchte eine Fortentwicklung des Sozialismus unter Beibehaltung der grundlegenden Prinzipien.

Bisher liegt jedoch kein schlüssiger Text vor, der den Marxismus-Leninismus in seiner Fortschreibung anbietet. Das ideologische Leitorgan „Kommunist“ quält sich in jeder Nummer damit ab, wie der fortentwickelte Marxismus-Leninismus aussehen soll. Aber bisher

ist es bei Allgemeinplätzen geblieben wie: Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Gleichheit usw.

Mit diesen Gemeinplätzen ist nicht viel anzufangen, die könnte jede andere Partei ebenfalls verwenden und für sich in Anspruch nehmen. Man gibt zwar inzwischen zu, daß auch Lenin Fehler gemacht hat, aber auf den Leninismus will man nicht verzichten. Man kann auf ihn auch nicht verzichten, wenn man sich nicht den Boden unter den Füßen fortziehen will.

Auf der Suche nach neuen Idealen

Angesichts dieser Situation fragen sich die Sowjetbürger nicht nur leise, sondern auch recht laut: „Woran sollen wir denn noch glauben?“ Besonders laut fragen dies jene Untertanen, die nach dem Krieg — gegen ihren Willen — zu Sowjetbürgern geworden sind. Laut beklagt man in der Sowjetunion, daß zahlreiche Jugendliche nur noch nach ihrem Vergnügen, ihrem Einkommen fragen, aber kein Interesse an einer politischen Ausrichtung haben.

Es ist nicht erstaunlich, daß sich jüngst auf dem XXVIII. Parteitag besonders die Streitkräfte und der KGB für die Beibehaltung der Politschulung eingesetzt haben. Der Fächer verschiedener politischer Gruppierungen reicht in der Sowjetunion inzwischen von russisch-chauvinistischen Gruppen

bis hin zu liberalen Parteien. Nachdem die sowjetische Verfassung im Frühjahr 1990 geändert worden ist, können sie um Anhänger werben.

Als zu Beginn des Jahres 1990 eine Diskussionsrunde über das Thema „Die Idee des Sozialismus und die Jugend“ abgehalten wurde, waren sich die Teilnehmer einig darüber, daß der Marxismus-Leninismus sich in einer tiefen Krise befindet. Natalja Koslowa (Dr. phil., Mitarbeiterin des Institutes für Philosophie bei der Akademie

der Wissenschaften der UdSSR) sagte: „Man fragt uns, was man tun muß, um den ins Schwanken geratenen Glauben an die Ideen des Sozialismus wiederzubeleben. Was denn, wollen wir wieder einen solchen unerschütterlichen Glauben? Ich meine, der Zerfall des unerschütterlichen Glaubens ist gut. Ein Ideal ist nur dann normal, wenn es geboren wird als Ergebnis einer Auswahl.“

Paul Roth

Der Papst spricht zu Ihnen auf Deutsch

Durch seine deutschsprachige Zeitung, den **OSSERVATORE ROMANO** (Römischer Beobachter). Erleben Sie wöchentlich, was er uns zu sagen hat. Erleben Sie den Vatikan, Rom, die Weltkirche. Aus nächster Nähe.



Anfrage- und Bestelladresse:
L'OSSERVATORE ROMANO
in deutscher Sprache
I-00120 Vatikanstadt



L'OSSERVATORE ROMANO

AMI-Konferenz vom 20.—24. September 1990 in Wien

Die 25. Konferenz des Apostolat Militaire International fand vom 20. bis 24. September 1990 in Wien statt. Delegierte und Beobachter aus 11 Nationen sowie der Vizepräsident des Päpstlichen Rates für die Laien, Bischof Dr. Paul Josef Cordes, nahmen an dieser Jubiläumskonferenz teil.

Den Ablauf der Konferenz faßt das Kommuniqué zusammen.

Die Konferenz sandte einen Brief an den katholischen Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, in dem sie den Deutschen zur Wiedervereinigung Glück wünschte und sich für die Verwirklichung christlicher Normen auch in den Streitkräften des vereinigten Deutschlands aussprach.

Bei einem Festakt zum 25jährigen Bestehen des AMI, der nach einem Festgottesdienst im St. Stephansdom in Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten stattfand, wurde der langjährige Bundesgeschäftsführer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberstleutnant Jürgen Bringmann, mit dem silbernen Verdienstkreuz des österreichischen St. Georgs-Ordens ausgezeichnet.

Einstimmig wählten die Delegierten Deutschland zum Sitz des Präsidiums des AMI ab 1. Januar 1991 für drei Jahre. Präsident des AMI wird — als Nachfolger von Divisionär Karl Majcen, Österreich — Oberstleutnant Jürgen Bringmann, Bonn. Mitglieder des Präsidiums werden Oberst Franz Thiele, Bad Mergentheim, und Oberstabsbootsmann Günter Thy, Flensburg.

Die nächste Konferenz des Apostolat Militaire International findet vom 6. bis 11. Juni 1991 in Flensburg statt. Sie wird von der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ausgerichtet und befaßt sich mit der Möglichkeit der Umsetzung christlicher Normen und Wertvorstellungen in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften der dem AMI angehörenden Länder.

Bringmann

Abschlußkommunique

Die diesjährige Konferenz des Apostolat Militaire International (A.M.I.) fand in der Zeit vom 20. bis 24. September 1990 in Wien statt. Erstmals konnten bei dieser Konferenz durch den Präsidenten des Apostolat Militaire International, den österreichischen General Karl Majcen, Delegierte aus zwölf Nationen, und zwar aus Belgien, Columbien, der Bundesrepublik

Deutschland, aus Ecuador, Frankreich, den Niederlanden, Italien, Österreich, Peru, Portugal, der Schweiz und Spanien, begrüßt werden. In Fortsetzung der Konferenz von Toledo 1989, die sich grundsätzlich Überlegungen zum Thema „Die Herausforderung der 90er Jahre an den christlichen Soldaten“ machte, setzte sich diese Konferenz zum Ziel, konkrete Anregungen für das Wirken des christlichen Soldaten in der Kaserne, in der Familie, in der Freizeit und in der Ostkirche unter dem Leitmotto „Gehet und bringt den Frieden — Verwirklichung des Friedensgebotes im täglichen Leben des Soldaten“ zu erarbeiten.

Mit diesem Thema hatten sich die einzelnen Mitgliedsländer bereits im vergangenen Jahr auseinandergesetzt. Das Ergebnis wurde bei der Konferenz eingebracht. Niemand konnte bei der Aufgabenstellung zu diesem Thema die rasche Entwicklung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks vorhersehen, so daß vor allem durch die Delegierten aus der Bundesrepublik Deutschland auf die konkrete Situation im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ergänzend eingegangen wurde.

Die Delegierten des A.M.I. bringen ihre Genugtuung zum Ausdruck, daß durch diese Entwicklung die Menschen vor allem in Europa einem stabilen Frieden ein wesentliches Stück näher gekommen sind. So sehr sich die katholi-

schen Soldaten der Mitgliedsländer nach einer Vereinigung mit katholischen Soldaten der ehemaligen Ostblockländer sehnen, weil nur dadurch ein breiter Beitrag zur Friedensarbeit der Soldaten geleistet werden kann, so sehr darf dabei der bisherige Charakter der Streitkräfte dieser Länder in der Zeit des realen Sozialismus nicht ignoriert werden; er widersprach unserem Glauben. Die Installation einer Militärseelsorge in Polen läßt die Hoffnung aufkommen, daß sich hier neue Wege öffnen und in Zukunft auch den Soldaten dieser Länder das Recht auf Religionsfreiheit ohne Einschränkungen gewährt wird. Das Apostolat Militaire International wird alle seine Kräfte zur Verfügung stellen, um über alle noch irrtümlich vorhandenen Grenzen hinweg unter voller Wahrung der Souveränität der einzelnen Länder dabei Hilfestellung zu gewähren.

Dies gilt aber nicht nur für die Länder des Ostens, sondern in gleicher Weise auch für andere Länder, wie etwa Lateinamerika. Zur besonderen Freude gereichte es daher den in Wien anwesenden Delegierten des A.M.I., daß der Militärbischof von Ecuador, ein Beauftragter der lateinamerikanischen Bischofskonferenz und zwei Vertreter aus Columbien und Peru an der Konferenz teilnahmen.

Nach einem intensiven Gespräch mit den Mitgliedern der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz im Vorjahr in Madrid ist da-

mit ein wichtiger Schritt zur weiteren Zusammenarbeit mit den katholischen Soldaten in den Streitkräften Lateinamerikas erfolgt. Dies ganz im Sinne des Auftrages, den sich das A.M.I. gegeben hat, nämlich in möglichst vielen Armen im Geist des Konzilstextes über das Apostolat der Laien für den Frieden zu wirken.

Gleichzeitig weisen die Delegierten aber auch auf die sich täglich verschärfenden Situationen im Nahen Osten und die damit verbundene neuerliche Gefährdung des Weltfriedens hin.

Das Apostolat Militaire International fordert daher alle am Konflikt beteiligten Staaten auf, nichts unversucht zu lassen, den Konflikt ohne Waffengang, der unzählige Soldaten und Zivilisten das Leben und die Gesundheit kosten würde, zu beenden.

Es darf kein Zweifel daran gelassen werden, daß die Beendigung des Konflikts nur in der vollständigen Wiederherstellung der Souveränität besetzter Länder liegen kann. Darüber hinaus ersucht das A.M.I. alle Länder, sich aufgrund dieses aktuellen Anlasses mit mehr Nachdruck Gedanken über die Schaffung einer Weltfriedensordnung zu machen, wie sie das II. Vatikanische Konzil vorsieht.

Die allgemeine weltpolitische Situation zeigt erneut, daß der soldatische Dienst erforderlich und verantwortbar ist, weil er den politischen Prozeß zur Förderung des Friedens vor Rückschlägen absi-

chert und auf einem möglichst niedrigen Rüstungsniveau stabilisiert.

Zur praktischen Arbeit der Konferenz selbst, die die Erarbeitung eines Aktivitätenkataloges zum Ziel hatte, hielt Mag. Viktor Wallner als ehemaliger Berufs- und späterer Reserveoffizier, als Kriegsteilnehmer und hoher politischer Mandatar in Österreich, den Hauptvortrag. Unter anderem arbeitete er die Voraussetzungen für die Erfüllung des Friedensauftrages im täglichen Leben heraus. Diese ist zunächst im Leitsatz „Selbstbesserung kommt vor Weltbesserung“ zu sehen.

Eine große Bedeutung komme weiter dem Umstand zu, daß jeder für die Kultur des Zusammenlebens Sorge zu tragen und für das Einhalten der guten Sitten einzutreten habe.

Daher müßte jeder mithelfen, daß die Privatisierung von Moral und guten Sitten aufgehoben und sie wiederum allgemeinverbindlich werden. Schließlich forderte der Vortragende alle Anwesenden auf, rasch zu handeln, weil die versäumten Gelegenheiten im täglichen Leben schon zu groß wären.

Den Abschluß und Höhepunkt der diesjährigen Konferenz bildeten das Pontifikalamt und der Festakt anläßlich des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des A.M.I. im Stephansdom und im Erzbischöflichen Palais. In Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten, der höchsten Offiziere und Be-

amten des österreichischen Bundesheeres, zahlreicher in Österreich akkreditierter Militärattachés wies S.E. Hans Hermann Kardinal Groer in seiner Predigt zunächst darauf hin, daß der Gottesdienst auf den Feiertag der Heiligen Rupert und Virgil falle, zweier Männer, die zunächst als Laienapostel als Patrone für die Anliegen der A.M.I. angesehen werden können. Der Kardinal betonte weiter, daß der Dienst des Soldaten als Verteidiger der Würde des Menschen voraussetze, daß er selbst im Frieden mit Gott lebe.

Kardinal Groer stellte drei Berufe, die als heldenhaft bezeichnet werden können, heraus, und zwar den Mönch, den Soldaten und die Mutter. Alle sind letztlich bereit, in Erfüllung ihres Auftrages ihr Leben zu geben, um andere Leben zu erhalten.

Vor allem aber ist der Soldaten prädestiniert, so schloß der Kardinal, die heute so wichtige Neu-evangelisierung zu tragen; dies sei ein Beitrag zum Frieden in der Welt.

Zur besonderen Ehre und Freude gereichte es den Delegierten, daß S.E. Kardinalstaatssekretär Casaroli eine Grußbotschaft an die Konferenz richtete, die während des Festaktes verlesen wurde. Darin brachte er die Anerkennung des Heiligen Stuhles für die apostolische Arbeit unter den besonderen Lebensbedingungen in den Streitkräften zum Ausdruck und erbot die Segenswünsche Sei-

ner Heiligkeit des Papstes für die Arbeit bei der Konferenz und in der Zukunft.

Auch der Präsident der Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen (O.I.C.), dem auch A.M.I. seit fünf Jahren angehört, entbot der A.M.I.-Konferenz seine Grüße. In bemerkenswerter Weise stellte er dabei heraus, daß der Soldat leider das Kreuz auf sich nehmen müsse, häufig mit Kriegsführung und nicht mit Kriegsverhinderung, Werterhaltung und damit Friedensstiftung gleichgesetzt zu werden. Um so mehr, so betonte der Präsident, ist die Aufgabe des A.M.I. zu begrüßen, den christlichen Soldaten ins rechte Licht zu stellen und seinen Friedensauftrag zu verwirklichen.

Während des Festaktes ergriff auch Bischof Dr. Paul Josef Cordes als Vizepräsident des Päpstlichen Rates für die Laien das Wort. Er erinnerte an die Veränderungen in der politischen Landschaft Europas, die auch eine besondere Herausforderung an die katholischen Soldaten darstellen.

Daher dürfe nicht vergessen werden, daß die Gründe für die Veränderung nicht nur auf politische, ideologische oder ökonomische Ziele verschiedener Staaten zurückzuführen seien, sondern daß Frieden und Freiheit vor allem ein Geschenk Gottes seien, das er durch kluge Menschen zu verwirklichen trachte.

Das Engagement im Laienapo-

stolat, so setzte Bischof Dr. Cordes fort, dürfe nicht als Ersatz für fehlende Priester angesehen werden, sondern als Chance, Anteil zu haben an Gottes Heil.

Im Anschluß daran präsentierte General Karl Majcen den am Festakt Anwesenden die zum Jubiläum aufgelegte Festschrift „25 Jahre Apostolat Militaire International“. Diese Festschrift umfaßt in mehreren Sprachen alle wesentlichen Informationen über Ziele und Aufgaben des A.M.I., seine Geschichte, seine Mitglieder. Ergänzt wird dies durch die Statuten und die Geschäftsordnung. Im Mittelpunkt stehen aber grundsätzliche Aussagen des Heiligen Vaters und die bisher veröffentlichten Positionen des A.M.I.

Die große Anzahl der teilnehmenden Nationen und das große Interesse, das vor allem von seiten der Bischöfe aus Europa, Nord- und Lateinamerika, sei es schriftlich oder durch aktive Teilnahme an dieser Konferenz, entgegengebracht wurde, stärkt die Hoffnung auf eine weiter gedeihliche, brüderliche Zusammenarbeit zwischen den christlichen Soldaten verschiedener Länder und Kontinente. Der Auftrag, der den Christen in der Welt, in besonderer Weise aber dem christlichen Soldaten zukommt, kennzeichnet die Bedeutung dieser Konferenz des A.M.I. 1990 in Wien:

„Gehet hinaus und bringt den Frieden.“

AMI Brief

An den Katholischen Militärbischof für die deutsche Bundeswehr

Dr. Elmar Maria Kredel
Erzbischof von Bamberg
Obere Karolinenstraße
D-8600 Bamberg

Mit der Bitte, nachfolgendes Schreiben den katholischen Bischöfen im Ostteil Deutschlands zur Kenntnis zu bringen:

Exzellenz, hochwürdigster Herr Erzbischof!

Die Mitglieder des Apostolat Militaire International (A.M.I.), die sich zur Zeit in Wien auf ihrer jährlichen Delegiertenkonferenz treffen, erleben mit großer Freude, daß am 3. Oktober die lang ersehnte und auch erbetete Einheit Deutschlands erreicht wird.

Wir beglückwünschen alle Deutschen in Ost und West zu diesem neuen Anfang, der sowohl ein Geschenk Gottes als auch ein Erfolg derer ist, die in Politik, Gesellschaft und in unserer Kirche Verantwortung tragen. Die im Apostolat Militaire International zusammengeschlossenen katholischen Soldaten aus Argentinien, Belgien, Chile, Columbien, Ecuador, Niederlande, Portugal, USA, Frankreich, Österreich, Schweiz, Deutschland, Italien, Peru, Spanien, Venezuela sind sich bewußt, daß neue Aufgaben auf die Deutschen zukommen. Diese werden um so leichter bewältigt werden können, wenn das Interesse und die Unterstützung

der befreundeten Länder sie begleiten. Die Mitglieder des A.M.I. fühlen sich verpflichtet, auch in Zukunft vor allem das Bemühen ihrer deutschen Kameraden in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zu unterstützen und im Gebet zu begleiten. Unser Ziel ist es, das Vertrauen unter den bisher getrennten Menschen in Ost und West auf allen Gebieten wachsen zu lassen. Dies ist Voraussetzung, damit das Apostolat des Glaubenszeugnisses auch in der Kirche unter Soldaten immer deutlicher und überzeugender Gestalt gewinnt. Von dieser Zusammenarbeit versprechen sich die Mitgliedsländer des A.M.I. neue und fruchtbare Anregungen.

Die Delegiertenkonferenz des A.M.I. bedankt sich bei allen, die für die Seelsorge an Soldaten Verantwortung tragen, für diesen wertvollen Dienst. Er hilft uns, immer deutlicher unseren Auftrag zu erkennen und zu erfüllen: Einen unverzichtbaren Auftrag als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker und zur Festigung des Friedens zu leisten.

Wien, 24. September 1990

Soldaten wallfahrten

In Fortführung der Soldatenwallfahrt, die im Juni 1989 anlässlich

des Jubiläums der Stadtpfarrkirche Hammelburg stattfand, veranstaltete die katholische Militärseelsorge Hammelburg am 26.6.1990 erneut eine Fußwallfahrt für Soldaten unter dem Thema: „Zu Gott finden durch Glauben und Vertrauen“ von der Kaserne in die Stadt Hammelburg.

Rund 400 Soldaten, darunter Oberst Soukal, Kommandeur der PzGreBrig 35, und Oberstleutnant Freiherr von Hammerstein-Equord, Kommandeur des PzBtl 354, beteiligten sich an der Wallfahrt, die von der Kaserne Hammelburg über Pfaffenhausen und die Saalewiesen hinunter in die Stadt führte.

Auf dem 1½stündigen Weg machten die Wallfahrer zu je einer kurzen Station halt. Thema der 1. Meditation an der Christkönigskirche war: „Im Glauben unterwegs sein wie Abraham“. An der zweiten Station am Franzosenkreuz stand die Gebetsmotivation: „Glauben erfahren miteinander wie Maria“. Beim dritten Halt dachten die Soldaten über „Unseren Weg zum Glauben — Jesus Christus“ nach.

Der ökumenische Gottesdienst vor dem Soldatenfreizeitheim Heinrich-Köppler-Haus wurde gehalten vom katholischen Militärpfarrer Wolfgang Witzgall und seinem evangelischen Amtsbruder, Militärpfarrer Johannes Gortner und stand unter dem Leitwort „Unser Leben sei ein Fest“. Die musikalische Umrahmung übernahm der katholische Pfarrhelfer Günter Hagl.

Am Ende des Gottesdienstes verabschiedete Pfarrer Witzgall mit herzlichem Dank seinen Amtsbruder Pfarrer Gortner, der Ende Juli den Standort Hammelburg verläßt und als Militärfarrer mit seiner Familie nach El Paso/Texas geht. Auch Pfarrer Gortner fand herzliche Worte des Dankes zum Abschied.

Im Anschluß an den Gottesdienst trafen sich die Soldaten im Heinrich-Köppler-Haus zu einem gemütlichen Beisammensein, wozu sie der katholische Standortpfarrer einlud.

Eva Albert

Patrone geehrt

Gemeinschaft Katholischer Soldaten feierte im Bonner Münster

**Ministerin Wilms:
Bundeswehr schützt
Menschenwürde**

Ihre Patrone Cassius und Florentius hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) mit einem Festgottesdienst im Bonner Münster geehrt. Die Soldaten ließen dabei einen alten Brauch wieder aufleben und stifteten den beiden römischen Legionären und Märtyrern eine große Kerze. Das diesjährige Patronatsfest stand

ganz im Zeichen der Einheit Deutschlands.

Bundesministerin Dorothee Wilms würdigte in ihrem Festvortrag den tätigen Dienst der Christen für ein menschenwürdiges Zusammenleben in Deutschland und das besondere Treueverhältnis der Soldaten zum freiheitlich-demokratischen Staat. Im Namen der Bundesregierung lobte sie das Engagement katholischer Soldaten im „inneren Einigungsprozeß“. Dabei erinnerte sie an den Aufruf des Apostel Paulus an die Galater: „Ihr seid zur Freiheit berufen, Brüder!“ Freiheit habe uns Deutsche wieder zusammengeführt.

Den Soldaten gebühre Dank, denn die Bundeswehr habe dazu beigetragen, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im freien Teil Deutschlands und Europas zu sichern. Sie hat damit an den Voraussetzungen mitgewirkt, die schließlich die Wende drüben herbeigeführt haben. Die NVA war eine Parteiarmee und ein Instrument kommunistischer Diktatur. Ihre Tradition, Uniformen und Gebräuche konnten deshalb nicht übernommen werden.

Auch in der gesamtdeutschen Bundeswehr bleibe der Auftrag, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen und den Frieden in einem vereinten Europa zu schützen. Den übernommenen ehemaligen NVA-Soldaten sollten gerade im Glauben gebundene Soldaten kameradschaftlich vorleben, wie ethische

Werte und anvertrautes Leben zu schützen sind, erklärte Ministerin Wilms. Der Soldat der Bundeswehr beziehe sein Selbstbewußtsein letztlich aus der Souveränität der Freiheit und der Menschenwürde.

Das Patronatsfest schloß mit einer Ansprache des Militärgeneralvikars Ernst Niermann und einem Empfang im Kreuzgang des Münsters.

(woi)

Eine Herbstwanderung durchs Hohe Venn, oder „Weil ich katholisch bin, muß ich durch den Matsch!“

Zu einer gemeinsamen Herbstwanderung durch das Hohe Venn hatte die GKS, Kreis Köln, eingeladen, und die Naturfreunde aus der Domstadt fanden sich erwartungsvoll und mit reichlich „Eigenverpflegung im Rucksack“ am Treffpunkt auf dem Parkplatz ein. Auch zünftig angezogen waren die 43 Damen und Herren. Pünktlich ging es auf die sonntäglich freie Autobahn in Richtung Aachen und weiter zum Ausgangspunkt der Wan-

derung beim Gasthaus Baraque Michel. Nach der Begrüßung der Gäste und einführenden Worte durch OStFw a.D. Leier während der 1½stündigen Busfahrt begann die Wanderung durch das herbstlich bunte große Hochmoor und Naturschutzgebiet mit fachkundiger Einweisung durch StFw a.D. Dröge, der insgesamt die Leitung und Vorbereitung hatte.

Bei beginnendem leichten Regen ging es dann im „Gänsemarsch“ über mehr oder minder morsche Stege auf schmalen Pfaden über Wasserläufe und umgestürzte Baumriesen. Der aufkommende Sturm peitschte bald kräftige und immer unangenehmer werdende Regenschauer über Mensch und Natur.

Wenn auch die Heide- und Moorlandschaft reizvoll und sehr abwechslungsreich war, die Naturfreunde aus Köln konnten die Blicke kaum in die Umgebung wandern lassen, denn der z.T. miserable Zustand der Wege erforderte stete Aufmerksamkeit, es war rutschig und die Stege voller Löcher!

Nach drei Stunden recht mühseliger Kletterei und einiger vollgelaufener Stiefel kam die Kölner Wandergruppe z.T. tiefend naß am Zwischenziel an, das dann zum Endpunkt wurde. Ein Teilnehmer meinte zu seiner ebenfalls durchnäßten und frierenden Frau: „Weil ich katholisch bin, muß ich durch den Matsch!“

Wir erreichten den Bus und fuhren dann das angekündigte Mu-

seum und den erwarteten Platz am offenen Feuer an, aber es war überfüllt. Auch das ursprünglich vorgesehene Essen in „einem Gasthaus mit leckeren Fritten“ mußte ausfallen, es gab keinen freien Platz!

Befragt, was nun getan werden sollte, votierte die „vox populi“ für die Heimfahrt nach Köln. Und so geschah es. Nach einem bisher sonnigen Herbst war Petrus an diesem Sonntag wohl ein wenig ungnädig mit der Gruppe aus der Domstadt.

Fazit: Vielleicht müßte eine derartige Wanderung auch für den Schlechtwetterfall etwas intensiver vorbereitet werden. Doch trotz der beschwerlichen Wanderung durch Pfützen und Matsch und ohne das versprochene Mittagessen und das „gute Bier“ dankten die Teilnehmer den Verantwortlichen.

Kurt Seelig

Pilgerfahrt und Kunstreise der katholischen Militärgemeinde

Die katholische Militärgemeinde Regensburg/Hemau führte vom 26. Oktober bis 3. November 1990 eine Pilgerfahrt nach Rom durch.

Unter kundiger Leitung durch Militärdekan P. Roland Stemmler begaben sich 74 Teilnehmer aus den Standorten Regensburg und Hemau im Bus auf den Weg nach Rom.

Konzipiert als Wallfahrt und Kunstreise, führte die Fahrt zunächst nach Assisi. Bedeutend als Wirkungsstätte des hl. Franziskus, beeindruckte die Stadt mit ihren malerischen Gassen, herrlichen Baudenkmalern und prächtigen Ausblicken in die umbrische Landschaft.

Die Woche begann mit einem eindrucksvollen Gottesdienst in den Domitilla-Katakomben.

Die folgenden Tage brachten den Teilnehmern die vielen historisch und kunstgeschichtlich so bedeutenden Bauten der Stadt Rom nahe. Ein Landausflug führte über Monte Cassino bis Pompeji und zurück über Frascati, wo man sich bei italienischem Essen und Wein erholte.

Während einer Audienz begrüßte Papst Johannes Paul II. die Militärgemeinde ganz besonders. Der Aufenthalt in Rom endete mit einem Besuch in den Vatikanischen Museen und der Sixtinischen Kapelle mit den restaurierten Deckenfresken Michelangelos, die sich in frischen leuchtkräftigen Farben darboten.

Am Ende der Reise fühlten sich alle Teilnehmer beglückt durch bleibende Eindrücke und dankten ihrem Pater Stemmler mit einem kleinen Geschenk.

Ansprache des Heiligen Vaters bei der Generalaudienz am 31. Oktober 1990

Liebe Schwestern und Brüder!

Wie Jesus versprochen hatte, war der Heilige Geist in der Urkirche der Spender aller göttlichen Gaben und ist dies über alle Epochen der Kirche geblieben. „Das alles bewirkt ein und derselbe Geist, einem jeden teilt er seine besondere Gabe zu, wie er will“ (1 Kor 12,11). Auch die „hieratischen Gaben“, wie wir sie mit dem II. Vatikanischen Konzil (*Lumen gentium*, 4) nennen können und die für die Leitung der Kirche unersetzlich sind, kommen von ihm (vgl. *Apog* 20, 28).

Aufgrund der von Jesus gemachten und von den Aposteln überlieferten Offenbarung bekennt das Glaubensbekenntnis den Glauben an den Heiligen Geist, von dem es sagt, daß er „Herr“ ist, wie das Wort Herr ist, das Fleisch angenommen hat: „Du allein bist der Herr... mit dem Heiligen Geist.“ Und es fügt an, daß der Geist das Leben gibt. Nur Gott kann dem Menschen das Leben geben. Der Heilige Geist ist Gott.

Diese Glaubenswahrheit wurde im nicaeno-konstantinopolitanischen Glaubensbekenntnis formuliert, da sie als von Gott durch Jesus Christus geoffenbarte Wahrheit galt, die von den Aposteln und den Kirchenvätern gelehrt worden war. Nach der Lehre der Väter be-

deutete eine Leugnung der Gottheit des Heiligen Geistes, daß die Erhebung des Menschen zur Teilhabe am göttlichen Leben ausgeschlossen wird, die nach dem Evangelium Werk des Heiligen Geistes ist. Nur der, der selber Gott ist, kann die Teilhabe am göttlichen Leben wirken.

Es bleibt hinzuzufügen, daß der Glaube an den Heiligen Geist als göttliche Person wiederholt vom Lehramt der Kirche feierlich bestätigt wurde.

Mit tiefer Dankbarkeit nimmt die Kirche die prophetischen Schriften als ein wertvolles Geschenk des Heiligen Geistes an, der sich von den Anfängen der Heilsgeschichte an als gegenwärtig und tätig erwiesen hat.

Mit dieser kurzen Betrachtung grüße ich alle Pilger und Besucher deutscher Sprache sehr herzlich. Mein besonderer Gruß gilt den verschiedenen katholischen Militärgemeinden der Bundesrepublik Deutschland. Der Dienst in der Bundeswehr bringt eine große Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft mit sich. Euch ist der Gebrauch von Defensivwaffen und Material von großer Bedeutung für euer Land anvertraut. Es ist eine entscheidende Erfahrung für euer Leben, die ihr in dieser Zeit macht. Eure Persönlichkeit wird bereichert werden durch Grundsätze, die sich an der Wahrheit über den Menschen, über seine Bestimmung und seine Sendung orientieren.

Euch allen, den deutschsprachigen Pilgern, sowie den mit uns über Radio Vatikan verbundenen Hörerinnen und Hörern erteile ich

von Herzen meinen Apostolischen Segen.

P. Roland Stemmler



Neue Gemeinsamkeit katholischer und evangelischer Christen

Es war ein einmalig ergreifendes Erlebnis, als in der überfüllten katholischen St. Michael-Kirche zu Munster in ökumenischer Weise das Heilige Abendmahl und die Eucharistie gefeiert wurde.

Mit ihren Geistlichen waren in

großer Zahl die Gemeindeglieder der fünf Kirchen der Garnisonstadt Munster erschienen: St. Urbani, St. Martin, St. Stephanus, St. Michael und Friedenskirche.

Die ökumenische Bewegung in Munster nimmt seit über zehn Jahren erfreulich gestaltete Formen an. Neben gemeinsamen Gottesdiensten erlebt man Kaffeetafeln für Senioren, Abendandachten mit Musik. In neuerer Zeit auch gemeinsame Tanzabende. Seit Jahren spielt in der Adventszeit das bekannte Mandolinenorchester

Langenhagen unter Leitung ihres evangelischen Pastors in der katholischen St. Michael-Kirche fröhliche Weisen.

Daß aber die hohe Feier der katholischen Eucharistie und das Heilige Abendmahl der evangelischen Kirche in gemeinsamer Gestaltung am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden konnte, schien zuerst ein Wagnis zu sein. Dann aber erlebte man es so, als wenn der Heilige Geist mit dem Segen Gottes über dem festlichen Geschehen lag.

Dieser feierliche Sonntagvormittag wurde durch gemeinsame Chöre der vereinigten Kirchen eingeleitet. Die Austeilung von Brot und Wein erfolgte durch die Geistlichen beider Konfessionen.

Hans Stilbach

Freiheit ist Recht auf Wahrheit

Akademiegespräch für Unteroffiziere und Feldwebel im Regensburger Kolpinghaus

Am letzten Dienstag fand wieder das Akademiegespräch für Unteroffiziere und Feldwebel auf Einladung der katholischen Militärseelsorge unter der Leitung von Pater Roland Stemmler statt. Wie jedesmal waren auch diesmal die Ehe-

gattinnen der Soldaten miteingeladen. Das Thema war aktuell wie selten, ging es doch um die „Kirche in Osteuropa“.

Man hatte dazu einen äußerst kompetenten Mann geladen, den 1917 geborenen Prälaten Wilhelm Reitzer aus Ingolstadt, der von August 1979 bis Ende 1987 in Wien Leiter des Europäischen Hilfsfonds der österreichischen und Deutschen Bischofskonferenz war.

So konnte Reitzer aus dem reichen Erfahrungsschatz seiner Tätigkeit berichten. In verschiedenen Stufen ging er auf die Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern, aber auch in den gesamten osteuropäischen Staaten wie CSFR, Bulgarien, Rumänien, Polen, Ungarn und nicht zuletzt Rußland ein. Uns stellte sich zunächst die Frage, wie der Mensch in marxistisch-leninistisch geprägten Staaten nun die Freiheit des Andersdenkens, sei es nun die Fragen der Religion oder aber auch in anderen intellektuellen Problemstellungen, verkraftet. Diese Fragen stellte sich, so Reitzer, die kommunistischen Parteien der ehemaligen Ostblockländer gar nicht, denn man kam ja gar nicht auf den Gedanken, es gäbe andere wichtige Probleme. Die Besten eines Landes sind ja in der Partei, somit hat ja die Partei das Erkenntnismonopol, somit weiß die Partei, was gut ist für das Volk. Als logische Konsequenz daraus folgte das Einparteiensystem, keine außerpartei-

che Kontrolle der Macht und keine parteiunabhängige Justiz. Eine weitere Folge war daraufhin die perfekte Bespitzelung der eigenen Völker. Man schuf die totale Überwachung des Menschen. Als nun aber der Umschwung kam, merkten die Machthaber zu spät, daß das Volk eigentlich ganz anders leben wollte. Zunächst sollte ein geläuterter Sozialismus den Karren aus dem Dreck ziehen. Neue Gesichter, aber die gleichen Typen, wollte das Volk nicht haben. Noch in den letzten Tagen der alten DDR konnten SED-Mitglieder sagen: Das dumme Volk begreift nicht, daß sie Bananen, aber nicht die Freiheit gewählt haben.

Erhard Eppler, so Reitzer, sah Gorbatschow mit seiner Perestroika, das polnische Volk mit der Solidarnosc, Ungarn mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs und die Kirchen in der DDR als die eigentlichen Gründe für den Umschwung an.

Als praktische Konsequenzen für die Belange der Militärseelsorge in den fünf neuen Bundesländern zeigt sich der Quasi-Vorteil der katholischen Militärseelsorge, die als Einheit mit der Bundesrepublik den Vertrag über seelsorgliche Tätigkeiten ausgehandelt hatte und nun ohne Probleme auch in den neuen Bundesländern den Soldaten geistigen Beistand leisten kann. Für die evangelischen Christen sieht es etwas schlechter aus, da die Landeskirchen Einzelverträge abgeschlossen haben

und somit eine Seelsorge der evangelischen Soldaten zunächst einmal Sache der Landeskirchen bleibt, bis man eine neue Regelung gefunden hat.

Harald Schäfer

Erika schwingt das Zepter

Eigentlich ist sie ja gar nicht so, aber an manchen Sonntagen zeigt sie „diktatorische“ Gelüste. Da muß man sie gewähren lassen.

Schon am Morgen betätigt sie mit Eifer den Hausgong, dessen heller Klang die Familienmitglieder zum Frühstückstisch ruft. Wehe, wenn wir alle da nicht gleich das, was wir in den Händen haben, sozusagen „fallen“ lassen; die Tätigkeit, die wir eben vornehmen, sofort beenden und schnurstracks ins Wohnzimmer zur „Round-Table-Frühstücks-Konferenz“ eilen!

Dann singt Erika in der Rolle der Herrscherin die große Arie des ersten Aktes:

„Peter, was trödelst du so lange herum!?“

„So komm doch schon, Oma!“

Wenn sich daraufhin noch nichts rührt, folgen weitere Strophen. „Die Eier werden hart, der Kaffee wird ja kalt“ usw. . .

Nun endlich ist es soweit. Alle Hausbewohner sitzen um den kreisrunden Familientisch, und die heilige Zeremonie des sonn- oder feiertäglichen Frühstücks kann beginnen!

Oh Schreck! Eben bemerkt mein geschultes „Haushaltungsvorstands-Auge“, daß der Salzbecher oder sonst etwas Wichtiges fehlt. Wenn Sie jetzt denken, daß ich nun mit der gerechten Entrüstung des Familienvaters auf den Tisch schlagen oder ein paar deutliche Worte sagen werde, dann haben Sie sich geirrt. Weit gefehlt, vorsichtig setze ich zu meinem Monolog an, und schüchtern wie ein Primaner bringe ich mein Anliegen vor. Gleich darauf kommt ein heftiges Rezitativ:

„Ich bin nur froh, daß du wieder etwas gefunden hast, worüber du meckern kannst!“

Es wäre nun völlig verkehrt, dagegen irgendwelche Einwände zu erheben, und so ist es am besten, man schweigt, und auch schweigend wird von der Tochter das Fehlende herangebracht.

Nun sind wir bei der Frühstücks-Zigarette angelangt. Ah, da könnte man... Genießerisch drehe ich am Lautstärkeknopf: Gieseking, der leider schon von uns gegangene berühmte Meister, spielt das Es-Dur-Konzert des großen Heroen!

Da kommt auch schon der nächste „Auftritt“.

„Bitte stell' doch das Radio etwas leiser, man versteht ja das eigene Wort kaum.“

Und der herrliche Beethoven geht unter in einem Diskurs der Frauen über die Notwendigkeit, das Blaugetupfte kürzer zu machen, und über die Tatsache, daß „Zorro“ — unser Schäferhund — gestern abend nichts gegessen hat.

Der nächste Akt spielt dann auf der Freilichtbühne... ich meine — im Garten. Mit dem Eifer des Sonntagsgärtners fahre ich mit dem Rasenmäher durch das schnittreife Gras, da höre ich schon wieder hochdramatische Töne:

„Bitte sei doch vorsichtig“, ruft sie mir zu, „du beschädigst ja die Hecke!“

Eben vorhin ist mir das passiert, aber das hat sie nicht gesehen. Nun aber bin ich mindestens noch zwei Meter von der Hecke, die die Wiese begrenzt, entfernt und so mime ich mit langem Gesicht den unschuldig Gekränkten. Ich versuche nun meinerseits ein paar sanfte Einwände, die ich aus dem Wissen um einige tiefschürfende Werke wie „Die gründliche Gartenpflege“ und „Die rationelle Anwendung des Handrasenmähers“ beziehe. Doch sie ist noch nicht gewillt, ihre herrschende Rolle abzugeben, und gleich beginnt der 3. Akt.

Die Szene ist die Kaffeetafel. Die Tochter tritt von links auf, und während sie sich setzt, sagt sie:

„Der Toni will mich dann abholen...“ Doch schon trifft sie ein mißbilligender Blick ihrer Mutter,

so daß sie mitten im Satz verstummt. Erika kann den Toni nämlich nicht ausstehen.

Plötzlich aber — so zwischen Kaffee und Abendbrot — ist das Drama zu Ende, und ohne Übergang wird ein Lustspiel daraus.

„Weißt du, Dicker...“, läßt sich die Haus-Kommandeuse vernehmen, die im bürgerlichen Leben meine Frau ist, und wenn sie „Dicker“ sagt, dann beginnt der heitere Teil.

„Manchmal hat man schon...“, sie beendet ihre Rede nicht und schaut mich dabei mit einem um Verzeihung bittenden Blick an.

„Nun laß mal“, erwidere ich und nehme ihre kleine fleißige Hand, und mit einem alles verstehenden Lächeln sehen wir uns in die Augen und freuen uns, daß heute Sonntag ist und die Sonne scheint...

Arthur Schopf

Arbeits-/ Wehrbereichs- konferenz IV

vom 12.10. — 13.10.1990
in Hofheim/Ts.

Am 12. und 13. Oktober fand im Exerzitenhaus St. Josef in Hofheim/Ts. die diesjährige Herbstkonferenz der Laiengremien als Ar-

beitskonferenz beim Katholischen Wehrbereichsdekan IV, zugleich Wehrbereichskonferenz IV der GKS, statt. Delegierte aus 12 Seelsorgebezirken und 6 GKS-Kreisen sowie einige Militärfarrer, insgesamt 32 Angehörige der Katholischen Militärseelsorge, hatten sich versammelt, um die letztmalige offizielle Zusammenkunft des zum 30. Januar 1991 aus der Kath. Militärseelsorge ausscheidenden Kath. Wehrbereichsdekan IV, Herrn Prälat Hubert Bittorf, mit diesem Laiengremium wie immer arbeitsintensiv, aber auch festlich-fröhlich zu begehen.

Da die Amtszeit des Moderators und der Mitglieder seines Arbeitskreises abgelaufen war, standen bei dieser Tagung auch entsprechende Neuwahlen an. Der bisherige

Moderator, OLT Diedler, der seinerzeit in Nachfolge des im August 1988 tödlich verunglückten OTL Bertram dieses Amt übernommen hatte, stellte die Tätigkeiten des Moderators dar und erläuterte, welche Aufgaben sich dem Moderator und seinem Arbeitskreis stellen. Leider stand für eine Neuwahl keiner der bisherigen Amtsträger zur Verfügung, da zumeist die jeweilige Restdienstzeit für eine Amtsperiode nicht ausreichte oder aber der örtlich vorgesehene dienstliche Einsatz einer Mitarbeit im WB IV entgegenstand. Trotzdem gelang es der Arbeitskonferenz, die Wahlen programmgemäß durchzuführen. Gewählt wurden:

— OTL Sonntag aus Koblenz zum Moderator der Arbeitskonferenz IV sowie

— in den Arbeitskreis des Moderators

+ StFw Heinzinger und OFw Oster für die GKS,

+ Hptm Reichl und Fw Günst für die PGR.

Die ursprünglich bei der Wehrbereichskonferenz IV ebenfalls vorgesehenen Wahlen für den am 31.3.1991 aus der Bundeswehr ausscheidenden Vorsitzenden der GKS im WB IV und seine beiden Stellvertreter wurden, da nur die Hälfte der Kreise bei der Herbstkonferenz vertreten war, auf die Frühjahrskonferenz am 15./16.3.1991 verschoben. Die GKS im Wehrbereich IV zählt, nachdem am 2. Juli 1990 in Sobernheim ein neuer Kreis gegründet wurde, derzeit 12 Kreise.

Im Rahmen der Wehrbereichskonferenz IV verabschiedete der Vorsitzende der GKS im WB IV, Hptm Riffel, die bisherigen Sprecher der Kreise Bad Neuenahr-Ahrweiler und Mainz aus ihrem Amt. Hptm Breuckmann und Hptm a.D. Schneider, die jeweils für 4 Jahre das Amt des Sprechers innehatten, bekamen als Zeichen des Dankes und zur Erinnerung den Bronzeengel der GKS überreicht.

Dem ausscheidenden Moderator der Arbeitskonferenz beim Kath. Wehrbereichsdekan IV, OLT Diedler, dankte Hptm Riffel für die immer gute Zusammenarbeit, wünschte ihm Glück und Erfolg für

seinen weiteren dienstlichen Werdegang und überreichte ihm als Zeichen der Verbundenheit und zur Erinnerung gleichfalls den Bronzeengel der GKS.

Im Rahmen eines Grillabends, dessen Vorbereitung HFW Kruck von der GKS Diez übernommen hatte und bei dem das Bier zunächst gar nicht fließen wollte, dankte die Arbeits-/Wehrbereichskonferenz IV Herrn Prälat Bittorf für seine Tätigkeit als Katholischer Wehrbereichsdekan IV. Hptm Riffel, der als Vertreter der Laiengremien im September 1981 Prälat Bittorf als Nachfolger von Prälat Mappes im Osteiner Hof in Mainz begrüßt hatte, rief einige Daten des zu Verabschiedenden in Erinnerung. Prälat Bittorf, der am 28.2.1953 zum Priester geweiht wurde, trat am 1.10.1959 in den Dienst der Katholischen Militärseelsorge. Im Verlauf seines „militärischen Werdeganges“ war er u.a. Standortpfarrer von Mainz sowie Flottendekan, bevor er am 1.10.1981 das Amt des Katholischen Wehrbereichsdekan IV übernahm. Für die Arbeit der Laien hatte er als Wehrbereichsdekan stets ein offenes Ohr. Die Arbeitskonferenz dankte Prälat Bittorf für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Als Zeichen dieses Dankes und zur Erinnerung überreichte Hptm Riffel im Auftrag der Arbeitskonferenz Herrn Prälat Bittorf ein Buch über „Deutsche Eisenbahnfahrzeuge“, das, mit Widmung und Un-

terschrift aller Delegierten versehen, offensichtlich den Geschmack des im Januar 1991 ausscheidenden Wehrbereichsdekans traf.

Die Arbeits-/Wehrbereichskonferenz IV schloß am Nachmittag des 13. Oktober 1990 mit der Erteilung des Reisesegens. Die nächste Zusammenkunft dieses Laiengremiums wird am 15./16.3.1991 sein.

Richard Riffel

Deutsche und spanische Soldaten gemeinsam auf dem Camino

Im Juli diesen Jahres fand für 19 deutsche Soldaten (Mitglieder der Gemeinschaft Katholischer Soldaten) und einem Militargeistlichen die 3. Wallfahrt nach Santiago de Compostela (Nordwestspanien) statt. Mit 15 spanischen Militärangehörigen trafen sie sich in Zaragoza, um gemeinsam von der spanisch-französischen Grenze zu Fuß in Tagesetappen von bis zu 30 Kilometern auf dem Camino (wie der Jakobsweg auch genannt wird) nach Santiago zu wallfahren.

Nach der Entdeckung des Grabes des heiligen Jakobus (span.: Santiago)

um das 10. Jahrhundert stellte sich ein Besucherstrom zum Apostelgrab ein. Schon bald war Santiago nach Jerusalem und Rom der drittgrößte Wallfahrtsort der Christen. Zwar dienten alle in jener Zeit vorhandenen Verkehrswege als Zugang nach Santiago, aber 4 Routen erfreuten sich besonderer Beliebtheit und wurden von einer größeren Anzahl Pilger genutzt. Die 3 nördlichen Routen (von Paris, Vezelay und Le Puy) treffen in Ostabat (Frankreich) zusammen und verbinden sich in Puente la Reina (Spanien/Navarra) mit dem sogenannten „französischen Weg“ — er verbindet die Pyrenäen mit Galizien —, der schließlich zum eigentlichen Jakobsweg wurde. Der Jakobsweg wurde zur Schlagader eines innereuropäischen wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs. Er schuf wesentlich das mit, was wir heute Abendland nennen.

Um diesen Weg von Borces (Frankreich) nach Santiago de Compostela in Teilstücken zu Fuß zu wallfahren, trafen sich 17 deutsche Soldaten und Militärdekan Freericks am Montag, den 9. Juli, in Bonn. Obwohl einige Pilger zum zweiten bzw. dritten Mal zu dieser Wallfahrt antraten, half der einführende Vortrag von Militärdekan Theis über den Jakobsweg und die Peregrino (span.: Pilger) der damaligen Zeit in diese Thematik einzusteigen.

Schon am ersten Abend wurden im lockeren Beisammensein die

ersten spanischen und deutschen Lieder der vorherigen Wallfahrten in Erinnerung gerufen und den neuen Pilgern begebracht.

Der zweite Tag begann mit einer Fahrt nach Köln, einem Gottesdienst im Kölner Dom und einer anschließenden Besichtigung des Domes. Um 15.15 Uhr fuhren wir über Brüssel, Paris, Irun nach Zaragoza, wo wir uns Mittwochnachmittag mit deutschen Soldaten aus Beja (Portugal) sowie mit den 15 spanischen Soldaten (darunter 4 Generale!) trafen, die zum größten Teil in den letzten Jahren auch schon dabeigewesen waren.

Nach dem kurzem Besuch der Militärschule und der Kathedrale in Zaragoza fuhren wir mit dem Bus zu unserer Unterkunft nach Jaca. Hier sollten wir uns für die nächsten 5 Tage in hervorragend ausgestatteten 3-Mann-Zimmern von den Strapazen der Märsche erholen.

Am Abend fand in der Kathedrale von Jaca die erste spanisch-deutsche Messe statt — ein erstes beeindruckendes Gefühl im gemeinsamen katholischen Glauben. Da einige der Deutschen spanisch und die Spanier z.T. deutsch sprachen, waren die anfänglichen Berührungsängste (der Neuen) schnell gebrochen und ein Gefühl der Gemeinsamkeit stellte sich ein.

Am nun folgenden 4. Tag fand unsere erste Fußwallfahrt statt. Von Jaca aus wurden wir morgens nach Borces (Frankreich) gefahren

und wanderten dann Richtung Grenze zurück. Diese 12 Kilometer bis Puerto de Somport bedeuteten gleichzeitig, 1000 Höhenmeter durch die wunderschöne und beeindruckende Pyrenäenlandschaft bergauf zu gehen. Das Ziel der Wallfahrt war zum einen die Gemeinschaft und zum anderen der Weg selbst und nicht etwa das schnellstmögliche Erreichen des Etappenzieles. So wurde gerade von deutscher Seite darauf Rücksicht genommen, daß zum einen auch die älteren Pilger (Höchstalter 78 Jahre!) mitkamen und zum anderen General Castillo — als Leiter der Wallfahrt — bei den ersten am Endpunkt war. Da die Spanier aber hohe körperliche Ansprüche an sich selbst stellten und wir größere Probleme mit der Hitze hatten als sie, blieb die Gruppe auch größtenteils zusammen.

Bedingt durch Pausen, den um 12.00 Uhr gebeteten Angelus und die unter freiem Himmel gehaltenen Gottesdienste, war ein Auseinanderreißen der Gruppe quasi auch gar nicht möglich.

Gegen 13.00 Uhr erreichten wir Somport und die Ruinen des Hospital des Santa Christina. Ein ausgiebiges Mittagessen im Offizierkasino der dortigen Kaserne der Gebirgsjäger ließ uns wieder zu Kräften kommen und gewährte uns einen Einblick in die noch kommenden Mittag- und Abendessen.

Am späten Nachmittag traten wir zur Rückfahrt nach Jaca an.

Abends fand in der Militärkapelle dann wieder eine deutsch-spanische Messe statt, die wir, wie alle anderen Gottesdienste auch, mitgestalteten (z.B. als Lektor; die Fürbitten kamen spontan aus der Gruppe etc.).

Am 13. Juli (ein Freitag) erreichten wir unser Tagesziel (Jaca) bis 14.00 Uhr nicht, da die Strecke von 28 Kilometern sehr schwierig war und eine große Hitze vorherrschte. So brachen wir 8 Kilometer vor Jaca ab und holten diese am Tag darauf, laut 1. Planung unser „freier Tag“, nach. Am Samstagmittag wohnten wir in der Militärschule in Jaca der feierlichen Verabschiedung der Rekruten und des Einzelkämpferlehrganges (ein Lehrgang über 9 Monate mit in etwa derselben Ausbildung wie in der Bundeswehr) bei.

Die nächsten Etappen nach Puente de la Reina (Aragon), Escó, Sangüesa, Monreal und Puente la Reina (Navarra) verliefen im Ablauf in etwas gleich: Frühstück von 6.30 Uhr bis 7.00 Uhr, anschließend Fahrt zum Ausgangspunkt. Dortiger Abmarsch zum ca. 26 km entfernten Tagesziel gegen 7.30 Uhr.

Ausgedehntes Mittagessen von 14 Uhr bis 16.30 Uhr. Anschließend freie Zeit bis zur Messe um 20 Uhr.

Bei diesen anstrengenden Etappen über Asphalt, Wald und Wiese, offenes Gelände, Mais- und Weizenfelder etc. stellte sich meist die Nachtruhe gegen 23 Uhr ein.

Am Donnerstag, 19. Juli, fuhren

wir von Puente la Reina (Navarra) nach Burgos (180 km), wanderten dort Freitags eine Etappe, um uns dann nach Leon (Samstag) und schließlich nach Santiago de Compostela zu begeben. Auch hier waren die Unterkünfte besser als erwartet und der Empfang gut vorbereitet. Am nächsten Tag bestand dann die Möglichkeit, sich in Santiago umzusehen. Natürlich ging jeder zuerst in die imponierende Kathedrale des Wallfahrtsortes, um sich dann den Sehenswürdigkeiten und Souvenirläden zu widmen. Mittags trafen wir uns wieder, um über das erst um 11 Uhr einsetzende pulsierende Leben und die gewonnenen Eindrücke bei einem letzten gemeinsamen Mittagessen zu sprechen.

Den eigentlichen Höhepunkt der Soldatenwallfahrt erlebte die Pilgergruppe am nächsten Tag. 2 spanische Bischöfe und 6 weitere Priester (dabei auch unser Militärdekan) feierten in der Kathedrale von Santiago einen Gottesdienst vor einem nur von Soldaten gefüllten Mittelschiff. Auch diese Messe wurde zu unserer Überraschung in beiden Sprachen zelebriert. Sie fand ihren Abschluß mit dem Schwenken eines freihängenden, ein Meter hohen Weihrauchfasses. Von der etwa 25 m hohen Decke des einen Seitenschiffes wurde das Faß zur Decke des anderen Schiffes geschwungen, indem 10 Kirchendiener eine Art Seilzug betätigten.

Nicht nur bei dieser Gelegen-

heit, sondern auch beim darauffolgenden Abschied von den spanischen Kameraden, die uns (wieder) zu sehr guten Freunden wurden, standen uns die Tränen in den Augen. Es hieß „auf Wiedersehen“ zu sagen von hilfsbereiten, fröhlichen und unkomplizierten Menschen, die uns ohne Vorurteile aufgenommen haben und uns so akzeptieren, wie wir waren — aber ein „Auf-Wiedersehen“, welches wörtlich zu nehmen ist!

Alles in allem muß man sagen, daß diese Wallfahrt uns erneut bestärkte in unserem Glauben und uns die Möglichkeit bot, in einer Gemeinschaft von Kameraden spanische und deutsche Freunde zu finden, die wir vielleicht bei der nächsten Fahrt wiedertreffen.

Stefan Gülpen

Ehrung

**Würdigung der Laienarbeit
von Oberst a.D. Helmut
Fettweis für die AKS durch
ihren Präsidenten General Dr.
Eckstein am 17.11.1990**

Ich danke dem Bundesvorstand der GKS, daß ich heute namens der AKS mit einer kleinen Delegation vor Ihnen stehen darf und anläßlich Ihrer Tagung hier in Passau Gelegenheit bekommen habe, den Dank der Arbeitsgemeinschaft ka-

tholischer Soldaten (AKS) Österreichs Ihnen, sehr geehrter Herr Oberst a.D. Fettweis, abstaten zu dürfen.

Es ist uns ein ganz besonderes Anliegen, Ihnen, sehr geehrter Herr Oberst, namens der AKS Österreichs für Ihr unermüdliches Wirken für die Vorbereitung und Vertiefung des Glaubens und für Ihre christliche geprägte soldatische Haltung unseren Respekt auszudrücken.

Wie kein anderer haben Sie es verstanden, Ihr religiöses Engagement aufgrund Ihrer journalistischen Fähigkeiten so umzusetzen, daß eine breite und interessierte Öffentlichkeit mit Fragen, mit Problemen, aber auch mit nutzvollen Hilfestellungen konfrontiert worden ist.

Sie haben in Ihrem letzten Bericht der Redaktion, den wir im „Auftrag“ 193/194 von September 1990 abgedruckt finden, auf eine stolze Bilanz verweisen können...

Nutznießler dieser Tätigkeit gab es viele. Auch wir österreichische Soldaten haben, wie Sie anschließend aus den Zeilen unseres Militärbischofs entnehmen können, sehr viel von Ihnen profitiert.

Der Auftrag ist uns vertraut geworden, er wird gerne angenommen, und die darin enthaltenen Beiträge haben einen besonders hohen Standard erreicht, so daß nicht nur ein Informationsangebot, sondern auch ein Angebot zur Weiterbildung uns zur Hand gegeben worden ist. Für uns gilt Ihre

journalistische Forderung erfüllt: „Ihr Auftrag“ gab uns erkennbare Zeichen und Orientierungspunkte.

Nicht unerwähnt lassen will ich Ihre Tätigkeit als Sprecher des Königsteiner Offizierkreises und als verantwortlicher Redakteur der Königsteiner Offizierbriefe. Gemäß den Richtlinien, die das II. Vatikanische Konzil Laien vorgegeben hat, haben Sie Ihre Talente so eingesetzt, daß Sie wie das Salz im Sauerteig gewirkt haben. Sie haben es in vortrefflicher Weise geschafft, als Diener der Freiheit und Sicherheit der Völker die Positionen der katholischen Soldaten zum Ausdruck zu bringen. Für all Ihr Wirken danken wir Ihnen aufrichtig. Ihre letzten Zeilen im bereits zitierten Auftrag „der Geist des Herrn möge uns davor bewahren, Unrechtes zu verbreiten, und uns befähigen, Seine Wahrheit allen weiterzusagen“ war Ihr Motto und möge auch das Ihrer Nachfolger sein, die ich hiermit zu ihren neuen Aufgaben recht herzlich beglückwünsche.

Dank durch Oberst a. D. Fettweis

Mit der soeben ausgesprochenen Ehrung haben Sie mir, besonders in Anwesenheit meiner lieben Frau, eine große Freude gemacht. Dazu sage ich — auch im Namen meiner Frau — herzlichen Dank.

Aus dieser Anerkennung entnehme ich zwei Anregungen. Zum ersten hat sich der Einsatz meiner

25 Jahre Redaktionsarbeit am „Auftrag“ insofern gelohnt, als Sie mit Ihren Worten bestätigt haben, daß die Sorgen und Entwicklungen unseres Nachbarlandes Österreich bei uns einen Niederschlag gefunden haben, daß ich alle Länder Ihres schönen Heimatlandes zivil und im Status des Soldaten besuchen konnte und überall die gleiche Gastfreundschaft vorgefunden habe.

Besonders noch erinnere ich mich an den Aufenthalt bei einer AKS-Tagung im Jahre 1977 (10. bis 14.10.) in Eisenstadt im Burgenland. Die Thematik kreiste um den Frieden.

Sie, Herr Dr. Eckstein, wurden damals zum 21. Vizepräsidenten der AKS gewählt.

Mir ist noch deutlich in Erinnerung, wie wir alle damals an der Grenzstation Mörbisch an der Grenze zu Ungarn standen und in die Weite der panonischen Ebene schauten. Auf unsere Gedanken will ich heute nun nicht näher eingehen.

Aber ebenso ist mir in Erinnerung der Abend im Hof einer Buschenschänke unter Kukuruz, bei feurigem Wein und den Spielen eines kroatischen Mandolinenorchesters.

Und damit komme ich zum 2. Punkt meiner Betrachtungen.

Zu einer Zeit, als in Europa der Nationalismus grassierte, war Österreich ein Vielvölkerstaat. In ihm lebten Tschechen, Böhmen, Mähren, Ungarn, Polen, Kroaten

und Italiener mit den Deutschen. Es gelang der österreichischen Staatskunst über einen geschichtlichen Zeitraum, die verschiedenen Interessenlagen dieser Völker zu berücksichtigen.

Und auf unserer GKS-Führerreise vor wenigen Wochen haben wir die Figur des Erzherzogs Ferdinand betrachtet (1769—1824), der Großherzog in der Toskana (1790 bis 1801) war, der als Kurfürst und Erzherzog in Salzburg (1802—1806) regierte und dann später mit den gleichen Aufgaben in Würzburg als Kurfürst und Großherzog (1806—1814) betraut wurde. Nach dieser Zeit hatte er noch wenige Jahre, um in der Toskana zu wirken und der Bevölkerung zu dienen (1814—1824).

Erst heute weiß man zu schätzen, was dieser Mann damals für das Volk durch seine liberale Haltung und die Verbindung dreier Kulturkreise geleistet hat. Diese Erinnerungen an die Geschichte kommen uns in den Sinn, wenn wir an den Bau des Hauses Europa denken, der in diesen Jahren besonders gefordert wird. Wir werden bei alter österreichischer Staatskunst manche Anleihe machen müssen, wenn es gelingen soll, in diesem Haus Europa „viele schöne Wohnungen mit bequemen Zimmern“ einzurichten.

Und so hoffe ich, daß die Soldaten der AKS und GKS und der „Auftrag“ weiterhin an dieser Verständigung unter den Völkern und besonders mit Ihnen, unseren öster-

reichischen Freunden der AKS, mitwirken werden. Wir Soldaten werden hüben wie drüben einen schweren Stand haben, unseren Dienst als Friedensdienst — auch in einer Zeit der Entspannungen — begreiflich zu machen.

So bleibt mir nur noch eines, diesem Werk der Verständigung und Ihnen, der AKS Österreichs, alles Gute zu wünschen und Gottes Segen.

Persönlich aber sage ich nochmals Dank für Hilfe und Anerkennung und vergelt's Gott.

Seelsorge für Soldaten auch in den neuen Bundesländern erforderlich

Auch die Soldaten in den neuen Bundesländern haben Anspruch auf Seelsorge. Die Kirche muß dieses Angebot den Soldaten an ihrem Arbeitsplatz, also in den Kasernen und auf Übungsplätzen, machen. Dies erklärte der Bundesvorstand der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) bei seiner diesjährigen Herbstkonferenz in Passau vom 16.—18. 11. 1990.

Gerade katholische Soldaten müßten nach der Einigung Deutschlands ihren Beitrag dazu leisten, daß auch in den neuen ge-

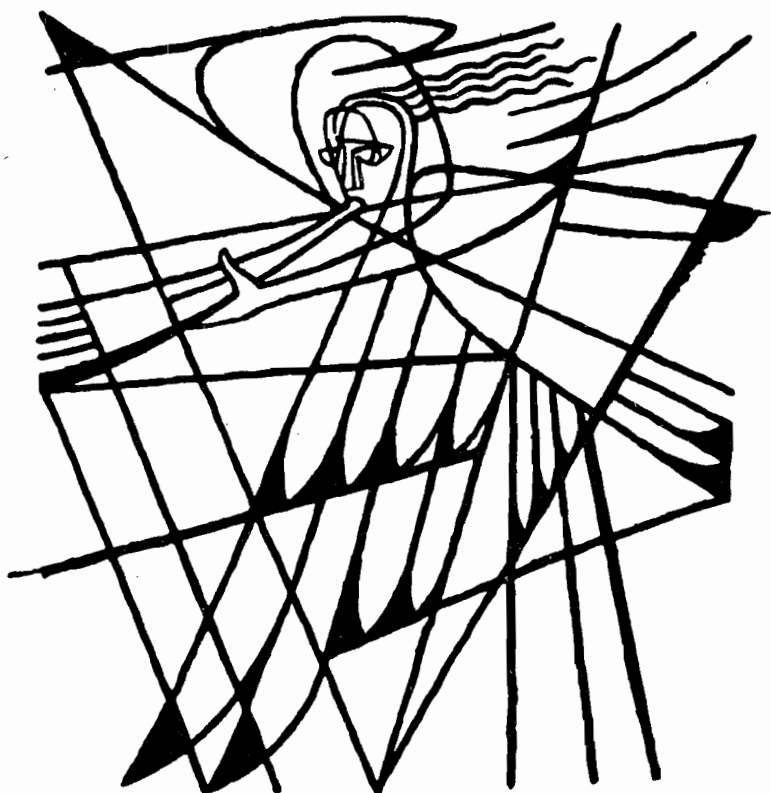
samtdeutschen Streitkräften Strukturen und Verhaltensweisen verwirklicht werden, die unserer freiheitlichen Rechtsordnung entsprechen und dem Dienst des Soldaten für den Frieden in Freiheit angemessen sind.

Im kommenden Jahr will sich die GKS vorrangig mit den Aufgaben auseinandersetzen, die sich dem Christen und Soldaten in einem zusammenwachsenden Europa stellen. Es gilt dieses Europa auf der Basis des christlich-abend-

ländischen Menschenbildes und unserer freiheitlichen Werteordnung zu gestalten — aber auch in Zukunft zu schützen.

Bei ihrer Arbeit, besonders im Rahmen des Apostolat Militaire International (AMI), will sich die GKS verstärkt auch um Kontakte und Zusammenarbeit mit Soldaten in den Ländern Osteuropas bemühen.

GKS-Pressesprecher



Presseerklärung (Nr. 03/90) der Cornelius-Vereinigung (CoV)

Erklärung evangelischer Soldaten zur Weiterführung des Militärseelsorgevertrages

Im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands ist in der Öffentlichkeit und vor allem in den Kirchen der Militärseelsorgevertrag von 1957 wieder im Gespräch. Evangelische Soldaten fordern aufgrund ihrer positiven Erfahrungen mit der Militärseelsorge das Beibehalten des Vertrages.

1. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat für Deutschland und Europa ein Leben in Frieden und Freiheit in greifbare Nähe gerückt. Das Denken in neuen Strukturen, in einer neuen Qualität des Miteinanders der Völker in Europa verlangt die Bereitschaft zur Offenheit gegenüber bisher fremden Gedanken.

Über die Beseitigung der Grenzen zwischen Ost und West hinweg darf jedoch nicht übersehen werden, daß wir von einem globalen Frieden weit entfernt sind. Streitkräfte sind deshalb unverzichtbarer Bestandteil des Staatsebens. Wir bejahen das Recht des Staates auf Selbstvertei-

digung. Die völlige Abschaffung von Streitkräften würde die Schutzlosigkeit des Staates bewirken und ihm ein legitimes Mittel zur Konfliktlösung und Friedenssicherung aus der Hand nehmen.

2. Auch in einem vereinigten Deutschland wird es Streitkräfte geben, die in einem Bündnis für gemeinsame Werte und Ziele stehen. Als evangelische Christen in der Bundeswehr wünschen wir, daß der Dienst der Kirche unter den Soldaten auch weiterhin nach den Richtlinien des Militärseelsorgevertrages geschieht und daß die Kirchen im Rahmen ihrer Vereinigung an den Grundsätzen dieses Vertrages festhalten.

Wir verstehen, daß besonders Christen und Kirchen in der DDR Verträgen zwischen Kirche und Staat aus leidvoller Erfahrung skeptisch gegenüberstehen. Als Christen in der Bundeswehr haben wir jedoch erlebt und erfahren, daß sich ein solcher Vertrag zum Wohle der Soldaten und ihrer Familien bewährt hat.

3. Als Soldaten der Bundeswehr wissen wir auch um die Vorteile einer unmittelbaren, eigenständigen seelsorgerlichen Betreuung. Militärfarrer, die das Dienstgeschehen begleiten, können die Sorgen und Nöte der Soldaten besser verstehen, schneller reagieren, wirksamer beraten und begleiten. Die Zuordnung — nicht Einbindung in

Verbände — schafft Vertrauen in die Funktion des Seelsorgers, der keine Uniform trägt.

Wohlthuend haben wir die geistlichen Anfragen in Unterricht und Dienst empfunden. Mancher Soldat wurde ermutigt, seinem Gewissen zu folgen und sich nicht normativen Kräften zu beugen. Und viele Soldaten haben durch ihren Militärpfarrer nach Jahren der Abstinenz ihre Kirche neu kennen und schätzen gelernt.

4. Weil der Dienst des Soldaten auch in Zukunft durch seine Eigenart ein besonderer Dienst bleibt, empfehlen wir dringend, am bewährten Konzept des Militärseelsorgevertrages festzuhalten. So wird es Christen in den Streitkräften möglich sein, Christsein und Soldatsein als Einheit zu erleben. Und es wird die Anfrage an die gewissenhafte Dienstausbildung auch weiterhin wertorientiert beantwortet werden.

5060 Bergisch Gladbach, 27. September 1990

Hptm Christian Bader, OStFw a.D. Karl Beck, OTL a.D. Paul Brückner, Hptm a.D. Horst Herion, OTL Gerhard Keiser, Hptm Gerhard Kalkowski, OTL Wilfried Kissel, StFw Dieter Klingenberg, Oberst a.D. Hans-Hermann Koch, Hptm Gerhard Kupper, OTL a.D. Winno v. Löwenstern, FKpt Horst Meyenfeld, Lt Ralph Pachner, Hptm Paul Seren, OTL Hans-Georg Steets, Maj Rainer Thorun, HptFw Hartmut Wehr, OTL Hans-Wolfram Willberg, OFw Volker Wisser

Neuer Moderator des Priesterrats des Militärbischofs

Militärpfarrer Rainer Schadt (34), Priester der Diözese Mainz, wurde während der Priesterratssitzung am 23. November in Bamberg zum Moderator des Priesterrats des Katholischen Militärbischofs gewählt.

Der Moderator des Priesterrates, dessen Vorsitzender der Bischof ist, hat insbesondere die Aufgabe, Tagesordnungen aufzustellen und die Gesprächsleitung zu übernehmen. Dieses Beratungsgremium des Militärbischofs ist ein „Zeichen der Mitverantwortung für die wirksame Gegenwart der Kirche unter den Soldaten. Es ist ferner Zeichen der Verbundenheit der Priester untereinander und zugleich Hilfe, diese gemeinsame Verantwortung und Verbundenheit deutlich werden zu lassen“, wie es in der Geschäftsordnung des Priesterrates heißt. Die Militärpfarrer sollen alle die Seelsorge betreffenden Fragen im Priesterrat zur Sprache bringen.

Rainer Schadt studierte von 1975—1981 Philosophie und Theologie in Innsbruck und Mainz. Nach der Priesterweihe war er von 1982 bis 1987 als Kaplan in Mainz-Mombach, Ober-Roden und Bad Vilbel tätig. 1987 stellte ihn der Heimatbischof für den Dienst in der Militärseelsorge frei. Seit drei

Jahren ist Schadt katholischer Standortpfarrer Stadtallendorf.

KMBA vom 26. 11. 1990

„aktion kaserne“ begrüßt Betei- ligungsgesetz für Soldaten

Das in der vergangenen Woche vom Bundestag beschlossene Gesetz über die Beteiligung der Soldaten (Beteiligungsgesetz — BG —) findet die Zustimmung der „aktion kaserne“ (ak), einer Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige, die von einigen Mitgliedsverbänden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) getragen wird. Enno Bernzen, Bundesvorsitzender der katholischen Wehrpflichtigen-Organisation, erklärte in Düsseldorf, daß mit diesem neuen Gesetz eine langjährig bekannte Forderung seiner Arbeitsgemeinschaft verwirklicht worden ist und damit „reale Verbesserungen für die Mitwirkung gerade der jungen Wehrpflichtigen erreicht worden sind“.

„Wichtig für uns war“, so Bernzen, „daß in diesem Gesetz keine Schlechterstellung der Wehrpflichtigen gegenüber den Berufs- und Zeitsoldaten festgeschrieben

worden ist.“ Josef König, Geschäftsführer der „aktion kaserne“, informierte in diesem Zusammenhang darüber, daß mit diesem Gesetz die Bildungsarbeit der „ak“ für die sich zukünftig „Vertrauensperson“ nennende Interessenvertretung der Soldaten auf einer guten Basis stehen kann, weil Soldaten Rechtsanspruch auf Bildung in diesem Felde zugesichert worden ist.

bdkj-pd-41 vom 5. 11. 1990

SUDAN — Die Kirchen respektie- ren den Islam

Offener Brief des Kirchen- rates an die Regierung

Gegen die massive Kirchenverfolgung im Sudan erheben sich immer wieder Stimmen des Protests. Neben den katholischen Bischöfen (vgl. dazu WELTKIRCHE 3/90, S. 73ff.) ist es der Sudanesisch-Kirchenrat (Sudan Council of Churches — SCC), der die Diskriminierung der Christen und die unverhohlene Islamisierung durch das Regime anprangert. Ein Zeugnis dessen ist ein Offener Brief, den das Exekutivkomitee des Kirchenrates im Juni an den Regierungschef gerichtet hat. Die Mit-

glieder des Komitees äußern darin ihre Sorge über den Mangel an Frieden und Gerechtigkeit im Land. Sie rufen die Bürgerkriegsparteien auf, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Sie fordern Religionsfreiheit, Gewaltenteilung und die Wahrung der Menschenrechte. Der folgende Offene Brief ist ein aufschlußreiches, mutiges Zeugnis der christlichen Kirchen im Sudan.

An den Vorsitzenden
des Revolutionären Kommando-
rates der Nationalen Rettung,
Khartoum

Wir, die Mitglieder des Exekutivkomitees des Sudanesischen Kirchenrates, versammelt in Khartoum vom 11. bis 13. Juni 1990, drücken dem allmächtigen Gott unsere Dankbarkeit aus, weil er uns gewährt, daß wir uns in dieser entscheidenden Zeit treffen, in der unser Land, der Sudan, große Schwierigkeiten erfährt, wie z.B. Krieg, das Problem der Vertriebenen und ihr Wohlergehen, „die Last zu leben“ und die Schaffung des Friedens. Doch wir sind der Regierung dankbar, daß sie uns genehmigt hat, die Operation „Life-line Sudan“¹⁾ fortzuführen. Das wird bedeuten, das Leben vieler Menschen zu retten, die sonst den Hungertod gestorben wären.

Wir aber, die Mitglieder des Exekutivkomitees des Sudanesischen Kirchenrates, sorgen uns um den Frieden und die soziale Gerechtigkeit in diesem Land.

Der Krieg, der nun eskaliert, nutzt keiner der Konfliktparteien. Statt dessen zerstört er Leben und Besitz Unschuldiger in unglaublichem Ausmaß, und die Nation gibt „jährlich 2,4 Milliarden S-Pfund für den Krieg“ aus.

Wir bitten daher die Regierung sowie die SPLA/SPLM dringend, unverzüglich einen Waffenstillstand auszurufen und eine nationale Verfassungskonferenz abzuhalten, an der Vertreter des ganzen sudanesischen Volkes teilnehmen sollen.

Wir meinen, daß die sudanesischen Probleme nicht militärisch gelöst werden können. Es wird für den gegenwärtigen Konflikt keine militärische Lösung geben. Diese Probleme sind im wesentlichen wirtschaftliche Unausgewogenheiten, Gewaltenteilung, Freiheit, Gleichheit, religiöse und kulturelle Identität.

Wir bitten beide Seiten dringend, ernsthaft zu überlegen, wie eine Nation der Einheit in der Verschiedenheit errichtet werden kann, die Religionsfreiheit, Gewaltenteilung auf politischer, administrativer und wirtschaftlicher Ebene sowie die Wahrung der Menschenrechte garantiert.

Das Drängen nach dem islamischen Gesetz ist verständlich. Die Muslime können ihr eigenes reli-

1) Wörtl. „Rettungsleine“, ein Nothilfeprogramm des Sudanesischen Kirchenrates.

giöses Gesetz haben, ohne es anderen religiösen Gruppen aufzuerlegen. Wir respektieren den Islam als Religion. Aber der Sudan als eine Nation, die sich aus vielen religiösen und kulturellen Gruppen zusammensetzt, muß ein Ort sein, an dem sich alle Sudaner zu Hause fühlen und sich gegenseitig respektieren.

Die sudanesischen Menschen lebten vor und nach der Unabhängigkeit in religiöser Eintracht nebeneinander. Aber mit der Einführung der „Scharia“ im September 1983 begannen alle sudanesischen Staatsbürger die Probleme religiöser Identität zu spüren.

Wir haben das Gefühl, daß jede Regierung für alle ihre Staatsbürger — ungeachtet ihrer Religion, Kultur und Identität — Interesse zeigen und für sie sorgen sollte. Ja, wir erleben im Augenblick — und erleben und fühlen auch weiterhin — den Stachel der Diskriminierung, weil wir Christen und Kirchenführer sind.

Das Missionsgesetz von 1962 wird zum Beispiel immer noch auf die einheimischen Kirchen angewandt. Dieses Gesetz sollte eigentlich für ausländische Missionsgesellschaften gelten.

Aufgrund dieses Gesetzes ist es nicht einfach, Land zum Bau einer Kirche zu erwerben oder ein kirchliches Programm zu erstellen. Die polizeiliche Anordnung Nr. 5681 vom 23.8.89 zum Beispiel verhindert christliche Evangelisierung und die Errichtung von Kirchen auf

nicht vermessenem Grund im Stadtgebiet von Khartoum.

Wir sehen darin keine Probleme, wenn diese Anordnungen sich an beide religiösen Gruppen, an Christen und Muslime, richten. Aber wir wissen wohl, daß die Muslime ihre Gebetszentren in den sogenannten nicht vermessenen Gebieten haben.

Im Bereich der Massenmedien dürfen die Kirchen Rundfunk und Fernsehen nicht benutzen. Jetzt werden diese Einrichtungen ausschließlich von Muslimen benutzt. Das könnte so interpretiert werden, als begünstige die Regierung die islamische Religion.

Wir Christen müssen Anteil haben an der Benutzung von Rundfunk- und Fernseheinrichtungen, zumindest jeden Sonntag.

Schließlich empfehlen wir, wie wir es schon früher getan haben und auch in Zukunft tun werden, daß zwischen der Regierung und der SPLA/SPLM eine Vereinbarung auf der Grundlage einer Verfassungsstruktur getroffen werde, die für alle Konfliktparteien akzeptabel ist.

Gott schütze uns alle.

Das Exekutivkomitee,
Sudanesischer Kirchenrat,
Khartoum

Quelle: African Christian, 31.7.1990. Übersetzung aus dem Englischen. (aus „Weltkirche“ 8/1990)

Broschüre „Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt“

In den letzten Jahren ist zunehmend bewußt geworden, daß der Bevölkerungszuwachs in der „Dritten Welt“ zu den größten Herausforderungen an die Menschheit gehört. Die öffentliche Meinung in den westlichen Gesellschaften ist jedoch immer noch von der grob vereinfachenden Vorstellung geprägt, daß es lediglich einer konsequenten Förderung von Programmen der Familienplanung bedürfe, um dem Problem beizukommen. In diesem Zusammenhang sieht sich die katholische Kirche dem Vorwurf ausgesetzt, ihre Haltung in Fragen der Empfängnisregelung behindere eine wirksame Abhilfe des rasanten Bevölkerungsanstiegs.

Die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz hat sich deshalb entschlossen, eine Broschüre herauszugeben, in der das schwierige Problem des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern in einer möglichst allgemeinverständlichen Sprache für ein breites Publikum dargestellt wird. Um den verschiedenen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, ist das Heft von einem Moraltheologen,

einem Soziologen und einem Wirtschaftswissenschaftler in gemeinsamer Arbeit erstellt worden.

In ihrer Analyse der wesentlichen Ursachen der rasanten Bevölkerungsentwicklung sehen sich die Autoren mit einem „komplexen Gefüge des Bevölkerungswachstums“ konfrontiert: In einer Reihe von Gesellschaften können nur große Familien gesellschaftlichen und politischen Einfluß gewinnen; oftmals bemißt sich der Wert eines Mannes oder einer Frau nach der Zahl der Kinder; in vielen Religionen gelten Kinder als Beweis für göttliche Gunst; vielfach sind den Frauen außerfamiliäre Betätigungen verschlossen, so daß sich ihr Lebensinhalt im wesentlichen auf die Kinder konzentriert. Nach weitgehendem Konsens der Fachleute liegt der aller anderen Ursachen überragende Grund für die Bevölkerungsproblematik in den Ländern der „Dritten Welt“ jedoch in der Armut: „In einer Gesellschaft, in der es kaum oder keine Sozialfürsorge gibt, also etwa keine Kranken- und Rentenversicherung, keine Absicherung gegen Invalidität oder Arbeitslosigkeit, sind Kinder die einzige Sicherung, ‚Versicherung‘ für die Notfälle des Lebens.“ Darüber hinaus tragen sie schon in jungen Jahren zum Familieneinkommen bei. Zudem sind Kinder für die Armen „oft das einzige, was sie besitzen und ihnen eine eigene Wertschätzung verschafft“.

Die Broschüre kommt deshalb

zu dem Schluß, daß ohne eine wirksame Begrenzung der Massenarmut alle anderen Maßnahmen zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums fehlschlagen müssen. Solange die Menschen nämlich unter den Bedingungen extremer Armut leben, ist es für sie subjektiv vernünftig, eine große Zahl von Nachkommen in die Welt zu setzen. Deshalb müsse der Lösungsansatz lauten: „Weniger Menschen durch weniger Armut, nicht: weniger Armut durch weniger Menschen“. Die Broschüre beschreibt die wesentlichen Elemente einer Strategie gegen die massenhafte Armut; sie benennt die Verantwortlichkeiten der Industrie- und der Entwicklungsländer.

Den Bestrebungen einer Förderung der Familienplanung soll mit diesen Überlegungen keineswegs eine Absage erteilt werden. Es kommt vielmehr darauf an, zu erkennen, daß die Armen sich nur dann zu einer Begrenzung ihrer Kinderzahl entschließen können und werden, wenn die sozialen Verhältnisse ihnen diesen Entschluß erlauben. Mit der Veränderung ihrer Lebensbedingungen sind aber auch sie in die Verantwortung gerufen: „Den Menschen in den Entwicklungsländern erwächst in dem Augenblick, da das lebensbedrohliche Armutsproblem einer Lösung näherkommt, die Verantwortung, ihr Zeugungsverhalten an die neuen Verhältnisse anzupassen.“

Die Autoren der Broschüre: Prof.

Dr. Franz Böckle ist katholischer Moralthologe. Er war 15 Jahre Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des „Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden“ (KAEP). Prof. Dr. *Hans-Rimbert Hemmer* ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Entwicklungsländerforschung. Seit 1988 ist er als Kurator der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) tätig. Prof. Dr. *Herbert Kötter* ist Wirtschafts- und Agrarsoziologe. In den 70er Jahren arbeitete er als Direktor der Human Resources, Institutions and Agrarian Reform Division bei der Welternährungsorganisation (FAO) in Rom.

Der Herausgeber der Broschüre, die *Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben*, wird von der Kommission für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz berufen. In der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe sind Professoren verschiedener Fachrichtungen versammelt. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht in der wissenschaftlichen Behandlung von Fragen aus dem Bereich der weltkirchlichen Verantwortung der Kirche in Deutschland.

Die Broschüre kann bei der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1, bezogen werden.

Für eine Perestroika der Herzen

Der Gründer des internationalen katholischen Hilfswerkes Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, Pater Werenfried van Straaten, begrüßt die umfangreichen Hilfsmaßnahmen für die vom Hunger bedrohten Menschen in der Sowjetunion, die in Deutschland und anderen westlichen Ländern angelaufen sind. Nach Auskunft der Zentrale in Königstein kann sich das Hilfswerk aber nur begrenzt an diesen Hilfsaktionen beteiligen. Diese Entscheidung wurde nach intensiven Gesprächen mit Vertretern der katholischen Kirche aus dem europäischen und asiatischen Teil der Sowjetunion getroffen, die das Hilfswerk nachdrücklich gebeten haben, seine geistliche Hilfe uneingeschränkt fortzusetzen.

Das Hilfswerk hat allein in diesem Jahr rund 300000 Briefe mit Bitten um religiöse Literatur aus der Sowjetunion erhalten. In den letzten zwei Jahren wurden etwa eine Million religiöser Bücher (Bibeln, Kinderbibeln, Katechismen, Gebetsbücher etc.) dorthin verschickt. Da der Ruf nach geistlicher Nahrung immer lauter wird, sei man zu der Überzeugung gekommen, daß diese Aktion in den nächsten Jahren verstärkt ausgebaut werden muß.

Wie der Leiter der Abteilung Sowjetunion von Kirche in Not/Ostpriesterhilfe mitteilte, sehe man in

der Verbreitung der christlichen Lehre eine Möglichkeit, aktiv zu einem grundlegenden Wandel der sowjetischen Gesellschaft beizutragen. Nur so könne sich die soziale, moralische und wirtschaftliche Lage langfristig ändern. In diesem Zusammenhang zitierte er stellvertretend für viele tausend andere Briefe gleichen Inhalts einen Gläubigen aus der Ostukraine, der schrieb: „Ohne Gott sind wir zu rohen, gewalttätigen und rücksichtslosen Menschen geworden. Die Bücher, die Sie uns schicken, wecken in uns den Wunsch, bessere Menschen zu werden. Sie bringen uns Freude und Hoffnung und geben unserem Leben einen Sinn.“

Hubert Janas M.A (Kirche in Not, Ostpriesterhilfe, Sektion Deutschland)

Zur Lage der Katholiken in der Volksrepublik China

Ihr Unverständnis für die diskriminierende Behandlung und Verfolgung romtreuer Katholiken in der Volksrepublik China hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, geäußert.

Vor dem Geschäftsführenden Ausschuß des ZdK brachte Frau Waschbüsch am vergangenen Wochenende ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß nach den Ereignissen vom Juni letzten Jahres die Maßnahmen gegen die sogenannte Untergrundkirche drastisch zugenommen hätten. Die ZdK-Präsidentin wies in diesem Zusammenhang auf einige Beispiele hin:

In der Provinz Hebei seien im November letzten Jahres 3 Bischöfe, 30 Priester und führende Laien verhaftet worden. Man habe ihnen die Gründung einer romtreuen Bischofskonferenz vorgeworfen.

In der Provinz Gansu sei der 76jährige Bischof Yang zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt worden, nachdem er erst 1987 aus langjähriger Haft entlassen worden sei. Seine Verbundenheit mit dem Papst werde in diesem Zusammenhang als Verstocktheit angeprangert.

In der Provinz Fujiang seien im Juli und September dieses Jahres 15 Verhaftungen von Bischöfen und Priestern und Diakonen bekannt geworden.

Frau Waschbüsch vermutet, daß die Provinzregierungen zu einer restriktiven Religionspolitik besonders gegen Katholiken gedrängt werden. Die Behörden handelten brutal immer dann, wenn sie religiöses Leben außerhalb der sogenannten „Patriotischen Vereinigung“ witterten. Die Partei fürchte, Katholiken außerhalb dieser Ver-

einigung nicht mehr unter Kontrolle zu haben.

Die Präsidentin des Zentralkomitees rief dazu auf, den Katholiken in China die Solidarität der Glaubensschwestern und -brüder aus der Bundesrepublik zum Ausdruck zu bringen.

(ZdK-1165-XI-90)

ZdK jetzt repräsentatives Organ der katholischen Laienarbeit im vereinten Deutschland

Durch die Aufnahme von Vertretern der katholischen Laienarbeit aus dem Bereich der bisherigen Berliner Bischofskonferenz wird das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) dem Anspruch gerecht, repräsentatives Organ der katholischen Laienarbeit im vereinten Deutschland zu sein. Die 30 möglichen neuen ZdK-Mitglieder kommen je zur Hälfte aus dem Bereich der Räte sowie der Verbände und Initiativen.

Die Vollversammlung des Zentralkomitees hat am Freitag, dem 23. November 1990, hierfür den Weg frei gemacht, indem sie einer

Statutenauslegung und einer befristeten Statutenänderung zustimmte.

Die Statutenauslegung bezieht sich auf die Mitgliedschaft von Vertretern aus den Räten des Laienapostolates. Es wird festgestellt, daß im Sinne des ZdK-Statutes auch die bischöflichen Ämter und die apostolische Administration im bisherigen Bereich der Berliner Bischofskonferenz als Diözesen gelten.

Die befristete Statutenänderung trägt der augenblicklichen Situation im Bereich der katholischen

Verbändearbeit Rechnung, indem sie ermöglicht, daß der Gemeinsame Aktionsausschuß katholischer Christen in den neuen Bundesländern an Stelle der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands für die laufende Wahlperiode 15 Mitglieder ins ZdK wählen kann.

Eine endgültige Regelung über die Mitgliedschaft von freien Initiativen der Laienarbeit im ZdK soll bis zur Herbstvollversammlung 1991 erarbeitet werden.

(ZdK-1169-XI-90-FS voraus)

ZdK-Präsidentin: Festlegung der Grenze zwischen Polen und Deutsch- land auch Beginn ihrer Überwindung

Den Wunsch, daß die endgültige Feststellung der Grenze zwischen Polen und Deutschland zugleich der Beginn ihrer schrittweisen Überwindung werde, brachte die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, in ihrem Bericht zur Lage vor der Vollversammlung

des ZdK am Freitag, dem 23. November, zum Ausdruck.

Diese Grenze, so betonte Rita Waschbüsch, solle zukünftig nicht mehr abgrenzen, wie das unter den totalitären Verhältnissen üblich gewesen sei, sondern zum gemeinsamen freiheitlich-demokratischen Handeln in Europa verbinden.

Die ZdK-Präsidentin hob auch hervor, daß das, was in den Verträgen zur Zeit Gestalt gewinne, nur solche Menschen gleichgültig lassen könne, die keinen Sinn für Geschichte und für das hohe Maß an Tragik, Not, Leid und Trauer hätten, das sich in dieser Geschichte verberge.

Gleichzeitig äußerte sie die Erwartung, daß die in den Verträgen

erfolgte Bestätigung gesicherter Lebensverhältnisse für Polen mit der Zusage der rechtlichen Sicherung sprachlicher, kultureller und bürgerschaftlicher Identität für die Deutschen in Polen verbunden werde.

In diesem Zusammenhang erinnerte die Präsidentin des Zentralkomitees auch an den Anteil, den die Vertriebenen an dem Versöhnungsprozeß zwischen Deutschen und Polen haben. Sie rief die Vertriebenen dazu auf, auch in Zukunft ihren Beitrag dazu zu leisten, daß Polen und Deutsche einen gemeinsamen Weg in die Zukunft Europas finden.

(ZdK-1171-XI-90-FS voraus)

Die „Dritte“ Welt nicht vergessen!

Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt

Mozartstraße 9
5100 Aachen

Umfassender Lebensschutz gefordert

Auf Beratung und Hilfe für schwangere Frauen, auf Stärkung der Familie einschließlich der Alleinerziehenden, verbunden mit strafrechtlichem Schutz für das ungeborene Kind, setzt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in seiner jüngsten Erklärung „Für den Lebensschutz der ungeborenen Kinder in Deutschland“.

Gleichzeitig erinnert das ZdK in seiner Erklärung, die am Freitag, dem 23. November 1990, von der Vollversammlung verabschiedet wurde, auch die Kirche an ihre Verantwortung für den Lebensschutz.

Die Einheit Deutschlands, so wird in der Erklärung zunächst festgestellt, eröffne die Möglichkeit, die Verwirklichung des Grundrechtes auf Leben auch für das ungeborene Kind zu verbessern. Das ZdK verweist hier auf den Auftrag im Einigungsvertrag, für ganz Deutschland eine neue Regelung einzuführen, die der Verfassung entspricht und dem Schutz des ungeborenen Kindes dient.

Gleichzeitig unterstreicht das ZdK, daß die Aufgabe eines umfassenden Lebensschutzes weit über gesetzgeberisches Handeln hinausreicht. „Sie umfaßt“, so das ZdK wörtlich, „die Information

über den Beginn des menschlichen Lebens und seine Entwicklungsstadien genauso wie die Bildung eines vertieften Bewußtseins von Wert und Würde des Menschen, wie Gewissensbildung und Beratung in Konfliktfällen des Lebens, Einbeziehung des Umfeldes der Schwangeren, insbesondere des Vaters des ungeborenen Kindes, konkrete materielle Hilfe zur Überwindung von Not im Zusammenhang mit Schwangerschaften und eine wirkungsvolle ideelle und finanzielle Förderung der Familie einschließlich der Alleinerziehenden.“

An erster Stelle eines sehr umfassenden und detaillierten Maßnahmen- und Forderungskatalogs unterstreicht das Zentralkomitee in seiner Erklärung noch einmal nachdrücklich, daß Beratung zur Erhaltung des Lebens unverzichtbar ist. Daher ruft es Parlament und Regierung auf, die Arbeit an einem umfassenden Bundesberatungsgesetz fortzusetzen.

Darüber hinaus erneuert das Zentralkomitee seine Forderung nach umfassenden Hilfen bei Schwangerschaftskonflikten und zur Stärkung der Familie. Zu den konkreten Forderungen zählen unter anderem der Ausbau von Stiftungen zum Schutz des ungeborenen Lebens und Bundes- und Landesleistungen mit Rechtsanspruch, Ausbau von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld, Gewährung eines Rechtsanspruchs auf Kindergartenplätze und nicht zu-

letzt eine unverzügliche Verbesserung des Familienlastenausgleichs.

An die eigene Kirche gewandt, mahnt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken besonders die Glaubwürdigkeit ihres Handelns an. Hier nennt es den Umgang mit alleinerziehenden Frauen, aber auch das Bemühen um eine ganzheitliche Sexualerziehung und Ehevorbereitung sowie eine gründliche Information über Empfängnisregelung und verantwortete Elternschaft. Nach Auffassung des ZdK darf sich die Kirche nicht damit begnügen, Höchstwerte zu verkünden und hohe Ansprüche zu stellen. Sie müsse sich vielmehr auf eine lange Wegbegleitung einlassen, bei der das Ziel oft noch sehr fern sei und das Ideal erst langsam seine Züge gewinne.

Abschließend unterstreicht das Zentralkomitee noch einmal, daß alle anderen Anstrengungen durch gesetzliche Bestimmungen ergänzt werden müssen, die die Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruchs eindeutig zum Ausdruck bringen, den Unrechtsgehalt dieser Tötungshandlung deutlich machen und das Lebensrecht des ungeborenen Kindes bekräftigen. Die Parole „Hilfe statt Strafe“ wird in der ZdK-Erklärung als unzulässige Gegenüberstellung bezeichnet. Strafrechtlicher Schutz für das ungeborene Kind und Hilfe für schwangere Frauen würden sich gegenseitig ergänzen. Deutlich widerspricht das Zentralkomitee al-

len Tendenzen, die augenblicklichen rechtlichen Grundlagen zu schwächen. Eine Neuregelung des Lebensschutzes, so wird ausdrücklich betont, sollte nicht nur die verfassungswidrige Fristenregelung in den neuen Bundesländern, sondern auch die gravierenden, verfassungsrechtlich mehr als bedenklichen Mängel der Indikationsregelung beseitigen. Darüber hinaus regt das ZdK an, zu prüfen, wie das Verhalten des Vaters des ungeborenen Kindes besser in die strafrechtliche Würdigung eines Schwangerschaftsabbruchs einbezogen werden kann.

(ZdK-1173-XI-90)

92. Deutscher Katholikentag 1994

Der 92. Deutsche Katholikentag wird 1994 in der Diözese Dresden-Meißen stattfinden. Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), das zusammen mit dem jeweiligen Bistum die Katholikentage veranstaltet, hat am Samstag, dem 24. November 1990, eine entsprechende Einladung des Bischofs von Dresden-Meißen Joachim Reinelt einstimmig angenommen.

(ZdK-1175-XI-90)

Menschenverachtende und frauenfeindliche Fristenregelung muß verhindert werden

Beim Einsatz für die Menschenrechte in unserem Land gilt es nicht hinter die bisher erreichten Standards zurückzufallen. Dies erklärte die AGKVD-Vorsitzende vor der Delegiertenversammlung in Bensberg. Frau König forderte die katholischen Verbände auf, die Diskussion um den Schutz des ungeborenen Kindes neu zu eröffnen, damit nicht am Ende die „menschenverachtende und frauenfeindliche Fristenregelung“ stehe.

(ZdK-1157-X-90)

Verbändevertreter im Zentralkomitee neu gewählt

Bei der Delegiertenversammlung der katholischen Verbände am 13. Oktober 1990 in Bensberg wurden folgende Persönlichkeiten ins Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt:

Theo Anschlag, Martin Apfel,

Hans-Georg Becker, Margret Beier, Edmund Bercker, Christian Bernzen, Dr. Klaus Bischops, Prof. Dr. Wolfgang Bretschneider, Dr. Aloys Joh. Buch, Gertrud Casel, Dr. Anton M. Dorn, Dr. Karl H. Fell, Prälat Heinrich Festing, Nelly Friedrich, Anneliese Gralla, Prof. Dr. Johannes Hampel, Dr. Ursula Hansen, Irmgard Hartmann, Johannes Freiherr Heereman von Zuydwyck, Wolfgang Hener, Prof. Dr. Gerd Hepp, Erich Hodick, Dr. Georg Hüssler, Irmgard Jalowy, Bernhard Jans, Anneliese Knippenkötter, Resi König, Karlheinz Koppe, Dr. Wolfgang Löhr, Elisabeth Freifrau von Lüninck, Paul Magino, Prof. Ursula Männle MdB, Hans Georg Marohl, Bernhard Mihm, Dr. Victor Mohr, Heinz Müller, Helmut Neersen, Karl Nothof, Christa Nowakiewitsch, Heinz Josef Nüchel, Ortrud Ode, Franz Olbert, Dr. Monika Pankoke-Schenk, Prälat Arnold Poll, Anneliese Reifenrath, Ernst Schaller, Heinz Schemken MdB, Erich Schmitz M.A., Josef Schmitz-Elsen, Christa Scholten, Dr. phil. Peter-Joh. Schuler, Paul Schulz, Friedbert Schulze, Dr. Doris Sennekamp, Vinzenz Simon, Prof. Dr. Werner Simon, Albert Steiner, Irme Stetter-Karp, Hubert Tintelott, Rainer Werner Tüschenbönner, Andrea Wagener, Hermann Waleczek, Georg Walf, Elisabeth Wallner, Hans Weber, Herbert Werner, Lorenz Wilhelm, Josef Winkelheide, Urban Zinser.

(ZdK-1159-X-90)

Katholischer Pressebund e.V. in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen

Die Delegiertenversammlung der AGKVD hat bei ihrer Sitzung in Bensberg den Katholischen Pressebund e.V. in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen. Der 1965 gegründete Verband hat sich zum Ziel gesetzt, die katholische Publizistik zu fördern und die Präsenz der Kirche in den Medien zu stärken. Er unterstützt insbesondere junge katholische Publizisten bei ihrer Aus- und Fortbildung.

(ZdK-1161-X-90)

Tage im Kloster

Junge Männer ab 17 Jahren sind von den Missionsbenediktinern der Erzabtei St. Ottilien eingeladen, unsere Gemeinschaft kennenzulernen.

Die „Tage im Kloster“ bieten die Möglichkeit, in Gebet und Arbeit, Meditation und Gespräch, den Alltag eines Benediktinerklosters zu erleben, um so auch für die eigene Lebensgestaltung Hilfe und Orientierung zu erhalten.

Diese Kurse finden in Gruppen statt; Beginn und Ende ist jeweils der Nachmittag des erst- bzw. letztgenannten Tages.

1. 4.1991 bis 7.4.1991

20. 5.1991 bis 26.5.1991

1. 9.1991 bis 8.9.1991

29.12.1991 bis 5.1.1992

Anmeldung und Rückfragen an:

Erzabtei St. Ottilien

— Tage im Kloster —

8917 ST. OTTILIEN

Telefon: 08193-710

Treffen der Präsidien des Katholischen Laienrates und der Katholischen Aktion Österreichs mit dem Präsidium des ZdK

Die Präsidien des Katholischen Laienrates und der Katholischen Aktion Österreichs trafen vom 5. bis 7. Oktober 1990 mit dem Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und einem Vertreter des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer

Christen zu ihrem jährlichen Informations- und Erfahrungsaustausch in Tainach/Kärnten zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage, wie der Problematik in den anderen Ländern Europas durch gemeinsame Bemühungen der Laienarbeit begegnet werden kann. Beide Seiten hielten es für notwendig, auf den Schutz des ungeborenen Lebens durch die staatliche Ordnung zu bestehen. Flankierende Maßnahmen sollten jedoch stärker auf ein anderes Klima zugunsten der Erhaltung ungeborenen Lebens hinwirken, etwa durch Beratung von Müttern und Vätern, durch soziale Hilfen, durch Sexualerziehung und Förderung der persönlichen Verantwortung und nicht zuletzt durch familienpolitische Maßnahmen.

Neben den Herausforderungen, die sich bis Ende 1992 aus der Vollendung des EG-Binnenmarktes bis Ende 1992 ergeben, ging es bei den Erörterungen ferner um Aufgaben, die sich aufgrund der Bewegungen der Aussiedler nach Deutschland und der Flüchtlinge stellten. Ein besonderes Anliegen war die gegenseitige Information über die Entwicklung Ost-Mittel-Europas nach der friedlichen Revolution in diesen Ländern. Die Gesprächspartner waren sich darin einig, daß besondere Anstrengungen erforderlich sind, um den Austausch mit diesen Ländern zu intensivieren. Dabei ist der Beitrag der Kirche unverzichtbar.

Die Gesprächsgruppen aus beiden Ländern wurden geleitet vom Präsidenten der Katholischen Aktion Österreichs, Herrn Professor Leo Prüller, und der Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Frau Rita Waschbüsch. Im kommenden Jahr wird die Begegnung in Deutschland stattfinden.

(ZdK-1163-X-90)

Eine neue Zeitschrift — NUR FÜR MÄNNER!

Dieser Slogan bezieht sich nicht etwa auf ein weiteres pikantes Objekt im Kiosk-Blätterwald, sondern ist die Zielgruppenbestimmung für ein völlig neu konzipiertes katholisches Männermagazin mit dem Titel MANN IN DER KIRCHE.

Anders als sein Vorgänger richtet sich der neue MANN IN DER KIRCHE nicht nur an ein theologisch geschultes und interessiertes Publikum, sondern auch an den ganz „normalen“ Katholiken, der mitten im Leben steht, dem aber die Anliegen und Probleme

seiner Kirche und die Situation unserer Gesellschaft nicht gleichgültig sind.

MANN IN DER KIRCHE will diese Männer ein wenig anschieben und auch zum Mitmachen in ihrer Gemeinde animieren, wo heute so viele Bereiche des kirchlichen Lebensfeldes von Frauen bearbeitet werden.

Herausgegeben wird die Zwei-monatsschrift von der kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen e.V., Fulda, sowie von der Bundesvereinigung Katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke e.V., Köln. Sie erscheint im Weltbild Verlag Augsburg.



BUCHBESPRECHUNGEN

Toskana

Eine Bildreise, mit Text von Wolftraud de Concini, Ellert und Richter Verlag, Hamburg, ISBN 3-89234-6, 96 Seiten

International bekannte Fotografen haben hier eine Landschaft mit der Kamera eingefangen, die es nicht nur wert ist, betrachtet zu werden, sondern die auch zu einer der hervorragenden Kulturlandschaften Europas gehört.

Der sparsame Text vermittelt die Informationen, die das Bild nicht wiedergeben kann. Von Land und Leuten, von den großen Weinen und dem begeisternden toskanischen Essen ist die Rede.

Kultur und Geschichte kommen nicht zu kurz.

Vor allem aber dominiert das Bild, das die Strenge der Kulturlandschaft, das Silbergrün der Olivenbäume ebenso einfängt wie die Städte mit ihren steinernen Zeugen und die sanften Töne violetter Schwertlilien.

Ein Buch, das nicht nur gut aufgemacht ist, sondern auch die atemberaubende Vielfalt einer großen Landschaft einfängt.

Heinrich Köppler

Christ und Politiker 1925—1980, Friedrich Kronenberg, Bernhard

Vogel, Droste-Verlag, 4000 Düsseldorf, 239 Seiten, ISBN 3-7700-0881-2

Unsere Zeit ist leider so schnelllebig, daß ein Mann wie Heinrich Köppler schon fast vergessen ist.

Dabei hat gerade dieser Mann als „Hoffnungsträger der Nachkriegsgeneration“ (Jahrgang 1925) viel für die Prägung der politischen Landschaft in Nordrhein-Westfalen geleistet.

Zu seinem 10. Todestag (20.4.80) ist nun eine Schrift erschienen, in der 17 führende Vertreter aus Kirche und Politik seinen Lebensweg und das Bleibende in seinen Aussagen und seinem Wirken beschreiben. Auch die Beiträge seiner politischen Widersacher stimmen überein in der Aussage, daß ein Mann von hohem Ethos und großer Verantwortlichkeit eine christliche Politik mit Maß in die Tat umzusetzen bestrebt war.

Seine Auffassung: „Politik (sei) die Hochform christlicher Caritas, nämlich Dienst am anonymen Nächsten“, ließ seine Verwurzelung im christlichen Glauben und sein Engagement für das Gemeinwohl erkennen.

Als Jurist kam er aus der katholischen Jugend (übrigens mit unserem unvergessenen Bundesvorsitzenden Oberst Dr. Helmut Korn zusammen) und fand in der CDU

seine politische Heimat. Er versuchte jedoch den Aufbau des demokratischen Staatswesens über alle Parteigrenzen hinweg zu betreiben.

Als begabter Redner war er scharfzüngig und humorig, ein fairer Gegner, ein geschickter Makler und ein Sucher nach sachgerechten Lösungen.

Er verstarb 1980 mitten im Wahlkampf. Sein Engagement in Staat, Gesellschaft und Kirche wird aus seinem Lebenslauf erkennbar.

Neben der Verbundenheit mit der katholischen Jugend in Deutschland war er 1954—56 Präsident des Weltbundes der Katholischen Jugend.

Von 1956—1965 war er Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Er war in Regierungsämtern, Landesvorsitzender der CDU Rheinland (1969—1980) und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundespartei (1973—1980).

Alle Beiträge lassen erkennen, daß Heinrich Köppler, geprägt durch seine christliche Auffassung, die Zeitgeschichte mitgeprägt hat, insbesondere durch seine klare Auffassung von der katholischen Soziallehre.

Ein Buch, das nicht nur eine Geschichtsepoche lebendig werden läßt, sondern auch einen Menschen, der sich um das Wohl seiner Mitbrüder sorgte.

Kirche in Österreich

Maximilian Liebmann, Verlag Styria Graz/Köln, 448 Seiten, ISBN 3-222-11927-9

Mit Unterstützung der österreichischen Bischofskonferenz, Abteilungen der niederösterreichischen, steiermärkischen und Kärntner Landesregierung ist das Werk entstanden, das dokumentieren soll, daß unsere Kirche Lernbereitschaft und Lernfähigkeit bewiesen hat.

Ebenso soll dieses Buch als Mahnung zum Gedenkjahr 1988 dienen, damit künftige Generationen, wenn auch nicht ihre eigenen, wenigstens die Fehler ihrer Väter nicht wiederholen sollten.

Die vorliegende Dokumentation ist eine Sammlung von Vorträgen, Predigten, Erklärungen, Aktivitäten und Publikationen, die katholischerseits zum Gedenkjahr 1988 herausgegeben wurden.

Die Berichte kann man — insbesondere, wenn man die Zeit 1933 bis 1945 erlebt hat — nicht ohne tiefe innere Bewegung lesen. Wenn auch alle Darstellungen mehr oder weniger subjektiv sind, so ist aber dennoch erkennbar, daß nach einem ersten Schock, trotz wahrhaft satanischer Verfolgung viel helfende Arbeit im stillen geleistet wurde. Dadurch wurden zwei Werte gerettet, der Glaube an die Menschlichkeit und der Glaube an die moralische Kraft des Christentums.

Es ist beeindruckend, wenn man liest, wie sich so mancher, zunächst von vaterländischen und sozialen Phrasen geblendet, dann auf die wahren Werte des Lebens besonnen hat und durch die Tat helfen konnte.

Nicht ausgespart bleibt auch das beschämende Kapitel der Judenverfolgung.

Und für den Leser aus dem ehemaligen deutschen Reich wird deutlich, wie in Österreich, das ohne Konkordat war, die Kirche in teilweise noch brutalerer Form unterdrückt wurde.

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, der über Österreichs Grenzen hinaus Bedeutung hat und zur Besinnung mahnt.

Sozialhirtenbrief

der katholischen Bischöfe Österreichs, österreichische Bischofskonferenz, A-1010 Wien, Wollzeile 2, Druck: Landesverlag, Linz.

Dieser Sozialhirtenbrief ist als Vorbereitung des 100-Jahre-Jubiläums des Sozialrundschreibens „Rerum novarum“ erschienen. Somit knüpft dieser Brief einmal an dieses Jubiläum an, zum anderen daran, daß das Rundschreiben Papst Leos XIII. (1891) zu einer Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs notwendig wurde. Heute aber steht die Welt wiederum vor einem tiefgreifendem Strukturwandel ähnlicher Art, und es ist Aufgabe der Bischöfe,

„zu den Menschen zu gehen und das Gespräch zu suchen“.

Mit den Augen der Liebe gesehen

Gedanken für jeden Tag, Kardinal Arns, 96 Seiten, ISBN 3-87996-244-8

Mit diesem Büchlein hat Kardinal Arns den Versuch unternommen, für jeden Tag des Jahres einen Gedanken aufzunehmen, der mit den Augen der Liebe die Welt, Gott und die vielfältigen Aspekte seiner Schöpfung betrachtet.

Gedanken über Armut, Reichtum, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit sind dort ebenso zu finden wie solche über Arbeit, Gesellschaft, Gott und seine Liebe zu den Menschen.

Es erscheint zunächst so einfach, an jedem Tag nur einen Gedanken anzusprechen. Aber wenn man sich selbst prüft, wie oft man am Tage zu diesem Gedanken zurückkehrt oder ihn einfach vergißt, dann wird auch deutlich, daß diese „einfachen Schritte“ nicht so leicht sind.

Versucht man aber einmal, sich selbst in die Pflicht zu nehmen und den einzigen Gedanken sich immer vor Augen zu halten, wird man feststellen, man kommt weiter.

Ein Versuch, der einmal gewagt werden sollte.

Stephanus

Mit dem Leben Gott bezeugen, Carlo Maria Martini, 96 Seiten, ISBN 3-87996-249-9

Stephanus ist nach der Apostelgeschichte ein Diener der Gemeinde, ein Diakon, der zum ersten Märtyrer der jungen Kirche wird.

Er wurde erfüllt vom Heiligen Geist und sah die Herrlichkeit Gottes. Der Pöbel aber tötete den Leib.

Der Text der Apostelgeschichte schildert die Situation sehr eindringlich. Die Gotteserkenntnis des Stephanus ist nicht in der Ekstase, im innigen Gebet oder in tagelangem Schweigen erwachsen, sondern in der Verfolgung, im Leid, durch das Bekenntnis dessen, was er gesehen hat. So bezeugte der Diakon Gott durch sein Reden und durchlebt die Erfahrung Christi.

Der Autor führt durch die Stationen der Leidensgeschichte dieses ersten Märtyrers und läßt erkennen, daß dieses Bekenntnis des Sterbenden bezeugt, daß der transzendente Gott in der Geschichte mit uns geht.

Gewalt vermeiden in gesellschaftlichen Konflikten

Erwachsenenbildung zur Auseinandersetzung zwischen Institutionen und „neuen Protestbewegungen“, Christian Büttner, Matthias Grünewald-Verlag, Mainz, 211 Seiten, ISBN 3-7867-1457-6

Zuweilen hat man den Eindruck, daß kluge Bücher erst dann erscheinen, wenn die Probleme bereits gelöst sind.

Aus der Situation des Jahres 1990 mit den politischen Umwälzungen unserer Tage ein solches Buch zu besprechen erscheint zunächst wenig sinnvoll. Bei näherer Untersuchung des Textes ergibt sich jedoch, daß die Ergebnisse dieser praxisorientierten Forschung auch heute noch in den verschiedensten Kreisen gelesen werden müßten, um Fehlverhalten auszuschließen.

Der gesellschaftliche Wandel vollzieht sich nicht schlagartig, sondern teilweise sehr schleichend. Und Probleme, die heute hier geklärt scheinen, tauchen in leicht veränderter Form an anderer Stelle wieder auf.

Da ist es gut, daß Polizisten, Jugendoffiziere, Lehrer und Mitarbeiter sozialer Dienste mit diesem Buch über die Auswertung praxisorientierter Projekte verfügen.

Christen für den Frieden

Zur Legitimation soldatischen Diebens, Jürgen Bringmann, Hartmut Brühl (Hrsg.), Verlag E.S. Mittler + Sohn, Herford, Bonn, 191 Seiten, ISBN 3-8132-0337-9

In einer Zeit politischer Umbrüche, die den Eindruck verstärken, daß der Frieden für alle Zeiten sicherer geworden ist, wird immer wieder die Sinnfrage des soldati-

schen Dienens gestellt. Dabei gelten Meinungen und Emotionen meist mehr als Fakten.

So glaubt man auf der Straße meist, daß im Zeichen von Entspannung und Abrüstung der beste Weg wäre, einseitig möglichst total abzurüsten. Der Konflikt am Golf zeigt jedoch, daß die Gewalt noch nicht zu den Akten gelegt ist. Und die Gefahr von Kriegen besteht noch immer. Auch wenn eine große Nation sich zur Abrüstung verpflichtet, dann ist das Kampfpotential noch solange da, bis es unbrauchbar gemacht ist. Und politische Träumer bemächtigen sich nur zu gern militärischer Mittel, die anscheinend ungenutzt sind, um sie für eigene Ziele einzusetzen.

Erfahrungsgemäß sind Demokratien bei möglichen Konfliktfällen viel langsamer in der Verteidigungsanstrengung als Diktaturen (Militärdiktaturen) in der Angriffsvorbereitung.

So ist es also legitim, daß sich Christen und Soldaten und christliche Soldaten Gedanken darüber machen, ob soldatischer Dienst und Verteidigungsbereitschaft noch notwendig sind.

Wie kann man der Sicherheit der Völker dienen?

Wie muß eine Friedensordnung aussehen, und was kann — muß — man zum Erhalt und zur Festigung beitragen?

In diesem Buch haben bekannte und renommierte Fachleute viele Gedanken aufgezeigt, die diskutiert werden müssen, wenn man

den Problemkreis Frieden in Freiheit und Sicherheit nicht nur als Tagesziel, sondern als Zukunftsperspektive durchdenken will. Der Beitrag, den dazu christliche Soldaten, insbesondere auch auf der gemeinsamen Tagung von Arbeitskreis Sicherung des Friedens und Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), geleistet haben, kann sich sehen lassen.

(Alle H. F.)

Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker

Zum Selbstverständnis und zur Verantwortung des Soldaten, kommentiert von Jürgen Bringmann, herausgegeben von Jürgen Bringmann und Helmut Fettweis, Echter Würzburg, 196 Seiten, ISBN 3-929-01334-8

Wenn eine Gemeinschaft, ein Verein oder eine andere gesellschaftliche Größe 30 Jahre besteht, dann steht es ihr wohl an, nachdenklich die Zeit, die vor einigen Jahrzehnten noch als Lebensalter galt, Revue passieren zu lassen. Nun kann man das dann entweder anhand der Protokolle oder Veröffentlichungen machen. Die Gefahr besteht, daß niemand solch lange Abhandlungen liest.

So ist die hier gefundene Lösung, anhand der öffentlichen Erklärungen die Linie des Verbandes nachzuzeichnen, eine glückliche Arbeit.

Seit Bestehen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und ihres Vorgängers, des Königsteiner Offizierkreises (KOK), war es das Sinnen, die scheinbare Diskrepanz zwischen dem Friedensauftrag des Christen und dem Dienstauftrag des Soldaten zu erhellen und zu versuchen, sie aufzulösen.

Die Vorworte von Rita Waschbüsch, der Präsidentin des ZdK, Dieter Wellershoff, dem Generalinspekteur der Bundeswehr, und Dr. Elmar Maria Kredel, dem kath. Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, würdigen diese Gedankenarbeit kath. Soldaten.

Der Bundesvorsitzende der GKS, OTL i. G. Paul Schulz, zeigt in knapper, aber überzeugender Form den Weg auf, den man gegangen ist.

Wer das noch kann...

Wer das noch kann,
wie du mit vollem Herzen
ins Leben tauchen und das Helle
lieben,
der ist in seiner Seele stark
geblieben.

Die Zeit hat sich mit Feuer eingeschrieben,
und Weinen bleibt ihm fremder als
das Scherzen.

Doch liebst du nicht
das Spielen nur am Rande.
Die Tiefe suchst du bis zum letzten
Grunde.

Und es zeugt für die solide Geistesarbeit des Verbandes, wenn von 18 öffentlichen Erklärungen der GKS — sparsam und sachlich nüchtern von J. Bringmann kommentiert — bis heute auch noch nicht eine zurückgezogen werden mußte.

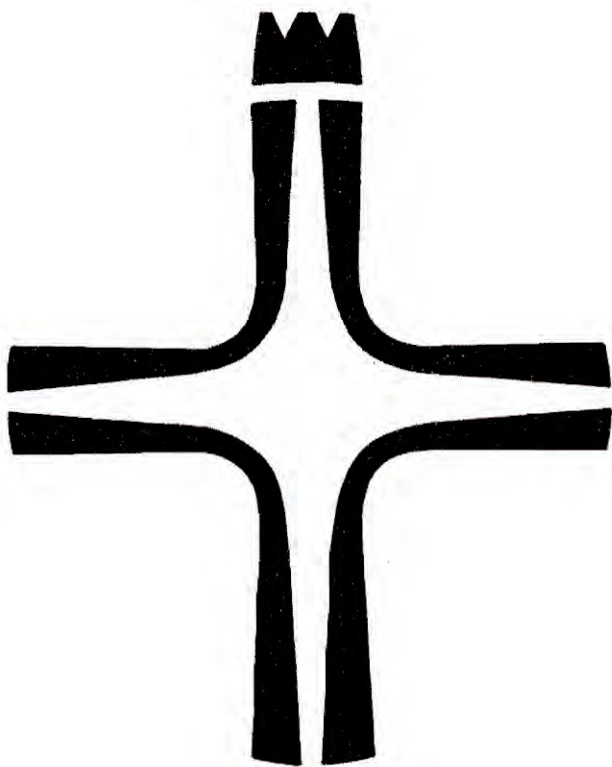
Ein Anhang mit Auszügen bemerkenswerter Erklärungen anderer Gremien, biographische Anmerkungen, Stichwortverzeichnis und eine Übersicht über anderes Schriftgut des Verbandes runden das informative Buch gekonnt ab. Es ist in der heutigen Situation in unserem Vaterland — auch für die kirchlichen Entscheidungsträger — von hohem Sachwert.

W. K.

Du fragst die Zeit nach ihrer
klarsten Stunde
und sprichst mit deinem, nicht mit
ihrem Munde
und schmückst dich nicht mit
fremder Art Gewande.

Wünschst du dir Kraft?
Du mußt sie dir erringen.
Wünschst du dir Licht? Du mußt
es selbst entzünden.
Wünschst du dir Glück? Du wirst
es nimmer finden,
willst du dich nicht dem Ewigen
verbünden,
daß gläubig bleibt dein endliches
Vollbringen.

Hans Bahrs



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint vierteljährlich

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Klaus Brandt, Oberstleutnant, verantwortlicher Redakteur

Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur

Wilhelm Lehmkämpfer, Oberstleutnant a.D., Gesellschaft und Kirche

Brief-Zuschriften: Klaus Brandt, Redakteur, Postfach 300303, 5060 Berg. Gladbach 1

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 5305 Bonn-Oedekoven

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.